E 2814
Nr. 5
August 2013
Jahrgang 62

Menschen Machen Medien

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Medienpolitik
Wahlpapier ist geduldig

- Kolumne Springer knallhart auf Digitalkurs
- Radikalsanierung bei Schweriner Volkszeitung
- Widerstand gegen ERT-Schließung in Griechenland hält an

Foto: Pixel / Fotolia.com

Auf ein Wort

Fragwürdiges Krisenlamento

Von Ulrich Janßen | Durchs letzte Drittel des vergangenen Jahrhunderts glitten die meisten deutschen Tageszeitungen hoch profitabel und ohne besondere unternehmerische Herausforderungen. Einträgliche Marken sind Zeitungen nach wie vor. Die unternehmerische Aufgabe ist heute freilich anspruchsvoll. Wem in dieser Lage nichts Besseres einfällt, als mit Kostenabbau zu reagieren auf den Auflagenrückgang und ein schmaleres Anzeigengeschäft, der wird keine Marktchance haben. Denn Kostenkürzung ist ein untaugliches Mittel gegen strukturelle Probleme. Die erfordern vielmehr unternehmerisches Agieren. Wer kürzt und kürzt und kürzt, entwickelt sich auf Dauer vom Journalismus-Unternehmer zum Journalismus-Unterlasser.

Es ist mithin auch unternehmerisch fragwürdig, dass die Zeitungseigner und ihre Manager in der laufenden Tarifrunde der Zeitungsjournalisten auf Kostenabbau durch Einkommenssenkung in den Redaktionen setzen. Es ist widersprüchlich, dass sie ausgerechnet bei jenen weiter kürzen wollen, auf deren Qualitätsarbeit und Einsatzfreude sie dringend angewiesen sind im laufenden Veränderungsprozess der Branche: bei den angestellten und freien Journalisten.

Etliche Verlage machen bereits die Erfahrung, dass sich Kolleginnen und Kollegen in andere Richtungen umschauen, weil sie das Missverhältnis zwischen sinkenden Realeinkommen und ständig steigenden Anforderungen nervt. Implizit räumen die Verleger diesen Widerspruch ja quasi selbst ein, indem sie angesichts steigender beruflicher Anforderungen dafür plädieren, das Zeitungsvolontariat zu verlängern. Wir sollten verhindern, dass immer mehr Studienabgänger – begünstigt von der demografischen Entwicklung und abgeschreckt vom Krisenlamento der Zeitungsmanager – sich anderen Branchen zuwenden als dem Journalismus. Wer den Wettbewerb um die besten Köpfe aufgibt, schmälert seine Chancen im Wettbewerb um hochwertige und erfolgreiche journalistische Produkte – egal ob print oder online.

Seit Jahren schon ist unsere Berufsgruppe abgehängt von der allgemeinen Einkommensentwicklung und in den letzten fünf Jahren gab's nicht mal einen Inflationsausgleich. Allein dies wäre schon ein guter Grund für eine kräftige Gehalts- und Honorarerhöhung jetzt.

TITEL

8 **Medienpolitik:**
Wahlpapier ist geduldig
12 **Abgeschliffen**
Ein kritischer Blick von Holger Schmale auf die politische Berichterstattung im Bundestags-Wahljahr
14 **Politiker im Pinnocchio-Test**
Factchecking in Wahlkampfzeiten
16 **Hassliebe**
Politik und Medien: Zwischen Symbiose und Verachtung
17 **Nervöse Zone**
Lutz Hachmeister über den Einfluss neuer Medien auf das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten

AKTUELL

4 **Tarifrunde Zeitungen: Skurrile Vorschläge von Verlegerseite**
4 **Abschied von Ralf Fenske und Christine Klein**
4 **DZI-Spendensiegel für Reporter ohne Grenzen**
5 **Freiheit statt Angst**
Demo in Berlin gegen das Ausspähen der Bürger

KOLUMNE

6 **Überraschung!**
Springer auf knallhartem Kurs von Print zu Digital

PORTRÄT

7 **Flucht und Vertrauen**
Yücel Özdemir, Korrespondent von Evrensel

MEDIEN + WIRTSCHAFT

18 **Radikalsanierung**
Schweriner Volkszeitung schließt Druckerei
19 **Abgemahnt**
Provinzposse: Die wirre Attacke eines Verlegers auf ein missliebiges Plakat
20 **Veränderung als Chance**
Zeitungsverleger weltweit auf der Suche nach zukunftsfähigen Geschäftsmodellen
21 **G+J: Mehr Produkte mit weniger Menschen**
21 **dapd-Fotoarchiv von ddp images gekauft**
22 **Flashmob gegen Kündigungen**
Statt Diskussion gab es Abmahnungen im Berliner Verlag
22 **Stadtmagzin tip verkauft**
22 **Fillettieren à la Märkische**
Tariflos: MAZ-Druckerei in Potsdam und Lokalredaktionen

TARIFE + BERUF

23 **Tarifabschluss für Buchverlage in Hessen**
23 **Zwei Prozent mehr für Verlagsangestellte in NRW**
23 **Neuer Haustarif bei Elsevier**
23 **Tariferfolg in Bayern**
23 **Zeitungsverleger aus Wiesbaden und Mainz auf Tarifflucht**
24 **„Ich sehe keine Alternative"**
Interview mit Dr. Gerhard Falk, Geschäftsführer des Versorgungswerkes der Presse
26 **Ein Junktim beim BR**
Tarifabschlüsse für ZDF und Saarländischer Rundfunk

27 **Korruption im Journalismus**
28 **Ausschüttung läuft, aber …**
VG Wort im rechtlichen Dilemma
28 **Einnahmen 2012 rückläufig**
VG Wort und VG Bild-Kunst
29 **ES BRENNT am Stachus**
Flammende Aktion gegen schlechte Arbeitsbedingungen der Filmschaffenden
29 **Erstmals Mindesthonorar**
Gemeinsame Vergütungsregeln für Regisseure und Schauspieler bei ProSiebenSat1.
30 **Schon entdeckt? Carta.info**
30 **Verbesserte Bedingungen für Produzenten beim ZDF**
30 **Verschlossene Auster für Bundesinnenminister**

MEDIEN + GESELLSCHAFT

31 **Was heißt hier jung?**
Öffentlich-rechtliches Fernsehen uninteressant für eine ganze Generation
32 **Impulse erwartet**
Öffentlichkeit, Journalismus und die Kommunikationswissenschaft
34 **Mit dem Rücken zur Wand**
Digitalisierung: Kommunale Kinos sorgen sich um Filmerbe

MEDIEN + RECHT

36 **Vergütungsregeln: Zeitung zu Honorarnachzahlungen verurteilt**
36 **Informationsfreiheitsgesetz: WDR musste Auskunft geben**
37 **EuGH bestätigt Geräteabgaben für Drucker und PC**
37 **Sondierungsgespräche mit Gruner + Jahr über neue AGB**
37 **Sachsensumpf-Affäre: Journalisten rechtsgültig freigesprochen**

MEDIEN + INTERNATIONAL

38 **Doppelmoral**
In Ländern, die dem Whistleblower Edward Snowden Schutz anbieten, steht es um die Pressefreiheit eher schlecht
40 **Heuchelei auf höchster Ebene**
Griechenland: Widerstand gegen Schließung von ERT hält an – Vollprogramm läuft übers Internet
42 **Presseförderung in anderen Ländern: Österreich Oft nur Sonntagsreden**
Vor der Reform: Einsparungen erwartet
43 **Freiheit, die sie meinen**
„Kulturelle Ausnahme" beim Freihandelsabkommen
44 **Journalisten hinter Gittern**
Keine Pressefreiheit in der Türkei
44 **Aktion für Eric Topona, Tschad**

SERVICE + LEUTE

45 **ver.di sucht Lohnsteuerbeauftragte**
45 **Willi-Bleicher-Journalismus-Preis 2013**
45 **Filmpreis des DGB für Regisseurin Julia Oelkers**
45 **Großer Preis der Poesie an Peter Völker**
45 **Impressum**
46 **Leute**
46 **ver.di Seminare Hamburg**

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter: http://mmm.verdi.de/service

Grafik: Hermann Haubrich

Editorial

Foto: Chr.v.Polentz

Factchecking in Wahlzeiten

„Wahlpapier ist geduldig", hat M diese Ausgabe getitelt. Das ist eine Binsenweisheit. Und doch erliegen die Wähler immer wieder den Versprechen und Verlautbarungen der Parteien. Mehr im Fokus als je zuvor: die Medienpolitik. Entscheidende Schubkraft dafür ist die Digitalisierung der Gesellschaft, an der inzwischen auch kein Politplayer vorbeikommt. Anlass für uns, Aussagen und Forderungen im politischen Farbenspektrum kritisch unter die Lupe zu nehmen. Denn ver.di engagiert sich hier für ihre Mitglieder seit Jahren, stellt fachkundig Forderungen auf. Das betrifft die Netz- oder Rundfunkpolitik ebenso wie das Urheberrecht und die soziale Absicherung der Beschäftigten in der Kultur- und Kreativwirtschaft, wozu auch Journalisten gehören. Wahlentscheidungen stellen auch hier Weichen für die eigene Zukunft. Die Frage der Medienvielfalt in Deutschland – untrennbar verknüpft mit der zurzeit neubelebten Debatte über die Zukunft des Journalismus im Allgemeinen und in Printpublikationen im Besonderen, sind ein Schwerpunkt der berufspolitischen Arbeit der dju in ver.di und damit aktuelles Thema des Journalistentages am 30. November. Was die Regierungs- und Oppositionsparteien zu diesen Politikfeldern sagen oder auch nicht, ist demzufolge spannend! (S. 8–12) Einen kritischen Blick wirft M auf die Politik-Berichterstattung. Sie werde immer unpolitischer, lautet ein oft erhobener Vorwurf – auffällig besonders in Wahlzeiten. (S.12/13) Mit dem Recherche-Mittel Factchecking prüfen Journalisten den Wahrheitsgehalt vor allem widersprüchlicher Politikeraussagen. (S. 14/15)

Mit dem Verkauf seiner Regionalzeitungen und eines großen Zeitschriftenpakets verursachte der Springer-Konzern ein Beben in der Medienbranche. Unterwegs auf hartem Digitalisierungskurs, wolle der Konzern das führende digitale Medienunternehmen in Deutschland werden, heißt es. (S.6) Schon heute macht die Digitalsparte von Springer 40 Prozent der Einnahmen aus. Dass ausgerechnet die Funke-Gruppe (einst WAZ) die journalistische Vielfalt der nun in ihrem Portfolio befindlichen Regionalzeitungen aufrecht erhalten wird, darf angesichts der Umstrukturierungen und Sparmaßnahmen der letzten Jahre bezweifelt werden. Erinnert sei nur an die Entlassung der gesamten Redaktion der *Westfälischen Rundschau*!

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

Tarifrunde Zeitungen: Skurrile Vorschläge von Verlegerseite

In der ersten Verhandlung der Tarifrunde für Redakteurinnen, Redakteure und Freie an Tageszeitungen am 19. Juli in Frankfurt am Main wurden die Gewerkschaften mit unzumutbaren Forderungen der Verleger konfrontiert. Erste Aktionen zeigen, was die Zeitungscontent-Produzenten davon halten.

In der *Neuen Westfälischen* in Bielefeld hingen eines Tages auf allen Damen- und Herrentoiletten der Redaktion ungewöhnliche Zettel an den Spiegeln mit der Frage: Verdienst Du auch zu viel? Auf der Rückseite der „Postkarten" steht: „Dann könntest Du ja etwas Deinem Arbeitgeber spenden." Das Beispiel machte Schule und so tauchten auch bei der *Neuen Presse* in Hannover bald solche Kärtchen auf. Was ist das, fragten nicht wenige Kollegen? Verdianer antworteten, es wurde diskutiert über Gehälter – über das, was gerade in der Tarifrunde abläuft.

„Die Verleger verweigern ein Angebot für Gehälter und Honorare. Sie fordern uns stattdessen auf, Vorschläge zu Verschlechterungen unserer eigenen Tarifverträge zu machen – das ist skurril!", bewertete ver.di-Vize Frank Werneke die erste Verhandlung. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) hatte unklare Forderungen zur Verschlechterung von Tarif- und Arbeitsbedingungen vorgetragen. Benannt wurden lediglich grobe Themenfelder wie Absenkung der Urlaubsdauer, erfolgsabhängige Bedingungen für Urlaubsgeld/Jahresleistung, die Ausweitung der Urheberechtsklausel, Veränderung der Gehaltsstufensteigerung und Tarifgruppen.

Der BDZV bezeichnet die Tarifforderung zu einer Gehalts- und Honorarerhöhung von 5,5 Prozent als „utopisch" oder „völlig überzogen". Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen hingegen die Spielräume klar erkennen. Ein Blick auf die Zahlen (http://druck.verdi.de/quartalsberichte) zeige, dass es den Verlagen weitaus besser gehe, als sie es glauben machen wollen, heißt es in einer ver.di-Tarifinformation. Dabei wolle der BDZV nicht nur die Redaktionen von der allgemeinen Gehaltsentwicklung abkoppeln, sondern mehr noch: „Die Gehaltsvorstellungen der Gewerkschaften ließen sich nicht von den übrigen" Tarifverträgen getrennt verhandeln. Deshalb habe der BDZV auch den Manteltarifvertrag gekündigt. Jedoch in kaum einer anderen Branche gab es – zurückgeschaut bis ins Jahr 2000 – so viele Nullrunden und geringe Tariferhöhungen wie in Zeitungsredaktionen. In den letzten fünf Jahren wurde weniger als der halbe Inflationsausgleich zugestanden. „Die Zahlen sind eindeutig: Während Lebenshaltungskosten steigen und Tariflöhne in anderen Branchen dieser Entwicklung Rechnung tragen, sinkt die Kaufkraft der Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich und spürbar. Noch schlimmer ist die Situation für Zeitungs-Freie, die ohnehin geringere Einkommen haben und allein von Zeitungsaufträgen kaum noch leben können. Da muss es in dieser Tarifrunde eine Trendwende geben", fordert ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel. Die Tarifverhandlungen werden am 23. August fortgesetzt. **wen** ■

Abschied

von Ralf Fenske und Christine Klein

Ralf Fenske, Vorsitzender des Bundesfachbereichsvorstandes Medien, Kunst und Industrie, ist am 2. Juli 2013 unerwartet gestorben. Er wurde nur 59 Jahre alt.
Der gelernte Elektromechaniker hat seit 1973 in der Haustechnik der Druckerei der Stuttgarter Zeitungsgruppe gearbeitet. Er war dort seit 1990 im Betriebsrat, seit 1991 Vorsitzender der Interessenvertretung und später auch Konzernbetriebsratsvorsitzender der Südwestdeutschen Medienholding. Seit Mitte 2006 war er freiberuflich als Berater und Sachverständiger für Betriebsräte insbesondere im Bereich Verlage, Druck und Papier tätig.
Mit 16 Jahren trat Ralf Fenske der Gewerkschaft bei. Mit kurzer Unterbrechung war er in den unterschiedlichsten Gremien der IG Druck und Papier, der IG Medien und in ver.di aktiv, seit 2007 als Vorsitzender des FB 8 und als Vertreter des Fachbereichs im ver.di-Gewerkschaftsrat. Als „durch und durch politischer und zugewandter Kollege und Freund" werde er in Erinnerung bleiben, erklärte verdi-Vize Frank Werneke.

Fotos: privat

„Unsere Tine ist gestorben", informiert die ver.di-Landesbezirksleitung Rheinland-Pfalz fassungslos und traurig. Die stellvertretende Bezirksgeschäftsführerin rhein.pfalz Christine Klein verlor am 16. Juli 2013 im Alter von 60 Jahren ihren mutigen und unverzagten Kampf gegen den Krebs. Kollegin Klein kam aus dem Verlagsgewerbe und arbeitete zunächst ehrenamtlich in der IG Medien sowie als Betriebsrätin, bevor sie die Akademie für Arbeit des Deutschen Gewerkschaftsbundes absolvierte. 1992 wurde sie Gewerkschaftssekretärin und übernahm in der IG Medien bald Leitungsfunktionen. Zuletzt betreute sie die ver.di-Mitglieder aus den Bereichen Medien, Kunst und Industrie sowie Handel. Sie habe ihre Arbeit stets mit Intelligenz und Herz bewältigt, man vermisse die geistvolle und humorvolle Freundin, deren Horizont sich weit über die Arbeitswelt hinaus spannte, heißt es im Nachruf der Kollegen aus Ludwigshafen.

DZI-Spendensiegel für Reporter ohne Grenzen

Reporter ohne Grenzen darf ab sofort das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) führen. Das DZI hat der Organisation am 18. Juni nach umfassender Prüfung einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit den ihr anvertrauten Geldern bescheinigt. „Das Spendensiegel macht für jedermann nachprüfbar, dass wir transparent arbeiten und unsere Spenden sinnvoll verwenden", sagte ROG-Vorstandssprecherin Astrid Frohloff. „Wir hoffen, dass es noch mehr Menschen die Entscheidung erleichtert, uns ihr Vertrauen zu schenken." Die Organisation gehörte 2010 zu den ersten Unterzeichnern der Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Das DZI-Spendensiegel ist das anerkannteste Gütesiegel für seriöse Spendenorganisationen in Deutschland. Für viele Menschen und Institutionen ist es eine wichtige Hilfe bei der Entscheidung, wen sie mit ihren finanziellen Zuwendungen unterstützen. Um das Siegel zu erhalten, müssen sich Organisationen zur Einhaltung der DZI-Standards verpflichten. ■
http://bit.ly/164FYnP

Freiheit statt Angst

Demo in Berlin gegen das verdachtslose Ausspähen der Bürger

PRISM, TEMPORA, NSA, das sind die datenrelevanten Stichworte dieser Tage zum Thema Schnüffel- und Überwachungsstaat. Die deutsche und europäische Variante heißt seit Jahren: Vorratsdatenspeicherung. Und seit Jahren wird im September gegen diesen verdachtsunabhängigen Überwachungswahn in Berlin demonstriert. Der dju-Bundesvorstand hat wieder seine Unterstützung zugesagt und ruft zu der Demonstration „Freiheit statt Angst" am 7. September um 13.00 Uhr am Potsdamer Platz in Berlin auf.

Foto: presse / vorratsdatenspeicherung.de

Die Datenkrake symbolisiert schon seit Jahren auf den Demos des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung die Datensammelwut deutscher und ausländischer Behörden.

Auch wenn die CDU das Wort „Vorratsdatenspeicherung" aus ihrem Wahlprogramm herausgenommen und durch den Begriff „Mindestspeicherfristen" aufgehübscht hat, nach der Wahl wird das Thema, „wer, wann, wo, mit wem und wie lange" telefoniert oder gemailt hat, weiter verhandelt werden. Und auch wenn der Europäische Gerichtshof noch in diesem Jahr über die Klagen aus Irland und Österreich entscheiden wird, ob die EU-Richtlinien aus 2006 zur Vorratsdatenspeicherung mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, dem Datenschutz, dem Grundrecht auf Privatleben und der Meinungsfreiheit vereinbar ist. Das Thema ist noch lange nicht vom Tisch. Und wenn Ex-Innenminister Otto Schily verharmlosend und ebenso dreist über PRISM und die NSA-Aktivitäten zu Protokoll gibt: „Das wäre im Prinzip die gleiche Methode, die wir als Vorratsdatenspeicherung kennen." All das zeigt, dass eine Große Koalition für ein umfassendes Ausspähen und Sammeln auch weiterhin besteht.

Auf *Spiegel online* fasst Sascha Lobo die längst nicht gebannte Gefahr zusammen: „Die einzig glaubwürdige Distanzierung von der Totalüberwachung wäre eine, die sich generell von der verdachtslosen Aufzeichnung der Daten unbescholtener Bürger distanziert. Und auch und gerade von der Vorratsdatenspeicherung. (...) Prism ist die direkte, lineare Verlängerung der Vorratsdatenspeicherung."

In dem Aufruf zur Demonstration heißt es: „Vor allem die zunehmende Vermischung der Kompetenzen von Polizei, Geheimdiensten und Militär sowie die Auslagerung hoheitlich staatlicher Gewalt an private Unternehmen bauen Rechte der Bürger ab. Das PRISM-Überwachungsprogramm der USA betrifft uns alle. Wir wollen eine freie und offene Gesellschaft. Diese kann nur durch die Gewährleistung von Privatsphäre, vertrauliche Kommunikation und einen zensurfreien Zugang zu Informationen bestehen."

Es sei hier auch noch einmal erwähnt, weshalb sich die dju gegen diese Totalüberwachung im Sinne der Pressefreiheit wehrt. In einem nunmehr fünf Jahre alten Flugblatt warnte die dju: „Hintergrundgespräche, Kontaktaufnahmen oder Verabredungen mit Informanten sind über Telefon oder Handy, per E-Mail oder Fax praktisch nicht mehr möglich. Sollte nach einer Veröffentlichung wegen des Verdachts des Geheimnisverrats ermittelt werden, kann auf alle TK-Daten zurückgegriffen werden. Von einem Informanten- und Quellenschutz kann keine Rede mehr sein. Eine vertrauliche Kontaktaufnahme ist so gut wie ausgeschlossen. Bürgerrechte, Datenschutz und die Pressefreiheit werden in ihren grundlegenden Bestandteilen aufgehoben."

Wulf Beleites ■

Anzeige

Berufs-unfähig

Jeden kann es treffen!
Sind Sie abgesichert?

Premium-Vorsorge für Medienmenschen

Besser Presse

In 2013
4,5 %

Presse-Versorgung

Überraschung!

Springer auf knallhartem neuen Kurs von Print in Richtung Digital

Von Horst Röper | Springer steigt aus, der WAZ-Konzern steigt ein. Auf diese kurze Formel lässt sich eine der größten Transaktionen bei den nationalen Printmedien bringen. Mit einem Volumen von 920 Mio. Euro und 900 Festangestellten bei den betroffenen Zeitschriften, Zeitungen und auch Anzeigenblättern geht es allerdings um vielmehr – eine Analyse.

Für Branchenbeobachter völlig überraschend hat der Springer-Konzern acht Publikumszeitschriften sowie seine letzten Regionalzeitungen verkauft. Ist Springer-Chef Mathias Döpfner der letzte 68er? Jedenfalls hat er das erreicht, was den 68ern nicht gelungen ist, eine wesentliche Reduktion von Springers Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung. „Enteignet" hat Döpfner den Konzern allerdings nicht, sondern für einen stattlichen Erlös gesorgt.

Der einst einflussreichste deutsche Medienverlag verfügt national nur noch über *Bild* und *Welt* sowie deren Ableger, insbesondere die Sonntagszeitungen. Daneben werden noch einige Zeitschriften mit der Marke „Bild" im Titel herausgegeben. Zwei Frauentitel sowie sämtliche TV-Zeitschriften (*Hörzu, TV Digital, Funk Uhr, Bildwoche, TV neu*) werden verhökert. Ausgerechnet an den Springer-Standorten, Berlin und Hamburg, werden auch die letzten Regionalzeitungen verkauft: Die *Berliner Morgenpost*, das *Hamburger Abendblatt* und die kleine *Bergedorfer Zeitung*.

Döpfner zieht seinen Kurs weiter knallhart durch: Er verkauft mit den Printmedien die frühere Basis des Konzerns und setzt voll auf das digitale Geschäft. Dass die Mehrheitsaktionärin Friede Springer sogar dem Verkauf des *Hamburger Abendblatts* und der *Hörzu* zugestimmt hat, zeigt die Neuorientierung. Beide hatte Axel Cäsar Springer einst gegründet und damit das Fundament für ein schnelles Wachstum gelegt. Nun zählt Tradition nicht mehr.

Wenn die Angaben von Springer zum Umsatz und Ebitda der verkauften Titel stimmen, hat der WAZ-Konzern einen hohen Preis bezahlt. 920 Mio. Euro entsprechen fast dem zehnfachen des Ebitda bei einem Umsatz von gut 500 Mio. Euro. 260 Mio. Euro des Kaufpreises stundet Springer zunächst. Für den Essener Konzern, der bisher nur selten mit dem neuen Titel Funke-Gruppe bezeichnet wird, stellt auch die restliche Finanzierung keinen Pappenstiel dar. Petra Grotkamp, eine der Töchter des WAZ-Mitgründers Funke, hatte erst im letzten Jahr die Mehrheit am Konzern übernommen und den Zukauf finanziell nur mit Schwierigkeiten gestemmt. Dass der Konzern nun schon zu einem solchen Big-Deal in der Lage ist, überrascht gleichfalls. Bei den Mitarbeitern des WAZ-Konzerns löste er blanke Wut aus. Sie müssen seit Jahren einen Sparerlass nach dem anderen vollziehen. Bei der *Westfälischen Rundschau* wurde in diesem Jahr sogar die gesamte Redaktionsmannschaft entlassen. Nun wissen sie wozu: Die Expansion muss bezahlt werden.

Kein Wunder, dass bei den betroffenen Springer-Mitarbeitern Entsetzen ob des künftigen Arbeitgebers herrscht. Der Deal soll, wenn das Bundeskartellamt zustimmt, Anfang nächsten Jahres vollzogen werden. Für die ersten Jahre danach hat Springer zu Gunsten seiner Noch-Mitarbeiter eine Bestandssicherung verhandelt. Wie diese umgesetzt werden soll, ist allerdings in Teilen völlig offen. *Hamburger Abendblatt* und *Berliner Morgenpost* sind redaktionell eng verknüpft mit der *Welt*. Die *Morgenpost* hat keine eigenständige Redaktion mehr. Die *Welt* könnte auch künftig den überregionalen Teil liefern, während die *Morgenpost*-Redaktion den Berliner Lokalteil der *Welt* zuliefert.

Wegen der Ertragsschwäche der *Welt* dürfte Springer am Bestand der redaktionellen Kooperation hohes Interesse haben. Für die Pfennigfuchser in Essen gilt das ohnehin. Die unter den Mitarbeitern aufgekommene Besorgnis, dass die *Welt* demnächst auch für andere WAZ-Titel den Mantel liefern wird, ist allerdings überzogen. Von Berlin aus die überregionale Berichterstattung für Zeitungen in NRW, Niedersachsen und Thüringen zu gestalten, ist nicht machbar. Kooperationen könnten allerdings ein Ziel sein.

Das *Abendblatt* und die *Bergedorfer Zeitung* wirtschaftlich lukrativ zu führen, wird dem WAZ-Konzern keine Probleme bereiten. Die Marktposition ist nicht nur in Hamburg, sondern auch in weiten Teilen Schleswig-Holsteins oppulent. Im wettbewerbsintensiven Berliner Markt ist das weit schwieriger.

Bei den Zeitschriften sieht das anders aus. Die Springer-Titel passen ideal ins Sortiment des WAZ-Konzerns, der in München eigene Frauen- und Programmtitel verlegt. Die WAZ-Titel sind als „Billigheimer" in der Regel im unteren Marktsegment angesiedelt, die Springer-Titel darüber. Bei den Programmzeitschriften würde der WAZ-Konzern nach Berechnungen von meedia.de aufschließen zum traditionellen Marktführer, dem Bauer-Konzern. Die Kartellrichter könnten an dem faktischen Duopol – mit kleinen Marktanteilen von Burda (*TV Spielfilm*) – Anstoß nehmen. Ein Verbot der Übernahme einzelner Titel scheint möglich.

Offen bleibt zunächst auch, was Springer mit der vollen Kriegskasse unternehmen wird. Investitionen in digitale Geschäfte auch außerhalb des Journalismus sind wahrscheinlich. Das Interesse an der Scout-24-Gruppe der Deutschen Telekom ist ungebrochen. Derzeit steht aber auch erneut der TV-Konzern ProSiebenSat.1 zum Verkauf. Daran hatte Döpfner einst großes Interesse, scheiterte aber medien- und kartellrechtlich. Zumindest die medienrechtlichen Bedenken sind nach den Verkäufen der letzten Jahre reduziert. Der Preis für die Fernseh-Gruppe ist allerdings immens gestiegen. Auch Investitionen in Zeitungen sind denkbar. So könnte sich der Kredit an die WAZ in Luft auflösen, wenn Springer deren Anteile an den österreichischen Titeln *Krone* und *Kurier* bekäme. An diesen Titeln hat Springer schon lange Interesse. Und die WAZ war schon mal verkaufswillig. Andere Auslandsengagements sind bereits verkauft worden. In der gemeinsamen Pressemitteilung zum großen Deal spricht die Funke-Gruppe vom Aufbau eines „nationalen Medienhauses". ■

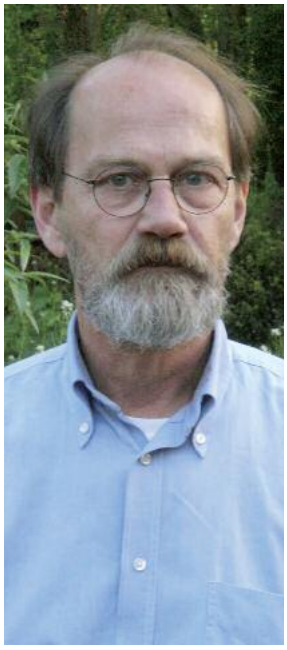


Foto: privat

Horst Röper

Medienforscher Horst Röper ist Chef des Formatt-Instituts in Dortmund.

Flucht und Vertrauen

Yücel Özdemir, Korrespondent von Evrensel, lebt seit 20 Jahren in Deutschland

Von Pascal Beucker | Yücel Özdemir sitzt in seinem schmucklosen Büro im Technologiepark im Kölner Stadtteil Müngersdorf. Der Deutschlandkorrespondent der türkischen Tageszeitung *Evrensel (Universal)* bereitet sich auf einen Fernsehauftritt vor. Das Studio von „Hayat TV“ ist nur wenige Meter entfernt. Dort wird ihn gleich die Moderatorin Suna Canan für ihre sonntägliche Sendung „Avrupa'da hayat“ („Leben in Europa“) befragen. Zum NSU-Prozess.

Der 44-jährige gehört zu jenen 50 Journalisten, die beim zweiten Akkreditierungsverfahren des Oberlandesgerichts München einen der hoch begehrten ständigen Beobachterplätze erhalten haben. „Das NSU-Verfahren ist historisch relevant, weil es entscheidend dafür ist, ob die Angehörigen der Opfer und die Einwanderer insgesamt das Vertrauen gegenüber Deutschland und den Deutschen wiedererlangen können“, sagt er. Seine Stimme verrät: Es geht auch um sein eigenes Vertrauen.

Seit 20 Jahren lebt Yücel Özdemir in Deutschland. In der Türkei war der damals 25-Jährige zu sechs Jahren Knast verurteilt worden. Sein „Verbrechen“: Neben seinem Mathematikstudium an der Universität Istanbul war Özdemir verantwortlicher Redakteur der linken Wochenzeitschrift *Gerçek (Realität)*, der Vorläuferin von *Evrensel*. Nach der Veröffentlichung eines geheimen Militärprotokolls, in dem es um die Bespitzelung von Kurden, Aleviten und Linken ging, machte ihm die türkische Justiz den Prozess wegen „Landesverrats“. Özdemir blieb nur noch die Flucht. Die Bundesrepublik gewährte ihm Asyl. Lange hat der Journalist, der seit 2002 auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, auf die Aufhebung des in der Türkei ergangenen Unrechtsurteils warten müssen. Im Juli 2012 durfte er erstmals wieder sein Geburtsland besuchen. Im Konferenzraum des Kölner *Evrensel*-Büros hängt ein altes Plakat von amnesty international. „Meinungsfreiheit ist Menschenrecht“, steht darauf. „Niemand darf dafür eingesperrt werden.“

In Deutschland können nicht viele etwas mit dem Namen des linksoppositionellen Blattes anfangen. In der Türkei sieht das trotz der geringen Auflage, die derzeit durchschnittlich bei 6.000 Exemplaren liegt, etwas anders aus. Dass es *Evrensel* bis heute gibt, gleicht einem Wunder. Besonders in den ersten Jahren nach ihrer Gründung im Juni 1995 war die regierungskritische Zeitung immer wieder Ziel massiver staatlicher Repressalien. Unzählige Ausgaben wurden konfisziert. Permanent durch Strafverfahren und Schließungsverfügungen in ihrer Existenz gefährdet, reichten die gegen sie erhobenen Vorwürfe von „Aufstachelung zum Klassenhass“ bis zu „separatistischer Propaganda“ – wegen ihres Einsatzes für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Journalisten wurden verhaftet und gefoltert.

Trauriger Höhepunkt, der die kleine sozialistische Zeitung auf tragische Weise bekannt machte: Am 8. Januar 1996 wurde in Istanbul der *Evrensel*-Reporter Metin Göktepe in Polizeigewahrsam zu Tode geprügelt. Die Ermordung des 27-jährigen Journalisten sorgte für einen Sturm der Entrüstung in der gesamten türkischen Presse und weit darüber hinaus. Im Mai 1999 wurden sechs Polizisten zu Freiheitsstrafen von siebeneinhalb Jahren verurteilt – ein für die damaligen türkischen Verhältnisse sensationelles Ergebnis (M 6/99).

60 Redakteure arbeiten heute in der *Evrensel*-Zentrale im Istanbuler Stadtteil Kocamustafapaşa. Darüber hinaus verfügt die Zeitung über Büros in Ankara, Izmir, Kocaeli, Adana und Diyarbakir. Ein ziemlich großer Apparat für ein kleines Blatt. Allerdings macht die *Evrensel*-Crew seit Dezember 2007 nicht nur Zeitung, sondern auch Fernsehen. „Hayat TV“ („Leben TV“) heißt ihr ambitionierter Nachrichtensender, der sich als eine Art „CNN von unten“ versteht. Auch Özdemir hat seine eigene Sendung auf dem über Türksat ausgestrahlten und werbefinanzierten Satellitenkanal: Jeden Mittwoch moderiert er von Köln aus „Avrupa Penceresi“ („Europas Fenster“), eine Diskussionsrunde mit Politikern, Journalisten, Wissenschaftlern oder Gewerkschaftern.

Seit dem Start von *Evrensel* gibt es eine Dependance in Deutschland, zunächst in Duisburg, dann im südlich von Frankfurt gelegenen Dreieich und seit 2000 in Köln. Bis 2009 erschien eine in der Bundesrepublik gedruckte Europaausgabe. Der Fokus blieb aber auf die Türkei gerichtet. Das sei irgendwann nicht mehr zeitgemäß gewesen, sagt Özdemir. Deswegen gibt es inzwischen die vierzehntägig erscheinende *Yeni Hayat (Neues Leben)*, die vollständig in der BRD produziert wird und zweisprachig erscheint. „Die türkeistämmigen Migranten ändern sich, also müssen wir uns auch ändern“, begründet das Mitglied der dju in ver.di die publizistische Entscheidung.

Foto: Pascal Beucker

Yücel Özdemir hat eine der 50 ständigen Beobachterplätze beim NSU-Prozess und teilt ihn tageweise mit taz und ND.

„Nach dem Brandanschlag von Solingen im Mai 1993 markiert die NSU-Mordserie den zweiten großen Bruch im Verhältnis der türkeistämmigen Einwanderer zu Deutschland“, sagt Özdemir. Im Prozess gegen Beate Zschäpe und ihre mutmaßlichen Unterstützer gehe es nicht nur um eine gerechte Urteilsfindung, sondern auch um die Aufklärung der Hintergründe. Deshalb sei auch eine kritische Begleitung äußerst wichtig. Das ist auch der Grund, warum Özdemir unmittelbar nach der Auslosung der *taz* und dem *Neuen Deutschland* anbot, seinen Platz an jenen Verhandlungstagen zur Verfügung zu stellen, an denen er nicht selbst vor Ort sein kann. Das Angebot haben sie dankend angenommen. ■

Medienpolitik galt lange Zeit als politisches Stiefkind der Parteien. Erst seit der Digitalisierung wird diesem Gegenstand von den politischen Akteuren mehr Beachtung geschenkt, wächst der Katalog von Forderungen und Absichtserklärungen auch in den Wahlprogrammen der Parteien. So auch bei den programmatischen Schriften zur diesjährigen Bundestagswahl am 22. September (vgl. Synopse). Ein kommentierter Vergleich.

Von Günter Herkel

Wahlpapier ist geduldig

Foto: Pixel / Fotolia.com

Am 20. Februar dieses Jahres fand im Kultur- und Medienausschuss des Deutschen Bundestages ein öffentliches Fachgespräch zum Thema „Zukunft der Presse“ statt. Teilnehmer dieses Hearings waren fünf Vertreter renommierter deutscher Zeitungsverlage sowie der Hamburger Kommunikationswissenschaftler Stephan Weichert. Der eingangs gegebene Hinweis einer oppositionellen Abgeordneten, man habe beschlossen, das Thema Leistungsschutzrecht in diesem Hearing auszuklammern, wurde von den Abgesandten der Verlage (Springer, Gruner+Jahr, Zeit und Funke-Gruppe – ehemals WAZ) souverän ignoriert. Statt die Ursachen der Branchenkrise zu analysieren, beschworen die Verlagsmanager nahezu unisono den Ausverkauf der Branche – falls das von ihnen geforderte Leistungsschutzrecht nicht endlich in Gesetzesform gegossen werde. Zwei Tage später beschloss der Deutsche Bundestag das seit Jahren umstrittene Paragrafenwerk mit den Stimmen der Koalitionsparteien. Am 1. August trat es in Kraft. Ein Beispiel dafür, wie durchschlagend knallharter Lobbyismus auch in der Medienpolitik wirken kann. Viel Freude hatten die Verleger an diesem Erfolg allerdings nicht, denn das Ganze wurde von Google noch getoppt. Der Suchmaschinenriese ersuchte die Verleger höflich, auf ihre Ansprüche aus dem Gesetz bezüglich Google News zu verzichten und ihm doch bitte schön eine kostenlose Lizenz zu gewähren. Andernfalls würden die Inhalte ihrer Zeitungen nicht mehr in Google News gelistet. Die Drohung wirkte, die Verleger knickten ein. Anfang August hatten Springer, Bauer, Burda und FAZ bereits klein beigegeben. Jedoch werde die Zustimmung nur vorläufig gegeben, man bereite die Verwertung vor, erklärten Springer und Burda. Was immer das heißt. Die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes darf einmal mehr bezweifelt werden! Bleibt nachzutragen: Auch die SPD hatte mitgeholfen, das umstrittene Gesetz im Bundesrat durchzuwinken. Nur Grüne und Linke stemmten sich konsequent dagegen. Für ver.di kommt nur eine gesetzliche Regelung infrage, die nicht allein den Verlagen nützt, sondern den Urhebern eine Erlösbeteiligung von mindestens 50 Prozent sichert.

Netzpolitik. Das Internet sei für uns alle „Neuland“, hatte Kanzlerin Merkel unlängst überraschend verkündet. Dennoch soll Deutschland laut CDU bis Ende 2020 Wachstumsland Nr. 1 in Europa werden. Was den Ausbau des Breitbandnetzes angeht, so liegen die Zielvorstellungen der Parteien gar nicht mal so weit auseinander. Nur der Weg dahin sieht unterschiedlich aus. Während die Liberalen den Ausbau der Telekommunikation Privatunternehmen vorbehalten wollen und die CDU weiterhin auf EU-Förderung setzt, schlägt die SPD neuerdings einen „Bürgerfonds“ vor – zwecks Beschleunigung des Ausbaus. Der solle da aushelfen, wo der Markt allein nicht ausreicht. Die Linke bleibt sich treu und fordert – warum eigentlich nicht? – die Überführung der Telekommunikationsnetze „in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum“. Eine Maßnahme, die vermutlich auch hilfreich wäre, um eine weitere Forderung der Partei – „Fair Work“ in der IT-Industrie – durchzusetzen. Bei den Grünen zielt das Ganze schwerpunktmäßig auf eine Ökologisierung der Branche ab und heißt folglich „Green IT“. Als einzige Partei fordert die CDU eine regelmäßige Bestandsaufnahme der Digitalisierung im Lande in Form eines „digitalen Weißbuchs“. Nicht ganz eindeutig erscheint die Formulierung, wonach beim Breitbandausbau die frei werdenden Frequenzen des Rundfunks „besser einbezogen werden“ sollen. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten sollten daher auf der Hut vor potenziellen Frequenzdieben sein.

Kultur- und Kreativwirtschaft. Eine zentrale sozialpolitische Forderung aus gewerkschaftlicher Sicht gilt einer Stärkung der Künstlersozialkasse. Immerhin ist die KSK für viele Freiberufler in künstlerischen und publizistischen Berufen überlebenswichtig, da sie die Hälfte ihrer Beiträge für Kranken-, Renten und Pflegeversicherung übernimmt. Das funktioniert aber nur, wenn genügend Geld in den KSK-Topf fließt. Und genau da hapert es seit einigen Jahren. Immer mehr unter den rund 150.000 abgabepflichtigen Unterneh-

men drücken sich um die KSK-Abgabe auf die Honorare. Für die zahlenden Auftraggeber wird es darum immer teurer. Der Entwurf der Künstlersozialabgabe-Verordnung vom 1. August sieht eine finanzielle Schieflage. Hauptursache der Misere dürften die zu laschen Kontrollen durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) sein. Das meint zumindest Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Gemeinsam mit dem Staatsminister für Kultur und Medien Bernd Neumann, ebenfalls CDU, wollte von der Leyen die DRV per Gesetz zu stärkeren Kontrollen verpflichten. Wirtschaftsverbände, aber auch die FDP und Teile der Union legen sich quer – leider mit Erfolg. Insofern hinterlässt die im CDU-Wahlprogramm fixierte Forderung nach einer „Stabilisierung" der KSK einen schalen Nachgeschmack. Aber: Die Petition für eine regelmäßige Überprüfungspflicht bei potentiell abgabepflichtigen Unternehmen wurde am 6. August mit über 70.000 Unterschriften abgeschlossen. Daher wird sich in Bälde der Petitionsausschuss des Bundestages erneut mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Alle Oppositionsparteien wollen nicht nur die KSK stärken (bei den Grünen im Gewande der Bürgerversicherung), sondern garnieren diese Forderung auch mit diversen weiteren sozialpolitischen Vorstößen. Besonders ausführlich fällt dieser Vorstoß verdienstvollerweise bei der SPD aus. Einen kleinen Seitenhieb wird man den Sozis aber nicht ersparen können. Als ehemalige Miteigentümerin der *Frankfurter Rundschau* hat sich die SPD-Medienhoding ddvg bei den Verhandlungen um einen angemessenen Sozialplan für Hunderte Beschäftigte nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Auch fiel der Widerstand gegen die Entlassung der gesamten Redaktion der *Westfälischen Rundschau* zu Beginn dieses Jahres reichlich mau aus. Zu denken geben sollte auch die Ablehnung zentraler gewerkschaftlicher Positionen durch ddvg-Geschäftsführer Jens Berendsen auf der Bilanzpressekonferenz im Juni. Anstelle von Lohnerhöhungen plädierte er für einen strikten Sparkurs. Merke: (Wahlprogramm-)Papier ist geduldig, entscheidend ist die politische Praxis!

Rundfunkpolitik. Der Rundfunk ist Ländersache, sollte daher auf den ersten Blick in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl nicht allzu gewichtig vorkommen. In den Programmen der beiden Volksparteien spiegelt sich diese Einstellung wider: CDU/CSU und SPD (auch die Linke) handeln die Rundfunkpolitik mit einigen nichtssagenden Allgemeinplätzen ab. FDP und Grüne dagegen nutzen die Gelegenheit zu grundsätzlichen Positionsbestimmungen. Und zwar mit gegensätzlicher Ausrichtung. Die Liberalen bleiben ihrer Rolle als bedingungslose Verfechter des Privat(rundfunk)kapitals treu, wettern gegen „gebührensubventionierte Marktverzerrung", wünschen eine „deutliche Reduzierung" der öffentlich-rechtlichen Sender, fordern gar die Abschaffung des erst zu Jahresbeginn eingeführten neuen Rundfunkbeitrags. Ob die von ihnen ersatzweise geforderte „personenbezogene Abgabe" aber der Weisheit letzter Schluss ist? Zumindest die Idee, eine solche Abgabe zusammen mit der Einkommensteuer vom Finanzamt einziehen zu lassen, erscheint vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich gebotenen Staatsferne des Rundfunks reichlich originell. Aber vielleicht ist es ein Trick. Da sich die Liberalen bei jeder Gelegenheit für Steuersenkungen stark machen, ließe sich auf diesem Wege mittelfristig der ungeliebte öffentlich-rechtliche Rundfunk elegant entsorgen. Dazu passt auch die von der FDP geforderte Überprüfung des Grundversorgungsauftrags von ARD und ZDF in Richtung auf einen „eng zu verstehenden Bildungsauftrag!"

Foto: burnhead / Fotolia.com

Das Kontrastprogramm liefern die Grünen: Sie plädieren für eine staatsferne Besetzung der Aufsicht bei ARD, ZDF und Deutschlandradio, eine Forderung, die spätestens seit der unrühmlichen „Causa Brender" ganz vorn auf der medienpolitischen Agenda steht. Als einzige Partei fordern die Grünen auch die Errichtung einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder. Begründung: die Zulassung und Kontrolle bundesweiter Rundfunkprogramme und -veranstalter durch die ZAK (= Kommission für Zulassung und Aufsicht) habe sich nicht bewährt. Deren Arbeit werde durch föderale Egoismen belastet. Statt Senderkahlschlag unterstützt die Öko-Partei den Aufbau eines gemeinsam von ARD und ZDF betriebenen Jugendkanals. Offensiv argumentieren die Grünen auch in der Frage künftiger Online-Präsenz der Öffentlich-Rechtlichen. Ebenso wie ver.di fordern auch sie die Beendigung der „Depublikationspflicht" von ARD und ZDF, also der absurden Regeln, die die Verweildauer vieler vom Beitragszahler bereits finanzierten Angebote im Netz beschränken.

Medienvielfalt. In der vergangenen Legislaturperiode wurden von der schwarz-gelben Regierung die Weichen für eine Lockerung der Pressefusionskontrolle gestellt. Die Novellierung erleichtert es den Verlagen, kleinere Wettbewerber aufzukaufen. Gewerkschaftliche Warnungen, damit werde der Medienvielfalt ein Bärendienst erwiesen, wurden ebenso ignoriert wie die Bedenken der Opposition. Den Liberalen geht das Erreichte offenbar nicht weit genug: sie fordern weitere „Modernisierungen des Medien- und Konzentrationsrechts". Dabei belegen die Pleiten der *Financial Times Deutschland*, der Konkurs von *FR* und dapd eindrucksvoll, dass die „strukturelle Krise der Printmedien", von der im Wahlprogramm der SPD die Rede ist, die Pressefreiheit schon jetzt massiv bedroht. SPD, Grüne und Linke wünschen vor diesem Hintergrund eine Debatte über „neue Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen" (SPD). Die Überlegungen reichen von Stiftungsmodellen über die „indirekte und gezielte Förderung von Qualitäts- und investigativem Journalismus" (Grüne) bis hin zur Forderung nach einer stärkeren „öffentlichen Ausrichtung" des Journalismus (Linke). Aber Eingriffe in und Stimulanzien für den Markt können sich die Regierungsfraktionen offenbar nur zugunsten der Verlage vorstellen. Als beim eingangs erwähnten Hearing im Bundestag Medienwissenschaftler Weichert solche in den USA längst erfolgreich erprobten Modelle präsentierte, rief ein CDU-Abgeordneter entsetzt: „Das ist ja Sozialismus." ■

Synopse über die medienpolitischen Themen der Parteien in ihren Programmen zur Bundestagswahl 2013 und die Forderungen von ver.di

CDU/CSU	FDP	SPD
Netzpolitik		
· Flächendeckende Breitbandversorgung bis 2018 · Freiwerdende Frequenzen des Rundfunks (= digitale Dividende) „besser nutzen“ · WLAN-Netz ausbauen · Förderung der digitalen Wirtschaft („Industrie 4.0“)	· „Der Ausbau von Telekommunikationsnetzen ist grundsätzlich Sache von privaten Unternehmen. Die Grundversorgung mit Telekommunikationsleistungen muss jedoch künftig einen Breitband-Internetanschluss umfassen. Der Inhalt der Grundversorgung ist stets dynamisch an wachsende Übertragungskapazitäten anzupassen.“	· Zugang zum Internet als demokratisches Bürgerrecht · Gesetzliche Absicherung der flächendeckenden Breitbandversorgung durch eine „Universaldienstverpflichtung“ · „Bürgerfonds für Breitband“ · Dynamischer Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen · Netzneutralität gesetzlich verankern · Zugang zum WLAN in öffentlichen Räumen
Urheberrecht		
· Weiterentwicklung, „zum Beispiel beim Thema Privatkopie, beim Umgang mit Rechtsverstößen durch Nutzer oder wachsenden Zahl neuer Formen der digitalen Verwertung“	· Konsequente und wirksame Bekämpfung von Verletzungen des geistigen Eigentums im Internet · Rechtsunsicherheiten in der digitalisierten Welt durch modernes Urheberrecht ausräumen · Fairer Interessenausgleich zwischen Urhebern und Rechteinhabern sowie Nutzern und Diensteanbietern	· Modernisierung des Urheberrechts: fairer Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern · Erprobung neuer Geschäftsmodelle rechtlich ermöglichen, z.B. durch eine vereinfachte Lizenzierung · Position des Urhebers durch effizientere Ausgestaltung der im UrhG vorgesehenen Verhandlungs- bzw. Konfliktlösungsmechanismen stärken · Konsequente Unterbindung gewerbsmäßig betriebener Urheberrechtsverletzungen · Aber: keine flächendeckende Inhaltefilterung, keine Internetsperren, sondern Vorgehen gegen illegale Plattformen
Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk		
· Bekenntnis zur gewachsenen dualen Medienordnung · ARD, ZDF und Deutschlandradio „als glaubwürdiger Informationsanker immer wichtiger“ · Privater Rundfunk: auch hier müssen inhaltliche Qualitätskriterien bei der Programmgestaltung eine „angemessene Rolle“ spielen · Stärkung der Deutschen Welle (Ausbau der Kooperationen mit ARD, ZDF und DLR)	· Sicherung eines fairen Miteinander von Printmedien und Rundfunk in analoger und digitaler Welt · Keine „gebührensubventionierte Marktverzerrung“ · Überprüfung und Konkretisierung des Grundversorgungsauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; künftig Konzentration auf einen „eng zu verstehenden Bildungsauftrag“ · Deutliche Reduzierung der Sender des ÖRR · Die Rundfunkaufsicht an die Vernetzung von Rundfunk, Internet und Telekommunikation anpassen · Abschaffung der „neuen Wohnungsabgabe“ für den Rundfunk; Ersetzung durch eine „personenbezogene Abgabe“, die zusammen mit der Einkommensteuer vom Finanzamt eingezogen wird	· Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist Garant für hochwertige Inhalte im publizistischen Wettbewerb mit anderen Anbietern – online wie offline · Privilegierte Stellung muss immer wieder gerechtfertigt werden: durch besondere Qualität des Programms wie auch der Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse · Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen privater Rundfunksender: Auch Privatfunk trägt „Verantwortung für qualitätsvolle Angebote“
Medienvielfalt		
· Ziel: Bereicherung der Medien- und Meinungsvielfalt in Deutschland · Faire Wettbewerbsbedingungen – national wie international · Der Medienkonvergenz soll in Regulierung, Aufsichtsstrukturen und politischen Zuständigkeiten Rechnung getragen werden, besonders beim Medienkonzentrations- und Kartellrecht · Pressegrosso ist unverzichtbar	· Modernisierungen des Medienkonzentrations- und Kartellrechts	· Strukturelle Krise der Printmedien bedroht „mittelbar“ auch Pressefreiheit, Medienvielfalt und Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten · Herstellung und Vertrieb journalistisch redaktioneller Produkte müssen auch künftig profitabel sein · Entwicklung neuer Modelle der Finanzierung journalistischer Leistungen (bei gleichzeitiger Garantie der Pressefreiheit)
Kultur- und Kreativwirtschaft, Künstlersozialkasse		
· Fortführung der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ · Stabilisierung der KSK (vorrangiges Ziel: Anstieg des Abgabesatzes verhindern)	· Reform der Künstlersozialversicherung; Ziel: keine Abgabepflicht für künstlerische Leistungen, „wenn die Erbringer der Leistung gar nicht Mitglied der KSK sind“	· Bessere soziale Absicherung von Kreativen; Mittel: Ausweitung der Rahmenfrist zum Erwerb von Anwartschaften in der Arbeitslosenversicherung für Solo-Selbstständige, befristet Beschäftigte und andere Formen prekärer Beschäftigung auf drei Jahre; Aufnahme von Solo-Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung · Stärkung der KSK

Grüne	Linke	ver.di
· Flächendeckende Bereitstellung von Breitbandanschlüssen im zweistelligen Mbit/s-Bereich über einen Universaldienst bis Ende der Legislaturperiode · Aufbau eines flächendeckenden Glasfasernetzes · Ausbau von kostenfrei nutzbaren und öffentlich zugänglichen WLAN-Netzwerken · Möglichst weitgehende Barrierefreiheit im Internet · Förderung von „Green IT“: Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Herstellung, des Betriebs und der Entsorgung von IT-Geräten · Grundsatz der Netzneutralität gesetzlich verankern	· Zugang zum Internet = Bestandteil des soziokulturellen Existenzminimums und der Daseinsvorsorge · Netzneutralität · Überführung der Telekommunikationsnetze in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum · Flächendeckende Breitbandversorgung gerade in strukturschwachen Regionen · Breitband-Internetanschlüsse als gesetzlich abgesicherter Universaldienst; gesetzliche Festschreibung einer Mindestbandbreite von zunächst 10 Mbit/s · Fair Work in der IT-Industrie	· Flächendeckender Aufbau eines Glasfasernetzes, ggf. mit finanzieller Unterstützung durch die öffentliche Hand · Implementierung eines modernen Universaldienstes · Nutzung der „digitalen Dividende“ darf nicht zulasten des öffentlich-rechtlicher Rundfunkfrequenzen gehen
· Modernisierung und Reform des Urhebervertragsrechts: „Vergüten statt verfolgen“ · Absage an Sperrung von Internetseiten oder -anschlüssen und Filterung von Inhalten, gegen „ausuferndes Abmahnunwesen“ · Verwertungsgesellschaften müssen „gerechter, transparenter und demokratischer“ werden · Stärkung des Rechts auf digitale Privatkopie · Abbau urheberrechtlicher Hindernisse für den Zugang im Wissenschaftsbereich („Open Access“)	· Reform des Urhebervertragsrechts: für neue Lizenz- und Vergütungsmodelle (Creative Commons, Kulturwertmark, Crowdfunding) · Umfassende Reform der Verwertungsgesellschaften · Kontra Verlängerung urheberrechtlicher Schutzfristen · Überzogenen und massiven Einsatz von Abmahnungen stoppen · Nichtkommerzielle Nutzungen in Tauschbörsen sollen erlaubt sein	· ver.di fordert ein Gesetz in Analogie zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das die Durchsetzung vereinbarter Mindestvergütungen nach dem Urhebervertragsgesetz ermöglicht. · Jede Form der (bewussten) unerlaubten Nutzung muss gesellschaftlich geächtet werden. Anbieter illegaler Angebote müssen strafrechtlich verfolgt und zivilrechtlich belangt werden können. · Der Werbewirtschaft und elektronischen Bezahlsystemen ist die Beteiligung an Urheberrechtsverstößen durch Werbeschaltungen/Abwicklung von Bezahlvorgängen zu verbieten · Kostenpflichtige Ermahnung von urheberrechtsverletzenden Verbrauchern, gedeckelt in Höhe des Verwaltungsaufwandes.
· Staatsferne Besetzung der Aufsicht bei ARD, ZDF und Deutschlandradio · Anpassung der Zusammensetzung der Rundfunkgremien an die veränderten gesellschaftlichen Realitäten · Für mehr Transparenz der Eigentumsverhältnisse bei privaten Medien · Errichtung einer gemeinsamen Medienanstalt der Länder · Dauerhafte Präsenz der Angebote des ÖRR im Netz, daher Beendigung der Depublikationspflicht von ARD/ZDF und DLR · Für Aufbau eines eigenständigen Jugendsenders von ARD und ZDF	· Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren, Rundfunkräte „demokratisieren und quotieren“ · Barrierefreiheit in den Medien, Vertretung von Behindertenverbänden in den Rundfunkräten · Reform des Rundfunkbeitrags: Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten	· Sicherung der Bestands- und Entwicklungsgarantie, auch im digitalen Bereich · Verhinderung einer politisch motivierten Beschneidung des Programmauftrags · Gewährleistung staatsferner Strukturen in den Rundfunkgremien · Abschaffung der Depublikationspflicht für ÖRR (= Streichung 7-Tage-Frist/maximale Verweildauer etc.) · Mittelfristig: Ausstieg des ÖRR aus der Werbung bei entsprechender finanzieller Kompensation · Ende des faktischen „Gebührenmoratoriums“
· Ablehnung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage · Durchsetzung und Kontrolle der Vergütungsregeln für JournalistInnen · Debatte über Stiftungsmodelle, indirekte und gezielte Förderung sowie über die Rolle des Bürgerjournalismus „anstoßen“: Förderung von Qualitäts- und investigativem Journalismus, „ohne die Verleger und Veranstalter aus ihrer Verantwortung zu entlassen“	· Verschärfung der Kartellgesetze, um die Medienkonzentration einzudämmen · Verankerung von hoher Mitbestimmung in Redaktionsstatuten · Für stärkere „öffentliche Ausrichtung“ des Journalismus: über alternative Finanzierungsmodelle Mitbestimmung von Nutzerinnen und Nutzern bei Programminhalten und „am Gemeinwohl orientierten Vergütungsansätzen“	· Keine (weitere) Lockerung der Pressefusionskontrolle · Mehr Transparenz durch Wiedereinführung der Pressestatistik · Verteidigung und Erhalt des Presse-Grosso · Prüfung sinnvoller Instrumente zur Presseförderung, die dem journalistischen Produkt, nicht den Verlagen zugutekommen (z.B. Stiftungsmodelle) · Streichung des Tendenzschutzparagrafen
· Faire Arbeitsbedingungen und mehr soziale Sicherheit · Einführung der Bürgerversicherung unter Erhalt der Prinzipien der Künstlersozialversicherung	· Öffnung der KSK für weitere Berufsgruppen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft	· Selbstständige Kultur- und Medienschaffende sozial absichern durch Stärkung der KSK · Auftraggeberbeteiligung an einer verpflichtenden gesetzlichen Altersvorsoge · Freiwillige Arbeitslosenversicherung gerechter gestalten

Abgeschliffen

Ein kritischer Blick des Berliner Journalisten Holger Schmale auf die Trends der politischen Berichterstattung im Bundestags-Wahljahr

M | Alle Wahljahre wieder wird geklagt, die Politik-Berichterstattung werde immer unpolitischer. Politische Sachthemen würden marginalisiert, stattdessen dominierten sogenannte Prozessthemen, also Berichte über Wahlkampagnen, Wahlwerbung etc. Ist an dieser Klage was dran?

Holger Schmale | Ich glaube, viele Medien bemühen sich zumindest immer auch, Wahlprogramme inhaltlich aufzubereiten, zu zeigen, was die Parteien wollen und was sie unterscheidet. Insofern kann ich dem so nicht zustimmen. Unabhängig von der Wahlberichterstattung: Wenn man in den letzten Wochen schaut, was es da an großen politischen Themen gab – Prism, NSA, der Drohnen-Skandal – das ist schon eine sehr politische Berichterstattung, die wir zur Zeit haben.

Der politisch-mediale Erregungsspiegel, so konstatieren Kommunikationswissenschaftler, nimmt ständig zu. Ein zugespitztes Beispiel: Bei der letzten „Jahrhundertflut" ging es in der Berichterstattung weniger um adäquate Gegenmaßnahmen als um die Frage, welcher Politiker mit und welcher ohne Gummistiefel am Katastrophenschauplatz auftritt …

Eine generelle Tendenz der Berichterstattung ist die Personalisierung und die Boulevardisierung von Themen. Diese Tendenz zieht sich durch alle Politikfelder, durch alle Medien. Das führt dann genau zu solchen Erscheinungen.

Die Boulevardmedien haben also kein exklusives Copyright mehr, was die Boulevardisierung der Berichterstattung angeht?

So ist es.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die zunehmende Skandalisierung von Politik: Letztes Jahr traf es zum Beispiel Wulff, jetzt gerade sind de Maizière und Lammert dran, der eine allerdings tatsächlich konfrontiert mit einem handfesten Politskandal, dem gescheiterten Rüstungsprojekt Sky Hawk, der andere mit einem Plagiatsvorwurf. Brauchen die Medien alle Naselang eine neue Sau, die sie durchs Dorf treiben können?

Es sieht ganz so aus. Das hängt natürlich auch mit der Personalisierung und der Boulevardisierung zusammen. Die Tendenz zur Skandalisierung lässt sich nicht leugnen. Ursache ist der Konkurrenzdruck, wobei die digitalen Medien beschleunigend wirken. Der Themenrhythmus wird immer schneller. Dadurch wächst auch der Druck, solche Themen schnell und einfach aufzubereiten.

Trifft das alle Medien, auch die häufig als „seriöse" Medien apostrophierte überregionale Qualitätspresse?

Eindeutig ja. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben fast alle Medien das Problem, eine richtige Relevanzhierarchie noch zu erkennen. Was sind heute wichtige Themen, was weniger? Gelegentlich werden irrelevante Themen unter diesem Eindruck plötzlich sehr bedeutsam. Wenn etwa die Frage, ob dem ehemaligen Bundespräsidenten Wulff irgendwann einmal ein Bobbycar geschenkt wurde, plötzlich auch in seriösen Medien ernsthaft erörtert wird.

Der Verbraucher bzw. der Medienkonsument spielt da offenbar gern mit …

Es wird oft damit argumentiert, dass Medien ein Nachfrageprodukt sind. Mit einigem Recht. Wenn kein Leser-, Seher-, Hörerinteresse für solche Themen da wäre, dann gäbe es sie auch nicht.

Auf das Ansehen der Medien hat dieser Typ Journalismus aber offenbar keine positive Wirkung. Im kürzlich veröffentlichen Korruptionsbarometer von Transparency International schnitten die politischen Parteien weltweit am schlechtesten ab, auch in Deutschland. Die Medien rangierten in Sachen Glaubwürdigkeit an drittletzter Stelle, nur knapp vor den Parteien und der Privatwirtschaft, aber noch hinter der öffentlichen Verwaltung und dem Parlament. Eine deprimierende Bilanz, oder?

Wohl wahr. Das hängt auch damit zusammen, dass Politik und Medien von vielen Menschen als „eine Klasse" betrachtet werden. Medienvertreter und Politiker erscheinen als eine Clique, die sich untereinander die Dinge zuschiebt. Unter dieser Perspektive leidet natürlich das Ansehen der Journalisten. Auch da spielen die digitalen Medien, spielt die Blogosphäre eine gewisse Rolle. Betrachtet man, auf welchem Niveau sich politische Debatten in den Diskussionsforen, etwa bei Spiegel Online, bewegen – das ist unfassbar dürftig. Ganz zu schweigen vom Bild, das dort von Politikern und Journalisten gezeichnet wird. Andererseits: Laut jüngster Media-Analyse lesen noch immer fast 60 Prozent der Deutschen Zeitungen. Die Zeitung ist also immer noch ein echtes Massenmedium. Und die „Tagesthemen" werden jeden Abend von 2,6 Millionen Menschen gesehen. Es gibt also nach wie vor ein Millionenpublikum, das an einer ordentlichen, sau-

Holger Schmale

Chefkorrespondent der DuMont Redaktionsgemeinschaft (Berliner Zeitung, Kölner Stadtanzeiger, Mitteldeutsche Zeitung)

seit Jahrzehnten Beobachter der bundespolitischen Szene

bis 2008 Miteigentümer des Freitag

Foto: Markus Wächter

beren politischen Berichterstattung interessiert ist. Das hat schließlich auch etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun.

Gelegentlich erweckt es den Anschein, als dränge es Journalisten gerade in Wahlkampfzeiten dazu, selbst Akteur in der politischen Manege zu sein. So genannten Alpha-Journalisten wie *Stern*-Vize Hans-Ulrich Jörges oder dem damaligen Berliner *Spiegel*-Büroleiter Gabor Steingart wurde 2005 der Vorwurf gemacht, den Altkanzler Schröder nieder zu schreiben. Wie nehmen Sie das wahr?

Ich finde, es ist ein Problem, wenn Journalisten in die Rolle von Politikern schlüpfen. Und es gibt kaum Absurderes, als wenn Journalisten Journalisten zu politischen Ereignissen befragen, was in Talkshows ja häufig passiert. Hans-Ulrich Jörges spielt da eine besonders prägnante Rolle. Andererseits hat es dieses Phänomen immer gegeben. Es gab auch schon in der Bonner Republik Journalisten, die sich für die besseren Politiker gehalten haben und die auch versucht haben, Politik zu machen. Dieses Phänomen ist durchs Fernsehen, speziell durch Talkshows, nur noch auffälliger geworden. Für einen Journalisten sollte es aber nichts Wichtigeres geben als Distanz zu wahren – gerade in der Politikberichterstattung.

Gibt es eine mediale Negativkampagne gegen den aktuellen SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück? Oder gehen seine schlechten Umfragewerte hauptsächlich auf eigenes Ungeschick zurück?

Natürlich trifft beides zu. Auch das hat es früher schon gegeben. Kohl wurde in seiner frühen Phase in Bonn in den Medien oft als „Birne“ bezeichnet. Neu ist der Herdentrieb, der in weiten Teilen der Medien herrscht. Das wiederum liegt daran, dass die früher ganz klar ausgeprägte politische Zuordnung wichtiger Medien mittlerweile völlig abgeschliffen ist. Früher gab es Lager: auf der einen Seite die sozialliberal orientierten Medien, auf der anderen die eher konservativen. Entsprechend ausgerichtet war die Berichterstattung. Das ist heute völlig weg. Heute regiert der Herdentrieb, alle schreiben in eine Richtung, und wer da hineingerät, so wie aktuell Steinbrück auch durch eigene Ungeschicklichkeit, dem ergeht es nicht gut. So ist die fast schon kampagnenartige Berichterstattung gegen Steinbrück zu erklären.

Nach Auffassung des Hamburger Journalistikprofessors Siegfried Weischenberg ist das bisherige Dreieck der politischen Kommunikation aus Politik, Medien und Öffentlichkeit längst zum Viereck mutiert. Immer wichtiger werde die Rolle von Demoskopen, Spin Doctors und sonstigen Kommunikationsberatern. Ist das so?

Diese fast zwanghafte Orientierung an Meinungsumfragen betrifft gleichermaßen Politiker wie Journalisten. Die ständigen Wasserstandsmeldungen, etwa die Sonntagsfrage, wirken auf die Berichterstattung zurück. Menschlich ist das nachvollziehbar – keiner ist gern auf der Verliererseite – das spielt auch bei Journalisten eine Rolle. Dieses Phänomen würde ich aber von Spin Doktoren trennen – das ist eine ganz eigene Spezies. Ob das in Deutschland so gut funktioniert, da habe ich meine Zweifel.

Als Wahlkampf-Höhepunkt wird allgemein der Showdown zwischen Merkel und Steinbrück am 1. September angesehen. Zum zweiten Mal findet dieses Duell als Gemeinschaftsveranstaltung öffentlich-rechtlicher und privater TV-Sender mit vier Moderatoren statt. Wie beurteilen Sie diese Konstellation?

Das ist natürlich ein absurdes Format. Vier Journalisten befragen zwei Politiker, die eigentlich miteinander diskutieren sollten. Und obendrein sitzt auch noch Stefan Raab dabei. Diese Konstellation ist auch eine Folge der Feigheit der Kanzlerin. Merkel hat die Debatte auf dieses eine Duell, was in Wirklichkeit keines ist, beschränkt. Warum gibt es nicht – wie in den USA – mehrere solcher Duelle, bei denen die Beteiligten tatsächlich miteinander diskutieren müssen. Mit klar abgesteckten Themen in zwei, drei Runden, vielleicht auch mit Publikum. Aber Merkel scheut diese Art von Debatte, nicht, weil sie sich ihr nicht gewachsen fühlt, sondern weil sie vermeiden will, dass Steinbrück dadurch an Aufmerksamkeit und Profil gewinnt.

Spätestens seit dem 1. Präsidentschaftswahlkampf von Obama 2008 wird auch hierzulande dem Internet eine größere politische Relevanz eingeräumt. Was für eine Figur geben Politiker und Parteien im Netz(wahlkampf) ab?

Ich glaube, das ist alles schon wesentlich professioneller geworden als noch vor einiger Zeit. Dass da aber viel stattfände, kann man wahrlich auch nicht sagen. Was in Deutschland überhaupt noch nicht funktioniert hat: Es ist noch nicht gelungen, das Internet als Mobilisierungsplattform zu benutzen. Das hat ja den Obama-Wahlkampf ausgezeichnet, Mobilisierung auch im Sinne von Spendensammeln. In Deutschland funktioniert das nicht, wurde wohl auch noch nicht probiert. Das hat möglicherweise etwas mit der andersartigen politischen Kultur zu tun. Ansonsten ist das Netz auch ein Spiegel der Realität. Wir haben überhaupt noch keine Spannung in diesem Wahlkampf. Warum sollte sich dann im Netz viel abspielen?

Müssten sich die Politiker angesichts des Bedeutungsverlusts traditioneller Medien in der jüngeren Generation nicht verstärkt um solche Kommunikationsmöglichkeiten kümmern?

Das tun sie ja. Aber die Resonanz ist nicht groß.

Auch die digitale Avantgarde gibt sich mittlerweile skeptisch – selbst der Chef der Piraten im Berliner Abgeordnetenhaus, Christopher Lauer, twittert seit einem halben Jahr nicht mehr. Seine Erkenntnis: Über Zeitungen und TV-Talks erreiche man mehr Wähler – und das „mit weniger Aufwand und weniger Kollateralschäden“.

Gerade Twitter spielt aber in der politischen Kommunikation heute schon eine wesentlich größere Rolle als noch vor vier Jahren.

Michael Spreng, Ex-Berater von Edmund Stoiber, meinte vor vier Jahren, der Internetwahlkampf werde frühestens ab 2020 wirklich relevant werden. Stimmen Sie ihm da zu?

Ob es wirklich noch so lange dauert, weiß ich nicht. Aber es wird noch dauern.

Gespräch: Günter Herkel ■

Politiker im Pinnocchio-Test

Factchecking – ein Mittel journalistischer Recherche in Wahlkampfzeiten

Gerade in Wahlkampfzeiten neigen Politikerinnen und Politiker dazu, uneinlösbare Wahlversprechen zu machen oder den politischen Gegner mit haltlosen Behauptungen zu traktieren. Eine neue journalistische Methode macht aus dieser Not eine Tugend: das Factchecking – auch eines der Themen auf der diesjährigen Jahrestagung von netzwerk recherche. Widersprüchliche Politikeraussagen werden mit den Mitteln journalistischer Recherche auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft und das Ergebnis, häufig auch graphisch aufbereitet, im eigenen Blatt oder in der Nachrichtensendung, vor allem aber im Internet nutzerfreundlich veröffentlicht.

Gleich drei Große der journalistischen Zunft machen sich im Wahljahr 2013 daran, Politikerthesen mal genauer unter die Lupe zu nehmen:

Der „Faktomat“ des *ZeitMagazins* fordert Leserinnen und Leser auf, Politikerbehauptungen mitzuteilen, die der Überprüfung wert wären. Der Faktencheck von heute.de will unter dem Titel „ZDFcheck“ ebenfalls Wahlkampfaussagen von Politikern checken. Mit an Bord sind neben dem ZDF auch der Spartenkanal Phoenix sowie Wikipedia, was im Vorfeld für Aufregung sorgte. Einige Wikipedianer fühlten sich vom öffentlich-rechtlichen Sender vereinnahmt und ausgenutzt. Dass die Überprüfung von Tatsachenbehauptungen zum journalistischen Handwerk wesentlich dazu gehört, zeigt die gut ausgestattete Dokumentationsabteilung des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*. Deren Leiter, Hauke Janssen, veröffentlicht einmal die Woche auf *Spiegel Online* den „Münchhausen-Check“.

So ähnlich die verschiedenen Factchecking-Ansätze der Redaktionen inhaltlich sind, so verschieden sind sie in den Herangehens- und Präsentationsweisen. Sowohl das ZDF als auch das *ZeitMagazin* setzen auf User-Beteiligung – jedoch an sehr verschiedenen Punkten des Prozesses. *Die Zeit* lässt auf der Internetseite ihre Nutzer darüber abstimmen, welche Themen und Thesen überhaupt untersucht werden sollen. Sie nutzen dabei die Software Adhocracy des Vereins Liquid Democracy. Bekannt geworden ist dieses Programm vor allem als internes Abstimmungstool der Piratenpartei. Die eigentliche Recherche wird dann von den beiden Redakteuren durchgeführt, die den Faktomaten betreuen und die sich gegebenenfalls Hilfe aus den Fachredaktionen der *Zeit* holen. Den Usern traue man in puncto professioneller Informationsbeschaffung letztlich nicht genug fachliche Expertise zu, erklärt Martin Kotynek, einer der verantwortlichen Redakteure. Die Möglichkeit der User-Beteiligung löst beim Faktomat nicht gerade einen Run aus: an den Abstimmungen beteiligen sich selten mehr als 60 Leser. Die Recherche-Ergebnisse werden auf der Internetseite sowohl als Bericht als auch graphisch in Form einer Ampel dargestellt: Grün, wenn die geprüfte Aussage richtig ist, gelb, wenn sie teilweise wahr ist, und rot, wenn sie falsch ist. Auf diese Weise wurde die Behauptung der Arbeitsministerin von der Leyen, die von den Grünen geplante Erhöhung der Hartz-IV-Sätze ziehe eine Million Menschen in die Arbeitslosigkeit, als falsch widerlegt. Auch SPD-Chef Gabriel wurde von den *Zeit*-Faktencheckern bereits einer falschen Aussage bezichtigt. Dafür wurden Bekundungen zur Steuerpolitik sowohl der Grünen wie der FDP im Kern für wahr befunden.

Die Weisheit der Massen. Beim ZDFcheck gibt andersherum die Redaktion Politiker-Thesen vor. Bei der Recherche vertrauen die öffentlich-rechtlichen Redakteure um Eckart Gaddum auf die Weisheit der Massen. Insbesondere die Wikipedia-Community ist eingeladen, sich an den Recherchen zu beteiligen. Dafür gibt es eigens einen „Wikipedian in Residence“, den Münsteraner Kommunikationswissenschafts-Studenten Tim Moritz Hector. Auf dessen Wiki-Seite können Check-Vorschläge eingereicht und Projekte, die in Arbeit sind, eingesehen und nachvollzogen werden. Die Ergebnisse werden im Internet graphisch mit einer Fiebersäule illustriert, die von rot (stimmt nicht) bis grün (Thesen stimmen) reicht. Parallel werden die Ergebnisse einzelner Checks auch in der „heute“-Sendung vorgestellt, was sich auf die Klickzahlen im Internet äußerst positiv auswirkt. „Wenn wir im Fern-

sehen waren, dann gehen die Nutzerzahlen stark nach oben“, erklärt Redaktionsleiter Gaddum, „da hat das Fernsehen als echtes Massenmedium einfach immer noch die stärkere Ausstrahlung“. Allerdings hält sich die Zahl der Mitwirkenden auch beim ZDF in Grenzen: Mit 66 Hinweisen ist die These Jürgen Trittins, mit den grünen Steuerplänen würden 90% der Steuerzahler entlastet (stimmt fast), momentan der Spitzenreiter. Die öffentlichen Diskussionen im ZDFcheck-Forum sind auch nach Ansicht Eckart Gaddums überraschend ausgewogen und diszipliniert. Dennoch steht zur Sicherheit ein Team von vier Redakteuren im Berliner Hauptstadtstudio des ZDF bereit, um moderierend einzugreifen.

Beim Münchhausen-Check des *Spiegels* ist User-Beteiligung nicht gefragt. Hier machen Journalisten ihre Arbeit. Die rund 70 Redakteure der Dokumentationsabteilung leisten nichts Geringeres als die Verifikation aller zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge, das heißt die Überprüfung aller Fakten, insbesondere Namen, Zahlen, Zitate und Orte, auf Richtigkeit und Plausibilität und Folgerichtigkeit des Zusammenhangs. Seit Oktober 2012 werden auf *Spiegel Online* Politikerzitate mit der ganzen Power dieser Dokumentationsredaktion auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. Die Ergebnisse werden auch nicht graphisch aufbereitet, sondern klassisch als Report ins Netz gestellt. Am Ende jedes Beitrags wird der Wahrheitsgehalt der strittigen Äußerungen mit Schulnoten beurteilt. Hauke Janssen, der Leiter der *Spiegel*-Dokumentation, überlegt aber, hier formal nachzulegen und künftig auch mit Visualisierungen zu arbeiten. Themen des Münchhausen-Checks sind zum Beispiel Angela Merkels Äußerung, Deutschland sei kein „Überwachungsstaat“ (ungenügend, Note 6), oder die Behauptung der SPD-Vizechefin Manuela Schwesig, gute Bildung hänge in Deutschland vom Geldbeutel der Eltern ab (nicht ausreichend, Note 5).

Foto: elgris / Fotolia.com. Politometer-Screenshots: politifact.com

Visuelle Darstellung. Die Anregung zum Factchecking von Politiker-Äußerungen erhielt Hauke Janssen vor zwei Jahren, als er bei einem Journalistentreffen im italienischen Perugia den amerikanischen Journalisten Bill Adair kennenlernte. Adair ist der Gründer von Politifact.com, der ersten Plattform fürs journalistische Factchecking der neuen Art. Er war Washington-Korrespondent der *Tampa Bay Times*. Politifact.com startete im Jahr 2007 während des ersten Obama-Wahlkampfs. Das Augenmerk liegt aber nicht nur auf den Wahlkämpfern um die US-Präsidentschaft. Man versteht sich als Überprüfungsinstanz für Äußerungen von Kongressabgeordneten, dem Weißen Haus, Lobbyisten und anderen Interessengruppen. Von Anfang an wurden bei der Plattform die Ergebnisse visuell mit dem sogenannten Truth-O-Meter dargestellt, das von „true“ über „half true“, „mostlyfalse“ und „false“ bis zum Wahrheitskiller-Urteil „pants on fire“ reichte. Mit der letzten Klassifizierung werden besonders lächerliche Falschaussagen bewertet, sie rührt von einem amerikanischen Kinderreim her: „Liar, liar, pants on fire“ (Lügner, Lügner, die Hose im Feuer). Das „Obameter“ prüft darüber hinaus, ob Präsident Obama die über 500 Wahlversprechen, die er seit 2008 abgegeben hat, auch einhält. In der Washingtoner Redaktion arbeiten mittlerweile 40 Redakteure. „Unsere Form von Factchecking ist die erste echte neue Darstellungsform von Journalismus im Internet“, erklärt Bill Adair. „Darum bemühen wir uns stark um die graphische Darstellung und arbeiten eng mit Programmierern zusammen“. Bei den TV-Duellen Obama contra Romney beim vergangenen US-Präsidentschaftswahlkampf waren die Faktenchecker die klaren Gewinner: Schon während der Ausstrahlung zählte das Stichwort #factcheck im Kurznachrichtendienst Twitter zu den „trendingtopics“.

Der Faktencheck in Wahlkampfzeiten hat, wie leicht einzusehen ist, nicht nur Freunde. Es wurden einige gewichtige prinzipielle Einwände gegen das factchecking erhoben: Den US-Faktencheckern wird vorgeworfen, unausgewogen zu sein und ein bestimmtes politisches Lager vorzuziehen. In den USA korrespondiert das mit dem beliebten Vorwurf des „news bias“ (Tendenz Vorurteil), der auch in Deutschland gerne in der Politikberichterstattung erhoben wird (E. Noelle-Neumann, „Schweigespirale“).

Eine Studie an der University of Minnesota hat die politischen Kräfteverhältnisse bei Politifact.com untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Aussagen von republikanischen und demokratischen Politikern in einem recht ausgewogenen Verhältnis unter die Lupe genommen werden. Allerdings sind weitaus die meisten Äußerungen, die der Lüge überführt wurden, solche von republikanischen Politikern. Ein eigener Dienst im Internet hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Factchecking seinerseits zu checken (www.politifactbias.com). Das Wappentier der Republikanischen Partei ist der Elefant, und „Elefantenjagd“ wird darum den Faktencheckern vorgeworfen. Verteidiger von Politifact.com führen dagegen an, dass republikanische Politiker vielleicht überproportional dazu neigen, Unwahrheiten zu verbreiten.

Es gibt auch einen systematischen Einwand gegen das journalistische Factchecking. Viele Politikeraussagen eignen sich demnach gar nicht für die Überprüfung, weil es in ihnen gar nicht oder zum überwiegenden Teil nicht um solche Inhalte gehe, denen simple wahr/falsch-Werte zugewiesen werden könnten. Noch weiter gehen die Vorwürfe des *Wallstreet Journals* gegen Politifact, die dem Dienst vorwerfen, „Politifiction“ zu betreiben: Politifact stehe für einen Trend im Journalismus, Politikeraussagen generell für Desinformation anzusehen, anstatt die Möglichkeit verschiedener Weltanschauungen und verschiedener Perspektiven auf ein und dieselbe Tatsache in Betracht zu ziehen.

Dem Erfolg von Politifact.com tut dies keinen Abbruch. Die Website wurde nicht nur mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet, sondern hat mittlerweile auch Ableger in Texas und in Australien. Verschiedene US-amerikanische Tageszeitungen haben sich dem Recherchepool von Politifact.com angeschlossen. Ob den deutschen Factcheckern in den Redaktionen von *Zeit, Spiegel* und ZDF ähnlicher Erfolg beschieden sein wird, das wird die heiße Wahlkampfphase im Sommer ‘13 zeigen.

Hektor Haarkötter,
Medienwissenschaftler und freier Publizist ■

Weblinks:

Der ZDFcheck im Netz:
http://zdfcheck.zdf.de/

Wikipedia:
http://de.wikipedia.org/wiki/

Der Faktomat des ZeitMagazin:
http://www.zeit.de/serie/

faktomat
https://faktomat.adhocracy.de/instance/faktomat

Der amerikanische Dienst Politifact:
http://www.politifact.com/

Münchhausen-Check von Spiegel-Online
www.spiegel.de/thema/muenchhausen_check/

Hassliebe

Politik und Medien: Zwischen Symbiose und Verachtung

Medien sollen ihre Nutzer mit Informationen versorgen und sie so in die Lage versetzen, sich eine eigene politische Meinung zu bilden. Das hat im Lauf der Zeit zu einer Art Hassliebe zwischen Politikern und Journalisten geführt: Beide Seiten können nicht mit-, aber auch nicht ohne einander. Durch das Internet sind die medialen Rahmenbedingungen noch extremer geworden. Online-Medien müssen ihre Auftritte ständig aktualisieren und immer wieder neue Schlagzeilen produzieren, um möglichst hohe Klickzahlen zu erreichen. Prompt ist der ohnehin notorisch überdrehte Medienbetrieb noch kurzatmiger geworden.

Infolge dieses publizistischen Klimawandels, schreiben Bernhard Pörksen und Wolfgang Krischke im Vorwort ihres Buches „Die gehetzte Politik", sei das Leitmotiv der aktuellen Politik vor allem „Vermeidung, nicht aber die programmatische Gestaltung." Untrennbar verbunden mit der schon seit einigen Jahren zu beobachtenden Personalisierung sei auch die Skandalisierung: Im Gegensatz zum selbst für Experten kaum durchschaubaren internationalen Finanzgebaren böten Skandale um angebliche oder tatsächlich plagiierte Doktorarbeiten „den Vorteil der Überschaubarkeit und Eindeutigkeit."

KONFORMITÄTSDRUCK

Hinzu kommt: Zu den meisten Sachfragen gibt es keine spannenden Bilder. Gerade Boulevardmedien müssten Politik daher „anhand von Persönlichkeiten erzählen können", sagt Nikolaus Blome, Leiter des *Bild*-Hauptstadtbüros. Bei Ole von Beust (CDU), dem ehemaligen Ersten Bürgermeister von Hamburg, hat dies ein Gefühl der Wehrlosigkeit zur Folge: „Wenn die Journalisten einen mögen, wird man – oft auch unangemessen – gelobt. Aber wenn sie das Gefühl haben, jetzt sei Ihre Zeit abgelaufen, werden Sie für dieselben Dinge in die Pfanne gehauen." Blome widerspricht: „Politiker, die Angst vor den Medien haben, sind im falschen Beruf." Wie begründet diese Angst allerdings ist, zeigt das abrupte Karriereende des früheren schleswig-holsteinischen Politikers Christian von Boetticher (CDU). Er legte seine Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten nieder, als sich die Medien über seine Beziehung zu einer Sechzehnjährigen hermachten. Ähnlich wie im Fall Wulff waren es allerdings Parteifreunde, die den Stein ins Rollen gebracht hatten. Gängige Tageszeitungen, sagt von Boetticher, hätten die Affäre hart, aber fair behandelt. Den Boulevardmedien jedoch wirft er eine „Hetzjagd" vor; die *Hamburger Morgenpost* prangerte ihn als „Weiberheld von der Waterkant" an. Der Politiker hat seine Erfahrungen als „Abgrund an journalistischer Meinungsmache" erlebt. Derartige Formen von „Persönlichkeitszerstörung" hätten seiner Ansicht nach in Deutschland immer erschreckendere Ausmaße angenommen: Im Boulevard gehe es oft nur noch darum, „Menschen kaputt zu schreiben". Im sicheren Gefühl, rund um die Uhr beobachtet zu werden, sagt von Beust, mieden Politiker daher potenzielle Minenfelder und zögen sich selbst bei halböffentlichen Auftritten im Zweifelsfall lieber ins sichere „Politikdeutsch" zurück.

PERSONALISIERUNG

Auf der anderen Seite gehört es zum Selbstverständnis der Politik, die Medien für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Die Arbeit eines Politikers besteht nach Ansicht des Philosophen und Publizisten Richard David Precht heutzutage „zu 5 Prozent aus Entscheidungsfindung und zu 95 Prozent aus der Entscheidungsvermarktung." Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zum Beispiel betrachtet die Medien bloß als „Transmissionsriemen". Hinzu kommt die Ebene der Eitelkeit: Gerade zu Beginn der Karriere sei es „ein prickelndes Gefühl", das eigene Foto dauernd in der Zeitung zu sehen", gesteht von Beust. Diese Wechselseitigkeit kann im Extremfall zu einer „Versippung" führen, wie sie Hans-Ulrich Jörges, Mitglied der *stern*-Chefredaktion, beklagt. Ein Journalist dürfe aber „kein Mensch sein, der an einem Vorgang ein persönliches, wirtschaftliches, soziales oder politisches Interesse hat." Journalisten sollten „neutral und unbefangen berichten, aber dennoch mit Haltung kommentieren."

Laut Giovanni di Lorenzo sei jedoch gerade unter Journalisten die Angst groß, sich gegen den Mainstream zu stellen: Sie „wollen gemocht und von Lesern und Kollegen nicht verurteilt werden." Mit diesem Konformitätsdruck unter den Medien erklärt der Chefredakteur der *Zeit* auch die Einhelligkeit der Kampagne gegen Christian Wulff: „Sich außerhalb des medialen Chores zu positionieren, ist zur Mutprobe geworden." Er plädiert daher für eine Debattenkultur, in der man jemanden wie Wulff verteidigen könne, ohne an den Pranger gestellt zu werden. Jörges ergänzt die Diagnose Konformitätsdruck um die Symptome Haltungslosigkeit und Skandalsucht, sieht aber dennoch nicht die Medien als Verursacher der gegenwärtigen Politikverdrossenheit, sondern vielmehr die Art, „wie und von welchen Menschen Politik betrieben wird."

Anders als früher, als Politiker – vom persönlichen Kontakt abgesehen – auf die Medien angewiesen waren, bieten heutzutage Twitter und Facebook die Möglichkeit, Wähler direkt und ungefiltert anzusprechen. Die Wirkung einzelner Publikationen wie *Spiegel, Zeit* oder *Süddeutsche Zeitung* habe deutlich abgenommen, glaubt di Lorenzo. Trotzdem hält er die „seriöse Presse" im Sinne Jürgen Habermas' nach wie vor für das „Rückgrat der politischen Öffentlichkeit." **Tilmann P. Gangloff** ■

Buchtipp:

Die verwendeten Zitate stammen aus:
Bernhard Pörksen / Wolfgang Krischke:
„Die gehetzte Politik.
Die neue Macht der Medien und Märkte".
Köln 2013: Herbert von Halem Verlag. 356 Seiten, 19,80 Euro.

Nervöse Zone

Lutz Hachmeister über den Einfluss neuer Medien auf das Verhältnis zwischen Politikern und Journalisten

M | Viele Politiker haben das Gefühl, dass Medien und Märkte sie vor sich hertreiben. Ist diese Wahrnehmung begründet?

Lutz Hachmeister | Wenn man genauer hinsieht, bleibt von der berühmten Kolonisierung der Politik durch die Medien nicht viel übrig. Die operative Politik ist ein System, das Resistenz leistet und in dieser Resistenz auch Macht hat; zum Beispiel die Macht, Prozesse zu verlangsamen. Ein wesentlicher Faktor der Politik ist die Ministerialbürokratie, die viel mehr Macht besitzt als die Politiker, die man im Fernsehen sieht. Diese Bürokratie ist geradezu darauf aus, ihre standardisierten Prozeduren so lange wie möglich aufrecht zu erhalten. Davon bekommt die Öffentlichkeit aber wenig mit, weil sie dem Schein der mediatisierten Politik unterliegt. Wenn sich Politiker massenmedialen Ritualen ausliefern, ist dies nicht die Realität des Politischen.

Politiker beklagen eine zunehmende Personalisierung und Boulevardisierung. Sind sie nicht selbst Verursacher dieser Entwicklung?

In der Tat wird kein Politiker gezwungen, in eine Talkshow zu gehen. Es ist ein Trugschluss, dass sich Talkshowpräsenz und Popularität beim Wähler automatisch synchronisieren. Die Beispiele Helmut Kohl oder Angela Merkel zeigen, dass Politiker auch ohne übermäßige Medienpräsenz lange machtvoll agieren können. Bildschirmpräsenz korreliert also nicht automatisch mit Einfluss und Macht. Durch die Ausweitung der medialen Sphäre ist aber ein neuer struktureller und zeitlicher Druck entstanden. Facebook, Twitter oder Blogs wollen bedient werden – das erhöht den Aufwand, bietet aber systemtheoretisch gesehen auch die Chance zu höherer Selektion.

War zu Zeiten der Bonner Republik die Welt überschaubarer und Politik daher leichter zu erklären?

Das ist mir zu einfach: Bonn war gemütlich und Berlin ist hektisch. So richtig gemütlich geht es ja in Wolfgang Koeppens Bonn-Roman „Das Treibhaus" auch nicht zu. Im Bonner Journalismus war das Parteisoldatentum viel stärker verbreitet. Viele Journalisten waren eindeutig zugeordnet, gerade auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk; das galt auch für Programmdirektoren und Intendanten. Es gab regelrechte Schildknappen bestimmter Politiker, und das wusste jeder. Das trifft für die Berliner Republik zumindest in dieser Form nicht mehr zu.

Wie verführerisch ist für Journalisten Nähe zur Macht?

Politischer Journalismus ohne Berührung zur Macht funktioniert nicht. Es wundert mich aber immer wieder, dass sich Journalisten so leicht zu Komplizen machen und sich nahtlos in das politische oder publizistische Ritualsystem einfügen. Dazu gehört auch, dass man es offenbar genießt, in Hintergrundrunden zu sitzen und angeblich wichtige Informationen zu bekommen, die sich oft genug schon am nächsten Tag als nicht besonders bedeutend herausstellen. Es gibt nur wenige Journalisten, die sich diesen Ritualen entziehen können. Die TV-Regelberichterstattung ist im Grunde fast erkenntnisfrei. Es gibt auch dieses Rauschhafte des Schwarms, die Sehnsucht nach der großen Kampagne, in der sich der politische Journalismus seine Macht beweisen will.

Ist das auch Teil des Konformitätsdrucks, der beispielsweise zur einhelligen Verurteilung Christian Wulffs geführt hat?

Wulff war für die meisten Journalisten von seinem Amtsbeginn an der ungeliebte Präsident, dazu kam der Konflikt mit Springer und das Ungeschick im Krisenmanagement. Das ist ein Fall für sich. Davon abgesehen sind die Massenmedien einerseits ökonomisch und technologisch gefährdet, aber immer noch publizistisch mächtig. In dieser Situation sind offensichtlich starke Zusammenschlüsse über ideologische Grenzen hinweg entstanden, eine Art pragmatische Gewinngemeinschaft der Elitejournalisten. Das war sehr gut zu beobachten, als die Medien 2005 unisono erklärten, Gerhard Schröders Zeit sei abgelaufen, und dann hätte er die Bundestagswahl fast doch noch gewonnen. Elisabeth Noelle-Neumann hat dieses Phänomen aus einer konservativen Position heraus in den Siebzigerjahren das „gespaltene Meinungsklima" genannt: In der Bevölkerung herrscht eine andere politische Stimmung als in der Establishment-Publizistik.

Ist die seriöse Presse im Habermas'schen Sinn nach wie vor das „Rückgrat der politischen Öffentlichkeit"?

Sie ist ein zentrales funktionales Element der spätbürgerlichen Aufklärung, daran hat sich nichts Wesentliches geändert. Dank Twitter und den diversen Blogs haben nun aber auch Gruppen und Individuen eine vernehmbare Stimme bekommen, die sie früher in den etablierten bürgerlichen Medien nicht hatten. Außerdem haben sich manche Blätter völlig gewandelt. Die *FAZ* und ihre *Sonntagszeitung* haben nichts mehr mit der *Frankfurter Allgemeinen* von 1970 zu tun. Diese Prozesse kann man nur begreifen, wenn man die Medienevolution in einem Kontext mit ihren kulturellen und soziologischen Voraussetzungen und Wirkungen analysiert. Habermas' Verteidigung der bürgerlichen Qualitätspresse ist mir da zu feierlich, weil sie das Potenzial neuer Öffentlichkeiten zu gering schätzt. Etwas mehr Abenteuer darf schon sein, auch wenn es ökonomisch nicht einfach ist.

Die Fragen stellte Tilmann P. Gangloff ■

SKANDALISIERUNG

Zur Person:

Lutz Hachmeister (53) ist Leiter des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik (IfM, Berlin) und Autor des Buches „Nervöse Zone: Politik und Journalismus in der Berliner Republik" (München 2007: DVA).

Foto: Jim Rakete

Abb: Herber von Halem Verlag

Radikalsanierung

Schweriner Volkszeitung schließt Druckerei in der Landeshauptstadt

Das bittere Ende einer Tradition: Ab Anfang des kommenden Jahres wird die *Schweriner Volkszeitung (SVZ)* nicht mehr in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern gedruckt. Mit dieser Entscheidung hat der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (sh:z), der das Blatt 2005 übernommen hatte, eine weitere Runde des seit Jahren systematisch betriebenen Abbaus eingeläutet.

„Technik und Menschen wurden hier auf Verschleiß gefahren und danach einfach ausgemustert", brachte es die Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (Linke) in einer Pressemitteilung auf den Punkt. Die Operation wurde offenbar von langer Hand vorbereitet: Anfang des Jahres übernahm der sh:z mit der Anzeigenblatt-Gruppe des Ratzeburger Unternehmers Klaus Flaschka auch dessen Druckerei im 35 Kilometer von der Landeshauptstadt entfernten Wittenburg. Während an den Schweriner Anlagen seit Jahren nur das Nötigste gemacht worden war, ist die „Prima Druck und Verlag GmbH & Co. KG" mit einer modernen Maschine des Typs KBA Colora und der älteren 2010 überholten MAN Uniman auf dem aktuellen Stand der Technik ausgerüstet. Lediglich eine weitere Weiterverarbeitungslinie für das Einstecken von Beilagen muss noch montiert werden. Einige der bisher dort in Millionenauflage produzierten Anzeigenblätter wurden in das sh:z-Druckzentrum im holsteinischen Büdelsdorf verlagert. Damit wurde Kapazität geschaffen für die auf 98.000 Exemplare geschrumpfte Auflage der *SVZ*, die zudem als *NNN* in Rostock und als *Prignitzer* im nordwestlichen Brandenburg erscheint. Für Gramkow ist klar: Der Standort Schwerin wurde „regelrecht ausgeblutet".

Die öffentliche Schelte zeigte Wirkung. Hatte sich die *SVZ* gegenüber der eigenen Leserschaft zunächst in Schweigen gehüllt, verkündete Geschäftsführer Andreas Gruczek nun in einem kurzen Beitrag „in eigener Sache" die vermeintlich frohe Botschaft. Die Entscheidung für Wittenburg sei ein Bekenntnis zum Standort Mecklenburg-Vorpommern. Eine Modernisierung der Rotation in Schwerin hätte mindestens 10 bis 12 Millionen Euro gekostet und wäre wirtschaftlich nicht vertretbar gewesen. Mit der Verlagerung könne man „die wirtschaftliche Belastung der *SVZ* signifikant abmildern und den Bestand der Zeitung im heutigen Umfang absichern".

Arbeitsplatzverluste. Bemerkt hätte das Publikum die Neuerung ohnehin durch den Formatwechsel, denn künftig soll die *SVZ* statt im „Rheinischen" im kleineren „Berliner" Format erscheinen. Damit holt sich der sh:z freilich ein neues Problem ins Haus, denn alle anderen Tageszeitungen der Gruppe (*Flensburger Tageblatt, Holsteinischer Courier*), denen eine immer enger werdende Zusammenarbeit verordnet wurde, erscheinen noch „rheinisch". Wie schwierig das Handling sein kann, führte die Auflösung der gemeinsamen Mantelredaktion von *SVZ* und *Nordkurier* vor Augen. Deren Ende wurde unter anderem mit den Anpassungsschwierigkeiten nach der Formatumstellung in Neubrandenburg erklärt.

Was aus den 52 Mitarbeitern in Druckerei, Weiterverarbeitung und angeschlossenen Abteilungen wird, ist offen. Den meisten dürfte der Weg in die Arbeitslosigkeit bevorstehen, denn für die Konzernmutter aus Flensburg steht nur noch ein nach den Erfahrungen der Vergangenheit möglichst schmal dotierter Sozialplan zur Debatte. Einige Jobs im selbstverständlich tariffreien Betrieb in Wittenburg wurden den Betroffenen in Aussicht gestellt.

Ist dieser Akt des Dramas beendet, hat der sh:z einmal mehr seine Standardrolle als Radikalsanierer gespielt: Als er vor acht Jahren die *SVZ* von Burda übernahm, zählte der Verlag noch 340 Mitarbeiter. Dann folgten immer neue Abbauwellen, darunter die Verlagerung von Verwaltung und Anzeigenproduktion gen Westen. Nach Schließung der Druckerei werden es nur noch gut 130 Arbeitsplätze sein – die meisten in den Außenstandorten. In der Landeshauptstadt bleiben neben Mantel- und Lokalredaktion sowie der örtlichen Geschäftsstelle lediglich jeweils zehn Mitarbeiter im Anzeigenverkauf und Vertrieb sowie Geschäftsführung und Zusteller übrig. Eigentlich zu wenige, um das stolze Pressehaus am markanten Standort an der Einfallsstraße zum Stadtteil Großen Dreesch in Schwerin noch zu rechtfertigen. „Eine Heimatzeitung, die gewerbliche und journalistische Arbeitsplätze durch Produktionsverlagerung und Fremdsteuerung vernichtet bzw. gefährdet, muss sich nicht wundern, wenn ihr die Verankerung in der Region und bei den Leserinnen und Lesern Stück für Stück verloren geht", resümiert Oberbürgermeisterin Gramkow.

Herbert Steinfort ■

Von 340 auf 130 Arbeitsplätze – das Medienhaus Nord, Sitz der Schweriner Volkszeitung mit Stadtgründer Heinrich der Löwe (1160) im Wappen

Foto: Wolfgang Dzaebel

Abgemahnt

Provinzposse: Die wirre Attacke eines Verlegers auf ein missliebiges Plakat

Blamabler Fehltritt des selbsternannten Vorreiters der deutschen Verleger: Mit einer „Abmahnung" hat Thomas Ehlers, Geschäftsführer von *Ostsee-Zeitung (OZ, Rostock)* und *Lübecker Nachrichten (LN)* versucht, eine Plakataktion der von Gewerkschaften getragenen Initiative „Unser Land braucht seine Zeitungen. Qualität und Vielfalt sichern." zu unterbinden. Angeblich verletze das verwendete Motiv, vor einem Felsenriff dümpelnde Zeitungsschiffe, die Rechte des Unternehmens. Man untersage „die weitere Nutzung der Marke", heißt es in dem Schreiben, dem eine Unterlassungserklärung beigefügt war.

Illustration: R. Löffler

Karte: design on arrival / fotolia

Der Vorwurf ist absurd: Einmal abgesehen davon, dass das Poster mit dem Slogan „Achtung! Presse in schwierigem Fahrwasser" bereits seit zweieinhalb Jahren landesweit verwendet wird – die angeblich geschützte Marke *„Ostsee-Zeitung"* gibt es in dieser Form nicht. Das Deutsche Patent- und Markenamt verweigerte die Eintragung des Titelkopfes mit dem Wappen in der Mitte im vergangenen Jahr unter dem Aktenzeichen 3020120339018. Der Rostocker Verlag – eine 100-prozentige Tochter der vom Madsack-Konzern beherrschten LN – zog daraufhin den Antrag zurück.

Die bizarre Aktion des 1960 im holsteinischen Meldorf geborenen Managers wirft freilich nicht nur ein schiefes Licht auf deren Urheber, sondern befeuert die in Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren laufende Debatte um Qualität und Vielfalt in der Presse. Die Konzentration ist im Nordosten weiter fortgeschritten als irgendwo sonst in Deutschland – lediglich in Rostock gibt es noch miteinander konkurrierende Titel. Gestützt auf ihre Monopolstellung versuchen sich *OZ, Schweriner Volkszeitung* und *Nordkurier* in elektronischen Medien und neuen Geschäftsfeldern wie der Postzustellung. Der Expansions- wird von einem rigiden Sparkurs begleitet: Ausgliederung, Zusammenlegung von Redaktionen, Tarifflucht und Personalabbau sind in den Zeitungshäusern an der Tagesordnung.

Abschied vom Tarif. Zu einem Wortführer der Bewegung „möglichst billig" hatte sich Ehlers in der Tarifrunde 2011/12 deutschlandweit aufgeschwungen – und war am entschlossenen Widerstand der streikenden Beschäftigten, auch bei *OZ* und *LN*, gescheitert. Dennoch geht er – unter ständigem Verweis auf die durch Auflagenrückgang und Anzeigenflaute „schwierige Lage" – weiter mit seinem vermeintlichen Patentrezept hausieren: Abschied vom Tarif, mehr Kooperation, Zentralisierung zwischen Titeln. Allerdings blieben alle Versuche, Kunden für die 2007 mit viel Tamtam in Lübeck gegründete Zentralredaktion von *LN* und *OZ* zu finden, bis heute erfolglos – selbst innerhalb der Mediengruppe Madsack, zu der beide Blätter seit 2009 gehören. Andere Verlage wie der *Nordkurier* haben gar jüngst den Ausstieg aus einem vergleichbaren Modell mit der *SVZ* vollzogen. Eine öffentliche Diskussion über die Folgen der publizistischen Auszehrung, die ver.di gemeinsam mit dem DGB und dem DJV forciert, kommt da ungelegen. Schließlich haben sich die Partner der Großen Koalition in Schwerin bereits darauf verständigt, eine seit Jahren geforderte Überarbeitung des Landespressegesetzes in dieser Legislaturperiode endlich in Angriff zu nehmen. Wesentliche Punkte dabei sind die Forderung nach mehr Transparenz über Besitzverhältnisse in den Medien und ein Gegengewicht zur Macht der Meinungsmacher durch redaktionelle Mitbestimmung.

Lohndrückerei. Beide Forderungen, für die bereits mehrere Tausend Bürger ihre Unterschrift bei „Qualität und Vielfalt sichern" gegeben haben, sind vor allem für die Regierungspartei SPD pikant: Sie ist über ihre Medienholding ddvg größter Gesellschafter bei Madsack und damit bei der *OZ*. Dass unter den demokratischen Fraktionen des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern dennoch Einigkeit herrscht, etwas für den Journalismus im Nordosten tun zu müssen, hat seine Ursachen unter anderem im ungeschickten Agieren des Managers, der sich bei Bosch und Springer seine Meriten als Controller erwarb.

Unvergessen sind Ehlers' Auftritte vor dem Innenausschuss des Schweriner Landtags. Dabei ließ er die überraschten Politiker unter anderem wissen, dass es deren Aufgabe sei, millionenschwere Förderprogramme so „sexy" aufzubereiten, dass Journalisten von ihnen Notiz nehmen würden.

Kaum diplomatischer verhält sich der Manager in der aktuellen Debatte um den Mindestlohn. Bei einem Termin stellte er im Namen des Verbandes Norddeutscher Zeitungsverleger (VZN) Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) vor die Wahl: Käme die Lohnuntergrenze von 8,50 Euro für Zusteller, würde man die Auslieferung der Zeitung in dünn besiedelten Regionen wohl einstellen. Dem Betriebsrat der OZ blieb es dann überlassen, sich bei einem Termin mit Sellerings Kabinettskollegin, Arbeitsministerin Manuela Schwesig (SPD), für realistische Lösungen einzusetzen – etwa eine Unterstützung der Verlage für die Auslieferung des „Demokratie-Gutes" Presse.

Herbert Steinfort ■

Veränderung als Chance

Zeitungsverleger weltweit auf der Suche nach zukunftsfähigen Geschäftsmodellen

Zur World Publishing Expo und Konferenz vom 7. bis 9. Oktober in Berlin werden 8.000 Teilnehmer erwartet. Eine Keynote soll Springer-Chef Mathias Döpfner halten. Seine These: „Das digitale Zeitalter bietet viele Chancen zum goldenen Zeitalter des Journalismus zu werden." Angesichts der jüngsten Zeitungsverkäufe des Springerverlages sicher eine Steilvorlage für kontroverse Diskussionen. In dem ebenfalls vom Weltverband der Zeitungen und Nachrichtenmedien WAN-IFRA organisierten Kongress in Bangkok im Juni kreisten die Debatten auch um die existenzielle Frage, wie die Zeitungsindustrie angesichts der ständig wachsenden digitalen Informationsangebote überleben könne.

„Wir haben 2,5 Millionen Tweets", brüstet sich Suthicai Yoon, der Gründer der thailändischen Nations Mediengruppe, mit der Popularität seiner Mitarbeiter in den sozialen Netzwerken. Neben Tageszeitungen und Fernsehsendern hat Yoon ein „News Junkies Network" aufgebaut. Der drahtige Nachrichtenmann verlangt von seinen Journalisten rund um die Uhr zu bloggen, zu twittern und ständig auf Facebook präsent zu sein. „Veränderung ist die einzige Chance zu überleben", sagt der 66-jährige. Doch eines habe sich in seiner langen Karriere nicht verändert: „Wir brauchen bessere Storys", appelliert Yoon, der immer noch 60 Prozent seiner Einnahmen mit den gedruckten Zeitungen erwirtschaftet. Deshalb gründet Yoon nun eine eigene Universität.

In Ländern wie Thailand prallen modernste Technik und der Drang nach Demokratie und Pressefreiheit auf eine Monarchie mit archaischen Gesetzen und Jahrtausende alte Traditionen. Zum 65. Weltkongress der Zeitungsverleger kam auch Thailands Premierministerin. In Ihrer Ansprache an die 1.500 Zeitungsmacher betonte Yingluck Shinawatra, wie wichtig es sei, dass die Medien die Verständigung zwischen Menschen und Nationen fördern. Jedoch warnte sie auch vor einer „uneingeschränkten Pressefreiheit"!

Gesetze gegen Journalisten. Jacob Mathew, der bisherige, und Thomas Brunegard, der neue Präsident der WAN-IFRA, appellierten an die Premierministerin, Paragraph 112 des Strafgesetzbuches abzuschaffen. Das Gesetz, das Majestätsbeleidigung mit Haftstrafen zwischen drei und 15 Jahren ahndet, schaffe ein Klima von Angst und Intrigen, warnt Mathew: „Jeder kann jeden denunzieren!"

Reporter ohne Grenzen berichtet, dass der Web Designer Thantawut Thaweewarodomkul wegen drei königskritischen Nachrichten zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde. Während in Thailand das archaische Majestätsbeleidigungsgesetz immer häufiger gegen Journalisten und Blogger eingesetzt wird, verbesserte sich die Situation im Nachbarland Myanmar durch die Freilassung der regimekritischen Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Mit dazu beigetragen hat Than Htut Aungs. Der Gründer der „Eleven Media Group" versteckte jahrelang politische Botschaften in seinen Sportnachrichten und nutzte jede Gelegenheit, die Missstände in Myanmar zu kritisieren. Dafür wurde er von Erik Bjerager, dem Präsidenten des World Editors Forums mit der „Golden Pen of Freedom", dem WAN-IFRA Preis für couragierten Journalismus, ausgezeichnet.

David Rowan, Chefredakteur des amerikanischen Technologie-Magazins *WIRED*, das zweimal im Jahr auch in Deutschland erscheint, referierte in Bangkok darüber, wie er mit der Organisation von Konferenzen zusätzliche Gewinne erzielt. Der Technik-Freak macht zudem den zweifelhaften Vorschlag, Drohnen beim „Austragen" von Zeitungen einzusetzen. Der junge Australier Rakhal Ebeli hat „mit Blick auf die Zukunft des Journalismus" mit newsmodo.com eine neue Plattform geschaffen, auf der freiberufliche Journalisten ihre Beiträge verkaufen und gleichzeitig Nachrichtenredaktionen Aufträge ausschreiben können.

Foto: Irene Hell

Zeitungsgipfel in Thailand von links: Khun Pichai Chuensuksawadi, Chefredakteur der Bangkok Post, Jacob Mathew, bisheriger Präsident der WAN-IFRA, Yingluck Shinawatra, Premierministerin von Thailand, Thomas Brunegard, seit Juni Präsident der WAN-IFRA.

Eunice Walford belegt, dass sich die Paywall, die Bezahlung der digitalen Inhalte, für die *Financial Times (FT)* durchaus bewährt hat. Über das Internet würden mittlerweile sogar höhere Erlöse erzielt, als mit der gedruckten Ausgabe. „Wir haben insgesamt 620.000 Abonnenten. 320.000 nutzen unser digitales Angebot und 300.000 die gedruckte Ausgabe der *FT*." Durchsetzbar seien die hohen Internet-Preise durch die Marktstellung der *FT*.

Erlöspotenzial im Abopreis. Gut positioniert ist auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, die nach wie vor auf höhere Verkaufspreise der gedruckten Auflage setzt. „Eine Studie der *FAZ* hat ergeben, dass im Abopreis weiterhin ein signifikantes Erlöspotenzial liegt", meinte *FAZ*-Geschäftsführer Tobias Trevisan in Bangkok. Trevisan glaubt an die Loyalität seiner Leser und daran, dass journalistische Qualität mit höheren Zeitungspreisen honoriert wird. Im Gegensatz zu britischen Zeitungen, wie dem *Independent*, in dessen Redaktion gerade wieder 27 Kündigungen ausgesprochen wurden, will Trevisan nicht durch unüberlegte Einschnitte die redaktionelle Leistung seiner Zeitung gefährden.

Auf Qualität setzt auch das amerikanische Magazin *Forbes*, das als eines der erfolgreichsten Wirtschaftsmagazine weltweit gilt. Das Hauptmagazin *Forbes* erscheint 14-täglich in einer Auflage von über 900.000 Exemplaren. Es gibt Länderausgaben unter anderem in Russland, China und Indien. „Wir sind ein 97 Jahre altes Startup", benennt Christoper Forbes das Erfolgsgeheimnis des familiengeführten Wirtschaftsverlages und verkündet, den Start von *Forbes* in Thailand.

Irene Hell ■

WAN IFRA

World Association of Newspapers and News Publishers

Geschäftsführer ist Vincent Peyrègne. 3.000 Medienunternehmen, die 18.000 Publikationen herausgeben, sind Mitglied.
Ziel: Vernetzung der weltweiten Zeitungsindustrie und Austausch über neue wirtschaftliche Perspektiven.

G+J: Mehr Produkte mit weniger Menschen

Gruner + Jahr steht vor einem Konzernumbau, der in den nächsten drei bis fünf Jahren vonstatten gehen soll, erfuhren die Mitarbeiter im Juni auf einer Veranstaltung in Hamburg.

Der Verlag solle besser, schneller und digitaler werden, sagte die Vorstandsvorsitzende Julia Jäkel. Genaueres werde man erst nach dem Sommer erzählen. Unruhe in der Belegschaft war damit programmiert. Befeuert wurde sie durch die Ankündigung von Operationsvorstand Oliver Radtke: „Die Herausforderung in einem sinkenden Markt ist es auch, mit weniger Menschen mehr Produkte – Print und Digital – zu machen."

Nun geistern Zahlen durch die Medien: zwischen 200 und 400 Stellen könnten wegfallen. Gespart werden soll auf jeden Fall in allen Verlagseinheiten und Redaktionen, hieß es bei der Bertelsmann-Tochter. Kritik kommt von ver.di: „Produktentwicklungen und das Entstehen von neuen Bezahl-Angeboten mit gleichzeitig weniger Personal zu stemmen, ist kaum möglich, ohne dass die Qualität auf der Strecke bleibt. Bertelsmann scheint hier die Kostenschraube zu überdrehen und gefährdet die Entwicklung des Verlags in ohnehin schwierigen Zeiten", unterstrich Frank Werneke, der stellvertretende ver.di-Vorsitzende. **wen** ■

dapd-Fotoarchiv von ddp images gekauft

Die Hamburger Fotoagentur ddp images hat das Bildarchiv der in Insolvenz gegangenen Nachrichtenagentur dapd erworben. Das bestätigte Ulf Schmidt-Funke, gemeinsam mit Katharina Doerk Geschäftsführender Gesellschafter von ddp images, gegenüber Newsroom.de im Juni. Die neuen Eigentümer kennen die dapd gut. Erst Ende 2012 hatten Katharina Doerk und Ulf Schmidt-Funke die Pressebildagentur ddp images von der Münchner HQTA AG, der ehemaligen dapd-Holding, im Rahmen eines Management-Buy-Outs übernommen. Mit über 35 Millionen Fotos aus den unterschiedlichsten Bereichen wie Unterhaltung, Politik, Wirtschaft oder Sport gilt das Hamburger Unternehmen heute als die größte inhabergeführte Fotoagentur Deutschlands. Die dapd-Bilder vertreibt ddp Images bereits seit Jahren. „Wir wollen unsere Verträge mit unseren Kunden fortführen und das Material auch zukünftig verwerten können", erklärt dazu Ulf Schmidt-Funke im Gespräch mit Newsroom.de den Kauf der 1,8 Millionen Bilder. Dafür soll ein hoher fünfstelliger Betrag geflossen sein. Schmidt-Funke betonte auch, dass er ehemalige freie Fotografen von dapd an zukünftigen Einnahmen von deren Archivaufnahmen beteiligen möchte, wenn diese Bilder verkauft werden. **Red.** ■

Anzeige

Flashmob gegen Kündigungen

Statt Diskussion gab es Abmahnungen im Berliner Verlag

Die Kündigungswelle, die bereits bei diversen DuMont-Titeln im Berliner Verlag wütete, macht vor dem Flaggschiff *Berliner Zeitung* nicht halt. Nachdem das freiwillige Abfindungsmodell schon zu beträchtlicher Ausdünnung der Redaktion geführt hatte, wurden Ende Juni elf Beschäftigte gekündigt. Es gab keine vorherige Debatte von Alternativen, wie das der Tarifvertrag vorschreibt. Wegen dieses Verstoßes will der Betriebrat klagen und widersprach den Kündigungen. Auch sonst formierte sich energischer Widerstand. Der Redaktionsausschuss wandte sich schriftlich an Vorstand und Aufsichtsrat, Belegschaftsvertreter fuhren eigens nach Köln, um mit dem Aufsichtsrat zu sprechen, wurden aber nicht vorgelassen. Wegen einer langen Betriebsversammlung war die *„Berliner“* am 28. Juni nur als reduzierte Ausgabe erschienen. Bisheriger Höhepunkt: Ein Flashmob von Redakteurinnen und Redakteuren am 18. Juli vor den Beratungsräumen des Verwaltungsrates im Verlagshaus am Alex. Der geforderten 5-Minuten-Anhörung stellte sich niemand, doch zehn Tage später flatterten den Aufwieglern Abmahnungen ins Haus. Die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch und der Sprecher des Redaktionsausschusses Jan Thomsen wollen juristisch dagegen vorgehen.

Nach langer Verweigerung wird sich die Geschäftsführung Anfang August Vorschläge von Betriebsrat und Beschäftigten wenigstens anhören. Um die Kündigungen zu verhindern, wären Kolleginnen und Kollegen etwa durch – zumindest befristete – Teilzeitarbeit bereit, Stellenanteile in der Redaktion freizumachen. Betriebsratschefin Renate Gensch kritisiert, dass die absehbare Fluktuation durch Altersteilzeit sowie die Neuschaffung von acht Stellen im Online-Bereich den Kündigungen nicht gegengerechnet würden. Am 22. Juli tagte erstmals die Einigungsstelle, bei der es um einen Sozialplan für vom Personalabbau Betroffene geht. **neh** ■

Stadtmagazin tip verkauft

Beschäftigte übernommen

Am 19. Juli wurde der Verkauf des Stadtmagazins *tip* Berlin an die Raufeld-Verlag GmbH öffentlich. Laut Geschäftsführung des Berliner Verlages soll er zum 1. September erfolgen, alle Beschäftigten würden übernommen. Raufeld Medien ist langjähriger Kooperationspartner des Berliner Verlages und liefert auch ganze Zeitungsseiten und Beilagen zu. Für Produktion und Layout des Stadtmagazins war Raufeld bereits zuständig. Innerhalb des Berliner Verlages kooperierte der *tip* bislang jedoch mit Anzeigenabteilung und Vertrieb. Welche Folgen sich durch solche Verflechtungen ergeben, ist noch unklar. **neh** ■

Filettieren à la Märkische

Tariflos: MAZ-Druckerei in Potsdam und Lokalredaktionen

Die gute Nachricht zuerst: Bei der Märkischen Verlags- und Druckgesellschaft (*Märkische Allgemeine*) in Potsdam gibt es nach zähem Ringen des Betriebsrates nun eine Vereinbarung zur Qualifizierung der von Kündigung betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Die Einbeziehung einer Transferagentur wurde vereinbart. Betroffene – akut vor allem Druck-Helfer, die im Zuge der Anschaffung einer neuen Rotation eingespart werden sollen – können diese unter Fortzahlung der Bezüge für Umschulungen oder Weiterbildungen nutzen. Der Arbeitgeber stellt dafür Mittel bereit, die Agentur für Arbeit ebenfalls, die Kollegen selbst müssen nichts beisteuern.

Die künftige Arbeit der Interessenvertretung ist davon abhängig, ob ein „Gemeinschaftsbetrieb“ weitergeführt wird. Denn auch die Umstrukturierung der Redaktion der *Märkischen Allgemeinen* (MAZ) schreitet voran. Die bisher 13 Lokalredaktionen, in denen 14 Lokalausgaben produziert wurden, sollen bereits ab 1. September in vier Regionalverlagen zusammengelegt werden, die als Neugründungen tariflos sind. Der bisherige Standort Perleberg wird ganz geschlossen. Da in den MAZ-Regionalverlagen künftig nicht nur Redaktionelles, sondern auch Marketing, Anzeigen- und Vertriebsgeschäft gebündelt werden sollen, gelte den Arbeitsbedingungen besonderes Augenmerk, so Betriebsratsvorsitzende Karin Wagner. Nach Erfahrungen mit dem Newsdesk in Potsdam, wo unter „suboptimalen“ räumlichen und klimatischen Bedingungen gearbeitet werden muss, sehe man etwa die angekündigte Bildung weiterer Newsdesks in den Redaktionen der Regionalverlage kritisch. Die Interessenvertretung will auch für die von diesen Umstrukturierungen Betroffenen einen Sozialplan und Altersteilzeitregelungen analog zum Druckerei-Outsourcing abschließen. Bislang ist für die Beschäftigten lediglich klar, dass ein Betriebsübergang nach § 613a erfolgen soll und sie individuell für ein Jahr ihre Besitzstände mitnehmen. Was danach kommt, ist offen. **neh** ■

Foto: Gunar Wagner

Vor der Betriebsversammlung der Märkischen Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH (MVD) am 1. August – Informationsdekoration vom Betriebsrat auf allen Stühlen

+++ news tarife

Tarifabschluss für Buchverlage in Hessen

Die Tarifvertragsparteien im hessischen Groß- und Außenhandel / Verlage haben in der dritten Runde am 21. Juni einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Danach steigen die Löhne und Gehälter der rund 120.000 Beschäftigten zum 1. Juli 2013 um drei Prozent und zum 1. Mai 2014 um weitere 2,1 Prozent. Die Ausbildungsvergütungen werden rückwirkend zum 1. Mai 2013 um 27 Euro und ab 1. Mai 2014 um weitere 19 Euro in allen Ausbildungsjahren erhöht. Im April 2014 wird eine Einmalzahlung in Höhe von 90 Euro fällig. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 30. April 2015. ver.di-Verhandlungsführer Bernhard Schiederig: „Der Tarifabschluss ist ein Kompromiss, der sich durchaus sehen lassen kann. Er verhilft den Beschäftigten zu einer Reallohnsteigerung. Ohne die Aktivitäten und Streiks wäre ein solches Ergebnis nicht möglich gewesen." ■

Zwei Prozent mehr für Verlagsangestellte in NRW

Für die Angestellten im Bereich Buch- und Zeitschriftenverlage in Nordrhein-Westfalen konnte am 24. Juli ein Tarifabschluss über zwei Prozent mehr Gehalt, Löhne und Ausbildungsvergütungen ab 1. Januar 2014 erreicht werden. Ab 1. Januar 2015 steigen sie noch einmal um 1,9 Prozent. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate. Sie endet am 31. Dezember 2015. ■

Neuer Haustarif – Abschluss bei Elsevier

Ende Juni konnte für die Beschäftigten der Verlagsgruppe Elsevier ein neuer Haustarif abgeschlossen werden. Ab 1. Juni 2013 erhöhen sich die Tarifgehälter der Vergütungsgruppen eins bis sechs um 2,5 Prozent. Ab 1. Juni 2014 werden sie noch einmal um 2,5 Prozent erhöht. Darüber hinaus wurde eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro brutto vereinbart. Teilzeitkräfte erhalten sie anteilig. Der Abschluss hat eine Laufzeit bis 28. Februar 2015.

Der Haustarifvertrag für die Verlagsgruppe Elsevier lag auch bisher schon über dem bayerischen Flächentarifvertrag. Die jetzt vereinbarte Steigerung bedeutet zum Beispiel für die Gruppe V: Flächentarifvertrag ab dem dritten Beschäftigungsjahr 3402 Euro brutto. Nach dem bisherigen Haustarifvertrag ab dem zweiten Beschäftigungsjahr 3669 Euro brutto . Ab dem 1. Juni 2013 steigt der Monatslohn auf 3760,73 Euro und ab dem Juni 2013 auf 3854,76 Euro brutto.

Elsevier ist Teil der Reed Elsevier Gruppe, einem der international führenden Wissenschaftsverlage und Informationsanbieter in den Bereichen Naturwissenschaft, Medizin, Recht und Bildung sowie business-to-business-Lösungen. ■

Tariferfolg nach langen Verhandlungen in Bayern

Nach langwierigen Verhandlungen ist es der ver.di-Tarifkommission in der vierten Runde gelungen, doch noch einen Abschluss für die Beschäftigten im Buchhandel und in den Buchverlagen in Bayern zu erzielen. Ab dem 1. September 2013 gibt es 2,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt auf die Entgelttabelle. Die Auszubildenden erhalten im ersten Lehrjahr 770 Euro (2,4 Prozent mehr), im zweiten Lehrjahr 825 Euro (2,35 Prozent mehr) und im dritten Lehrjahr 905 Euro (2,49 Prozent mehr). Außerdem gibt es die Zusage des Arbeitgeberverbandes, dass der Manteltarifvertrag während der gesamten Laufzeit nicht gekündigt wird. Die 24 Monate Laufzeit (01.04.2012 – 31.03.2014) Es wurde eine beidseitige Erklärungsfrist bis zum 16. August 2013 vereinbart. ■

Zeitungsverleger aus Wiesbaden und Mainz auf Tarifflucht

Die Verlagsgruppe Rhein-Main (VRM) mit Sitz in Mainz hat bei den Arbeitgeberverbänden der Zeitungsverleger für Hessen und Rheinland-Pfalz im Juni eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung, eine sogenannte OT-Mitgliedschaft beantragt. Damit hält sich keiner der großen Zeitungsverlage in Rheinland-Pfalz mehr an die einschlägigen Tarifverträge für Verlage und Redaktionen. In Hessen sind die Beschäftigten der beiden Wiesbadener Tageszeitungen *Kurier* und *Tagblatt* von der Tarifflucht der VRM betroffen.

Manfred Moos von ver.di Hessen sieht in der Tarifflucht einen „weiteren krassen Vertrauensbruch" gegenüber der Belegschaft. Nach der Ausgliederung des Mainzer Druckbetriebes der VRM in das tariflose Druckzentrum Rhein-Main in Rüsselsheim sei der Wechsel des Verlags in die OT-Mitgliedschaft das klare Signal, dass die Beschäftigten nun auch für die Kosten des aktuellen Wandels vom klassischen Verlagshaus zum Content-Anbieter aufkommen sollen. Nach ver.di-Informationen sollen künftig durch niedrigere Gehälter und längere Arbeitszeiten bei den Beschäftigten mindestens 15 Prozent eingespart werden. Als besonders zynisch bezeichnet Manfred Moos den gewählten Zeitpunkt der Tarifflucht. „Gerade erst wurde die faktische Zusammenlegung der Redaktionen von *Wiesbadener Kurier* und *Tagblatt* vollzogen. Die Beschäftigten haben in diesem Prozess für einen weitgehend reibungslosen Ablauf gesorgt. Als Dank wird ihnen nun der Tarifschutz entzogen."

ver.di Rheinland-Pfalz zeigte sich überrascht und bestürzt. Achim Schulze, Fachbereichsleiter Medien: „Vorsicht Überfall kann man da nur sagen. Ziel sind die Konten der Beschäftigten. Es ist aber auch eine Bankrotterklärung für die Zeitungsverleger insgesamt. Mit der Möglichkeit der OT-Mitgliedschaft hat sich der Arbeitgeberverband selber als Sozialpartner verabschiedet und kann sich in Zukunft darauf konzentrieren, Pressebälle zu organisieren." ■

„Ich sehe keine Alternative“

Interview mit Dr. Gerhard Falk, Geschäftsführer des Versorgungswerkes der Presse, über die Vorzüge der Lebensversicherung und die Spitzenstellung der Presseversorgung

M | Was ist das Besondere an der Presseversorgung?

Dr. Gerhard Falk | Die Presseversorgung bietet ihren Versicherten traditionell eine hohe Gewinnbeteiligung. Eine günstige Kostenstruktur führt zu niedrigen Verwaltungskosten und unsere Gesellschafter haben satzungsgemäß auf eine Dividende für ihre GmbH-Anteile verzichtet. Es gilt der Grundsatz: „Einmal Presse – immer Presse“. Dies bedeutet, dass nach einem Berufs- oder Branchenwechsel der bestehende Vertrag fortgeführt werden kann und auch Neuabschlüsse möglich sind. Darüber hinaus können Ehe-/Lebenspartner und Kinder unter 18 Jahren Versicherungsschutz zu gleich guten Bedingungen erhalten, wie die/der bereits Versicherte.

Die Presseversorgung wird von den beiden Journalistengewerkschaften dju und DJV und von den Verlegerverbänden getragen. Das ist ja sicher nicht immer ganz einfach, oder?

Wenn Ihre Frage darauf abzielt, ein Konfliktpotential herauszukitzeln, dann kann ich hierzu keinen positiven Beitrag leisten. In unseren paritätisch besetzten Gremien arbeiten Journalisten und Verleger einvernehmlich daran, gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung des Presseversorgungswerks zu schaffen und mit konstruktiven Ansätzen das Beste für unsere Medienkunden herauszuholen. Dies ist, wenn Sie die vergangenen 60 Jahre Revue passieren lassen, nach meiner Beobachtung stets trefflich gelungen.

Die Presseversorgung hat einen Kapitalstock von sechs Milliarden Euro und betreibt eine auf Sicherheit fokussierte Anlagestrategie. Wie schafft es das Versorgungswerk trotz Niedrigzinsphase, eine ordentliche Gewinnbeteiligung zu erzielen?

Die Gewinnbeteiligung der Presseversorgung ist – man kann das schon traditionell nennen – an der Spitze des Marktes. Beispielsweise haben wir 2013 mit einer laufenden Verzinsung von 4% den in der Branche gemessenen Wert um 11% übertroffen. Unsere Anlagestrategie zielt darauf ab, bei begrenztem Risiko eine möglichst attraktive Rendite zu erzielen. Beispielsweise schichten wir in der Niedrigzinsphase auslaufende Zinstitel in Substanzwerte um, d. h., wir investieren in Immobilien, Infrastruktur und Erneuerbare Energien. Des Weiteren nutzen wir Opportunitäten, um die Laufzeit unseres Portfolios zu verlängern. Dies natürlich nur, wenn wir Kupons erzielen, die deutlich über dem mittleren Garantiezins unseres Bestandes von 3,2% liegen. Wir haben einen Aktienanteil von 7,5%, der doppelt so hoch ist wie der im Markt gemessene Wert. Im Rahmen unseres Diversifikationsprogramms investieren wir mit Augenmaß in die Wachstumsregionen der Zukunft, die Emerging Markets.

Foto: Versorgungswerk der Presse GmbH

Die Lebensversicherung wird von Kritikern der Versicherungsbranche immer wieder in Frage gestellt. Zu hohe Provisionen, zu geringe Leistung. Was entgegnen Sie?

Nähme man all das, was Kritiker der Lebensversicherung in den verschiedenen Medien äußern, für bare Münze, dann hätte die Lebensversicherung ihre Daseinsberechtigung – und das bei rund 90 Millionen Verträgen – verwirkt. Liest man die verschiedenen Artikel genauer, dann stellt man leider fest, dass die aufmerksamkeitsheischende Überschrift teilweise in

« Aufgrund unserer Spitzenstellung im Markt gibt es für Freie für eine Rundumvorsorge keine Alternative zur Presseversorgung. »

Personelle Veränderungen beim Versorgungswerk der Presse

Auf der Gesellschafterversammlung im Juni wurden drei weitere Ämter neu besetzt. Ulrike Maercks-Franzen (ver.di Bundesvorstand), die für ver.di als Stellvertreterin im Verwaltungsrat saß und Rudi Munz (ver.di Baden-Württemberg), der Mitglied des Beirats war, wurden mit herzlichem Dank für ihre langjährige Arbeit verabschiedet. Beide sind im Ruhestand. Nachfolger sind Cornelia Haß, dju-Bundesgeschäftsführerin, und Siegfried Heim, der als Tarifsekretär Verlage, Druck und Papier im ver.di-Bundesvorstand arbeitet.
Auf Günther Jesumann (DJV), der kürzlich seinen Ruhestand angetreten hat, folgt Jörn Genoux, Wirtschaftsredakteur der Kieler Nachrichten, als stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrates.

keinem Zusammenhang mit dem Inhalt der Artikel steht. Bislang konnte keiner der Kritiker eine Alternative zur Lebensversicherung aufzeigen, die es meines Erachtens übrigens auch nicht gibt. Über Sparbücher oder andere Festgeldanlagen brauchen wir in diesem Kontext glaube ich nicht zu reden und bei Investments in Aktien muss man bereit sein, hohe Schwankungen auszuhalten – mit zudem ungewissem Ausgang, je nach Einstiegs- und Ausstiegszeitpunkt. Die Gewinnbeteiligung der Lebensversicherung hingegen ist auf Verstetigung ausgerichtet, d. h., über lange Zeiträume werden neben den vertraglichen Garantien auch erkleckliche Überschüsse erzielt und Sie wissen, was Sie bei Vertragsende erwartet.

Die Zahl der „obligatorischen Versicherungen", also aufgrund von Tarifverträgen, geht seit Jahren stetig zurück. Was raten Sie Kolleginnen und Kollegen, die zum Beispiel als Freie nicht unter einen Altersversorgungstarifvertrag fallen?

Das größte Risiko für Freie ist der Verlust der Arbeitskraft. Daher ist es angeraten, sich zunächst um die finanzielle Vorsorge für den Fall der Berufsunfähigkeit zu kümmern, danach steht die Vorsorge für das Alter an. Gerade für Freie ist es wichtig, frühzeitig mit einem Lebensversicherungsvertrag zu beginnen. Ich betone bewusst frühzeitig, weil dann die Risikoprämien relativ niedrig sind und vor allem, weil dann der Zinseszinseffekt sich voll entfalten kann. An einem Beispiel möchte ich dies verdeutlichen: Ein 25-Jähriger muss nur etwa die Hälfte des Beitrags aufwenden, den ein 35-Jähriger zahlen muss, um die gleiche Altersvorsorgeleistung zu erreichen.Freien dürfte entgegenkommen, dass unsere neuen Tarife auch sehr flexibel sind. Bei schwankenden Einkommen kann der Beitrag jederzeit angepasst werden. Gestatten Sie mir noch ein bisschen Werbung in eigener Sache: Aufgrund unserer Spitzenstellung im Markt gibt es für Freie für eine Rundumvorsorge keine Alternative zur Presseversorgung.

Sie führen seit 1994 das Presseversorgungswerk. Ende dieses Jahres gehen Sie in den Ruhestand. Was waren die größten Herausforderungen in Ihrer Zeit als Geschäftsführer?

Die erste große Herausforderung war sicherlich die Ausfinanzierung der Versorgungskasse der Deutschen Presse, verbunden mit mannigfachen Modellen für die Gestaltung des neuen Leistungsplans. Daran gekoppelt waren komplexe Fragestellungen für die weitere Verwendung der bislang in die Kasse geflossenen Beiträge der Verleger. Nach vielen hochemotionalen Debatten wurden diese 2,5 % schließlich zusätzlich ins Versorgungswerk gezahlt. Die nächste Herausforderung war die Positionierung des Obligatoriums im Rahmen der Neustrukturierung der Tariflandschaft im Jahr 2002. Innerhalb der Geschäftsstelle ging es vor allem darum, mit Augenmaß und ohne personelle Härten die neuen durch die EDV gegebenen technischen Möglichkeiten für die Bestandsbearbeitung der Verträge umzusetzen. Um dies besser zu verstehen, müssen Sie wissen, dass wir 115.000 Verträge mit 51 Mitarbeitern im Jahr 1998 bearbeitet haben, heute im Jahr 2013 bearbeiten wir 158.000 Verträge – also fast 40 % mehr – mit 38 Mitarbeitern. Dies alles ist in gutem Einvernehmen mit dem Betriebsrat und, was mir wichtig war, ohne betriebsbedingte Kündigungen gelungen.

Wo wird die Presseversorgung in zehn Jahren stehen?

In zehn Jahren wird die Presseversorgung ihr 75-jähriges Bestehen feiern. Ich bin davon überzeugt, dass es der Presseversorgung gelingen wird, die Veränderungen der Medienlandschaft und insbesondere der Berufsbilder weiterhin erfolgreich abzubilden und in ihr Geschäftsmodell zu integrieren.Dies wird dazu führen, dass die Presseversorgung auch in zehn Jahren ihre herausragende Stellung im Markt mit einer exzellenten Gewinnbeteiligung und bestem Kundenservice weiter ausgebaut haben wird.

Interview: Karin Wenk ■

Geschäftsführer geht in den Ruhestand

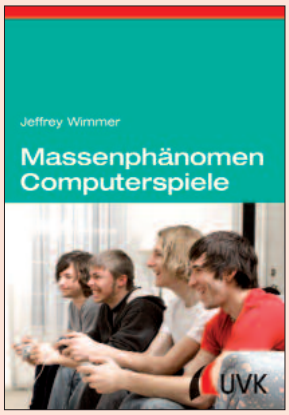
Seit 1994 führt Dr. Gerhard Falk (64) die Geschäfte des Versorgungswerks der Presse. Ende dieses Jahres wird er in den Ruhestand wechseln.

Nach einem Studium der Mathematik, Physik, Betriebswirtschaftslehre und-Volkswirtschaftslehre war er vor seinem Einstieg bei der Presseversorgung in leitender Funktion beim Gerling-Konzern tätig. Sein Hobby Rennradfahren teilt er mit seinem Nachfolger: Am 1. Januar 2014 tritt Manfred Hoffmann sein Amt als neuer Geschäftsführer an. Hoffmann kommt aus dem Allianz-Konzern.

Anzeige

UVK:Medienfachbücher

Computerspiele(r)



Jeffrey Wimmer
Massenphänomen Computerspiele
Soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte
2013, 204 Seiten
30 s/w Abb., broschiert
ISBN 978-3-86764-088-6
€ (D) 29,99

Das Buch gibt einen wissenschaftlich fundierten Überblick über Computerspiele, deren Nutzer und den entsprechenden Industriezweig. Es liefert damit die notwendigen Hintergrundinformationen für das Verständnis der aktuellen Debatten um den gesellschaftlichen Stellenwert von Computerspielen. Mit einem Glossar und Spielverzeichnis sowie kommentierten Literatur- und Linkhinweisen.

www.uvk.de

UVK

Ein Junktim beim BR

Tarifabschlüsse für ZDF und Saarländischen Rundfunk

Sieben der elf öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben inzwischen einen Tarifabschluss (M 4/2013) erreicht. ZDF und Saarländischer Rundfunk (SR) kamen im Juli zu einem Ergebnis. Allein beim Bayerischen Rundfunk (BR) stocken die Verhandlungen. Die Beschäftigten wehren sich.

Bei keiner Anstalt gibt es ein Sonderopfer der Rentner – und bei allen (außer beim ZDF) haben sich die Tarifparteien darauf verständigt, im Herbst ARD-weite Verhandlungen über den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Versorgungssysteme aufzunehmen. Bei keinem Abschluss wurden die Freien von der Einkommensentwicklung abgekoppelt.

Nur der BR stellt ein Junktim auf. Für einen schlechteren Gesamt-Abschluss sollen die Rentner zurückstecken. Die Erhöhungen sollen bezogen auf die Betriebliche Altersversorgung nicht oder zumindest nur teilweise weiter gegeben werden. Speziell seinen freien Mitarbeitern biete der BR unter dem Strich gar nichts an, so Valentin Döring von ver.di Bayern. „Die vorgeschlagenen Einmalzahlungen würden die bezahlten Honorare quasi unverändert lassen und zudem ein Nullsummenspiel darstellen, weil der BR die Zahlungen aus dem Etat für die Freien entnehmen würde, was zwingend zu einer Reduzierung der Aufträge führt“, kritisierte der Gewerkschafter. Die Festangestellten sollen zwar eine Erhöhung entsprechend den Abschlüssen des öffentlichen Dienstes erhalten, jedoch nehmen seit Jahren die Anforderungen und Belastungen für jeden einzelnen Beschäftigten zu, weil immer mehr Personal abgebaut wird.

Unter dem Schlagwort „Trimedialität“ soll der Sender ins Zeitalter des Internets überführt werden. Die Rundfunkanstalt baut hierfür in enormen Umfang um und investiert in teure Technik. Das Ziel soll eine Qualitätsverbesserung des Programms sein. „In der laufenden Tarifrunde vergisst der Bayerische Rundfunk jedoch, dass es vor allem die Menschen im BR sind, die ein qualitativ hochwertiges Programm erdenken, erstellen und ausstrahlen“, kritisierte Döring. „Wir gehen Reformen mit. Wir wollen aber, dass alle Beschäftigten dauerhaft angemessen entlohnt werden. Egal ob Feste, Freie oder Gagenempfänger, wir arbeiten hier alle zusammen! Wir lassen es nicht zu, dass der BR Feste und Freie auseinander zu dividieren versucht“, erklärte Werner Przemeck, Mitglied der ver.di-Verhandlungskommission.

Warnstreiks. Auf die miesen Angebote des BR reagierten die Beschäftigten mit Warnstreiks. Am 25. Juli versammelten sich 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor dem Münchener Funkhaus. In Freimann legten 240 Unzufriedene am 31. Juli für anderthalb Stunden die Arbeit nieder. Solidarische Grüße und unterstützende Wort erhielten die Streikenden von den Kolleginnen und Kollegen der anderen öffentlich-rechtlichen Sender. So heißt es aus dem SWR: „Es ist unverständlich, welches Tarif-Theater-Stück der BR hier durchzieht. Längst sind Verhandlungen auf ARD-Ebene anvisiert. Was soll dieses unsoziale Gehabe?“ Die Kollegen rufen den Protestierenden zu: „Bleibt standhaft. Keine Abstriche.“

Im ZDF haben ver.di und DJV einen Durchbruch bei den Vergütungstarifverhandlungen erzielt. Und das Ergebnis könne sich sehen lassen, heißt es aus dem Senderverband: „Es gibt mehr Geld für alle!“ Alle Festangestellten, alle Freien und alle Versorgungsempfänger erhalten: 2,65 Prozent mehr rückwirkend zum 15. April 2013 und 2,7 Prozent mehr zum 1. April 2014. Mit einem Volumen von insgesamt 5,42 Prozent entspricht das Ergebnis dem, was die Gewerkschaften im Durchschnitt bei ARD-Anstalten erreicht haben. Außerdem wird ein Solidarfonds eingerichtet für Freie im sogenannten 3. Kreis. Das Geld, das durch die um insgesamt 6,5 Monate verschobenen Erhöhungen nicht ausgezahlt wird, fließt in diesen Fonds. Und das ZDF legt noch einmal mindestens die gleiche Summe drauf. Damit steht Geld zur Verfügung, so dass freie Mitarbeiter/innen in Vorruhestand gehen können. So werden bis zu 11.000 Beschäftigungstage erwirtschaftet, die dann bei den Freien nicht mehr reduziert werden müssen. Mit diesem Solidarpakt leisten alle einen Beitrag, um die freien Kolleginnen und Kollegen im 3. Kreis vor dramatischen Kürzungen besser zu schützen.

Foto: Werner Przemeck

Protest gegen das „Tarif-Theater-Stück“ des Bayrischen Rundfunks

Eine Erhöhung der Gehälter und Honorare wurde auch im Saarländischen Rundfunk (SR) erstritten. Die Festangestellten erhalten zum 1. Juli 1,9 Prozent mehr Gehalt plus einen Sockelbetrag von 30 Euro und ab dem 1. Juli 2014 nochmals 2,95 Prozent mehr. Als Ausgleich für Leermonate gibt es im Juli eine Einmalzahlung von 480 Euro für Feste und Freie. Die Vergütungen von Azubis, Volontären und Praktikanten werden ebenso erhöht. Die Honorare der Freien (nach §12a Tarifvertrag) werden am 1. Juli um 2,1 Prozent und ab dem 1. Juli 2014 um 2, 95 Prozent angehoben. Als Sonderzahlung gibt es ab November 660 Euro. Der Urlaub beträgt für alle Festen 34 Tage, für Azubis und Volontäre 28 und für 12a-Freie 32 Tage. Azubis und Volontäre werden 6 Monate nach der Ausbildung per Zeitvertrag bzw. im befristeten 12a-Status weiterbeschäftigt. **wen** ■

Mehr Infos und ein Video

über die Aktionen beim Bayerischen Rundfunk unter:
http://www.rundfunkfreiheit.de/

Korruption im Journalismus: Transparenz bleibt auf der Strecke

Journalisten sind schnell dabei, wenn es darum geht, Korruption in Politik und Verwaltung anzuklagen und zu entlarven. Weniger transparent verhalten sie sich, wenn es um die eigene Branche geht. Das zumindest ergibt sich aus einer Studie zum Thema „Journalismus und Korruption", die Netzwerk Recherche und Transparency International in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistik (IfJ) der TU Dortmund und der Otto-Brenner-Stiftung Ende Juni in Berlin vorstellten.

Die Unabhängigkeit von Verlagen, Redaktionen und einzelnen Journalisten sei unter anderem dann gefährdet, „wenn Redakteure und redaktionelle Mitarbeiter Einladungen oder Geschenke annehmen, deren Wert das im gesellschaftlichen Verkehr übliche und im Rahmen der beruflichen Tätigkeit notwendige Maß übersteigt", heißt es in der Pressekodex – Richtlinie 15.1 des Deutschen Presserates. Soweit die Theorie. In der Praxis fänden zum Beispiel Motorjournalisten nichts Verwerfliches daran, einen Testwagen schon mal so lange zu fahren, bis das Nachfolgemodell auf den Markt komme, berichtete Günter Bartsch, Geschäftsführer von Netzwerk Recherche. Gleiches gilt für die Teilnahme an aufwändigen Pressereisen. So flogen vier Journalisten von *Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Neue Ruhr-Zeitung* und *Rheinische Post* auf Einladung des Thyssen-Konzerns im Frühjahr 2011 First Class nach Südafrika, übernachteten in der luxuriösen Singita Lebombo Lodge und ließen sich per Hubschrauber zu ein paar Terminen bringen. Dass die Reise von Thyssen-Krupp finanziert war, erfuhren die Leser dieser Blätter allerdings nicht.

Das Problembewusstsein der Medienhäuser in Sachen Korruptionsbekämpfung ist offenbar nur schwach entwickelt. Auf eine Umfrage des IfJ der TU Dortmund reagierten gerade mal sechs von 30 angeschriebenen Chefredakteuren. Von diesen wiederum antworteten nur Vertreter der *Ostsee-Zeitung* und des Axel Springer Verlags konkret auf die gestellten Fragen. Ausgerechnet der viel gescholtene Springer-Konzern verfügt über ein konzernweites Compliance-Management inklusive eines Code of Conduct, der klare Leitlinien zur journalistischen Unabhängigkeit enthält. Darin heißt es: „Die Journalisten bei Axel Springer tragen dafür Sorge, dass alle Kosten (Reisekosten, Bewirtungen etc.), die im Zusammenhang mit Recherchen entstehen, grundsätzlich durch die Redaktion übernommen werden. Ausnahmen sind von der Chefredaktion zu genehmigen und in der Berichterstattung entsprechend kenntlich zu machen."

Auch andere Blätter gehen neuerdings dazu über, solche Praktiken für die Leser transparenter zu machen. Gelegentlich finden sich diese Hinweise aber nur im Kleingedruckten. Angesichts schrumpfender Redaktionsetats ist die Versuchung groß, durch stillschweigende Inanspruchnahme „geldwerter Vorteile" den eigenen Handlungsradius zu erweitern. Für das publizistische Ansehen hat diese Praxis indes fatale Folgen. Im unlängst veröffentlichten Korruptionsbarometer von Transparency International landeten die Medien auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht korrupt) bis 5 (höchst korrupt) mit 3,6 auf Rang 3, noch vor der Öffentlichen Verwaltung und dem Parlament. Auf den ersten beiden Plätzen liegen die politischen Parteien und die Privatwirtschaft. Das sinkende Ansehen der Medien sei ein „alarmierendes Zeichen", urteilte Jürgen Marten, stellvertretender Vorsitzender von Transparency. Er forderte die Medien auf, sich einen verbindlichen Verhaltenskodex zu geben. **kel** ■

Link zum Thema

http://www.netzwerkrecherche.de/Publikationen/Studien/Gefallen-an-Gefaelligkeiten-2013/

Anzeige

pensionskasse rundfunk

Ihre Altersversorgung mit Weitblick.

Maßgeschneidert für Sie als freien Mitarbeiter.

Weitere Informationen unter:
www.pk-rundfunk.de/mmm

Ausschüttung läuft, aber ...

VG Wort im rechtlichen Dilemma – Unmut über Patentamt und Vogel

Auf den Versammlungen der VG Wort Anfang Juni ging es wieder um die Frage, ob und wann die Tantiemen ausgeschüttet werden. Schon im Vorfeld hatte die Verwertungsgesellschaft mitgeteilt, dass auch die diesjährige Hauptausschüttung für 2012 verschoben werden muss. Grund ist – wie bereits im letzten Jahr – die Klage des Urheberrechtlers Martin Vogel gegen den Verteilungsplan der VG Wort.

Fotos: Tom Bayer / Fotolia.com

Im Mai 2012 hatte das Landgericht München in einem erstinstanzlichen Urteil die Bestimmungen über die Ausschüttung nach pauschalisierten Quoten zwischen Urhebern und Verlagen im Kern als rechtswidrig beurteilt. Derzeit wird auf das Urteil der Berufungsinstanz gewartet. Weil es bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung durch alle Instanzen noch Jahre dauern wird, befinden sich Vorstand und Verwaltungsrat der VG Wort in einem rechtlichen Dilemma – wie auch die anderen Verwertungsgesellschaften, die alle seit ihrer Gründung die gemeinsame Rechtewahrnehmung als Basis der Ausschüttungen praktizieren. Wäre diese Ausschüttungspraxis in letzter Instanz rechtswidrig, müsste sie rückwirkend korrigiert werden (also: Rückforderung geleisteter Auszahlungen). Würde nicht nach dem geltenden Verteilungsplan ausgeschüttet, wäre dies ebenfalls rechtswidrig.

In dieser unerquicklichen Angelegenheit hat das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) als Aufsichtsbehörde – wie auch das Bundesjustizministerium – die VG Wort bisher rechtlich „im Regen stehen lassen". Die erbetene aufsichtsrechtliche Prüfung unterblieb. Auf den Versammlungen in München erklärten die anwesenden Patentamtsvertreter gar, dass sie bis zu einem rechtskräftigen Urteil keine diesbezüglichen Weisungen erteilen würden.

Dies sorgte für heftigen Unmut bei den Anwesenden – wie auch der „Auftritt" des Klägers Martin Vogel, einst selbst „Aufsichtsbeamter" des Patentamtes. Die Wahrnehmungsberechtigten zeigten sich als undankbares Publikum. Der Mitgliederversammlung am folgenden Tag blieb VG-Wort-Mitglied Vogel fern.

Letzter Stand: Das Oberlandesgericht München hat seine Urteilsverkündung kurzfristig vom 25. Juli auf den 26. September 2013 verschoben. Die VG Wort hat am 9. August die Durchführung der Hauptausschüttung für 2012 noch in diesem Monat beschlossen.

Rüdiger Lühr ■

Einnahmen 2012 rückläufig

VG Wort und Bild-Kunst: Langes Warten auf Kopierabgaben

VG Wort | Mit Erlösen von rund 115 Millionen Euro (Vorjahr: 120 Millionen) war 2012 für die VG Wort ein „normales" Geschäftsjahr. Eigentlich ist das Ergebnis – nominell das schlechteste seit 2008 – auch etwas besser, als diese Zahlen ausweisen.

Zum einen wurden 7,5 Millionen Euro Einnahmen für Drucker zurückgestellt, bis der Bundesgerichtshof nach einer für die VG Wort positiven Vorabentscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom 26. Juni 2013 über die Vergütungspflicht von Druckern und PCs nach der bis Ende 2007 geltenden Rechtslage geurteilt hat. Zum anderen hat das DPMA noch immer nicht abschließend den Verteilungsplan der ZPÜ (Zentralstelle für private Überspielrechte) gebilligt. Hier steht eine Nachausschüttung der PC-Vergütungen für die Jahre 2008 bis 2010 an. Neue Einnahmen aus Kopierabgaben für audiovisuelle Werke gingen bei der ZPÜ allerdings nicht ein. Überall sind streitige Verfahren vor den Gerichten anhängig – eine Folge der im „Zweiten Korb" veränderten Gesetzgebung für Urhebervergütungen.

Immerhin stiegen im Bereich Hörfunk/Fernsehen die Einnahmen durch die öffentliche Wiedergabe von 7,8 auf 11,8 Millionen Euro (2010: noch 26,8 Millionen). In anderen Bereichen (wie Bibliothekstantieme, Pressespiegel) gibt es kaum Änderungen gegenüber 2011. Größter Einnahmeposten der VG Wort waren wiederum die Reprografie-Vergütungen mit rund 65 Millionen Euro (2011: 74 Millionen).

VG Bild-Kunst | Was für den Wortbereich gilt, trifft naturgemäß den Foto- und Filmbereich gleichermaßen. Durch rückläufige Reprografie- und fehlende Gerätevergütungen im audiovisuellen Bereich sanken 2012 auch bei der VG Bild-Kunst die Erlöse. Der Gesamtrückgang von 62,5 auf 58,6 Millionen Euro wurde allerdings teilweise aufgefangen durch steigende Einnahmen bei der Kabeleinspeisung Film, der öffentlichen Zugänglichmachung im Bildungsbereich und beim Folgerecht der bildenden Künstler. lü ■

Ausschüttungsquoten 2013 für 2012 für Urheber/-innen in Euro (= 2011)

Pressespiegel: Sockel 34,00 (32,00) / Punktewert 6,20 (5,50).
Elektronische Pressespiegel: Faktor 2,2 (2,2)
Presse-Repro: Punktewert 12,00 (12,00)
Bibliothekstantieme: mindestens 99,65 (73,79)
Beiträge Wissenschaft: 2,00 pro Normseite (4,00)
Buch Wissenschaft: 800,00 (800,00)
Broschüre Wissenschaft: 6,00 pro Druckseite (6,00)

Hörfunk: 10-Punktewert 2,00 (1,50)
Fernsehen: 10-Punktewert 0,35 (0,35)
METIS (Texte im Internet): 6,00 (6,00), 7,80 (9,00) ab 6.000 und 10,80 (12,00) ab 24.000 Abrufe
METIS-Sonderausschüttung: 10,00 (12,00) bis 20 Texte in 6 Stufen von 30,00 (36,00) für 21 – 60 Texte bis 480,00 (576,00) bei über 480 Texte pro Domain

ES BRENNT am Stachus

Flammende Aktion gegen schlechte Arbeitsbedingungen der Filmschaffenden

Eröffnungstag des Münchner Filmfestes – 28. Juni: Es sah aus, wie es immer aussieht, wenn irgendwo im Lande eine Filmpremiere gefeiert wird. Ein roter Teppich, Hunderte von Schaulustigen hinter der Absperrung in Erwartung ihrer Lieblingsschauspieler, eine Stretchlimousine, die vorfährt. Die Tür öffnete sich und heraus trat Schauspieler Hans-Werner Meyer, bekannt von Kino- und TV-Filmen wie „Der Baader Meinhof Komplex", „Contergan", „Beate Uhse – Das Recht auf Liebe".

Was dann passierte, war anders als gewöhnlich. Aus der Limousine stieg kein weiterer Star in eleganter Abendgewandung. Stattdessen hielt Hans-Werner Meyer die Wagentür für die Crewmitglieder auf. Über den roten Teppich schreitend ließen sich dieses Mal Requisiteurin, Continuity, Tonassistent, Beleuchter und Kameramann von den am Rande stehenden Schauspielerinnen feiern. Stuntman Sönke Korries, der als letzter die Limousine verließ, stand lichterloh in Flammen und flanierte so über den Teppich.

Mit dieser ungewöhnlichen Performance demonstrierte die ver.di FilmUnion gemeinsam mit dem Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler (BFFS), dem Bundesverband der Fernsehkameraleute (bvfk) und 11 weiteren Verbänden gegen zunehmenden Leistungsdruck, Gagendumping und unzureichende soziale Absicherung bei Film und Fernsehen. Anlässlich der immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen hatten sich die Verbände zum Aktionsbündnis „ES BRENNT!" zusammengeschlossen. Die ver.di FilmUnion ist sehr froh, dass dieses Bündnis gelang, denn die Missstände betreffen alle, die Profis hinter der Kamera, ebenso wie die Stars im Rampenlicht, die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Festangestellte und auf Produktionsdauer Beschäftigte. „Vom Glamour allein können wir nicht leben", war die kollektive Botschaft. **Christoph Brandl** ■

http://vimeo.com/69456544
http://connexx-av.de

Tipp:

Heiße Debatten folgten dann am 30. Juni bei der Podiumsdiskussion der ver.di Filmunion auf dem Münchener Filmfest. Die Black Box war mit etwa 160 Gästen sehr gut besucht.

Ein ausführlicher Bericht dazu unter:
http://tinyurl.com/m6fetwz

Fotos: Kersten Hüttner

Erstmals Mindesthonorar

Gemeinsame Vergütungsregeln für Regisseure und Schauspieler mit ProSiebenSat.1 beschlossen

Der Bundesverband der Film- und Fernsehregisseure e.V. (BVR) und der Bundesverband der Film- und Fernsehschauspieler (BFFS) haben sich mit der ProSiebenSat.1 TV Deutschland GmbH auf gemeinsame Vergütungsregeln gemäß §§ 32 a, 36 UrhG geeinigt.

Damit wird zum ersten Mal eine kollektivvertragliche Regelung nach dem Urhebervertragsrecht für Fernsehproduktionen vereinbart. Sie gilt für alle Sender der ProSiebenSat.1 TV Deutschland GmbH, die sich damit nachhaltig auch zu ihrer Branchenverantwortung bekennt, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Festgelegt wird erstmals ein Mindesthonorar für fiktionale TV-Movies und Serien sowie für Kino-Koproduktionen der ProSiebenSat.1 TV Deutschland. Darüber hinaus erhalten Regisseure und Schauspieler bei entsprechender Zuschauerreichweite eine Folgevergütung sowie eine Beteiligung an den Auslandsverkäufen, wenn sich eine Produktion auch hier als Erfolg herausstellt. In diesem neuen Vergütungsmodell werden auch Altfälle seit 2002 berücksichtigt, dem Jahr des Inkrafttretens des Urhebervertragsrechts, so dass es zum Teil zu beträchtlichen Nachvergütungen für in der Vergangenheit besonders erfolgreiche TV-Movies, Serien und Kinofilme kommen wird.

Stephan Wagner und Peter Carpentier, geschäftsführende Vorstände des BVR erklärten: „Wir haben uns in sehr konstruktiven Gesprächen mit ProSiebenSat.1 aufeinander zubewegt. Das Ergebnis ist ein Folgevergütungssystem, das einerseits die Ansprüche der Schauspieler und Regisseure konkret verbrieft und anderseits den Rahmenbedingungen privater Sender gerecht wird." Die BFFS-Vorstände Heinrich Schafmeister und Michael Brandner „erkennen dabei besonders an, dass ProSieben Sat.1 TV Deutschland gerade als privatwirtschaftlich organisierte Sendergruppe als erste überhaupt bereit ist, auf Grundlage einer gemeinsamen Vergütungsregel den Ansprüchen dieser Berufsgruppe gerecht zu werden". „Da bei diesem Folgevergütungsmodell jeder erreichte Zuschauer und Nutzer von Onlineangeboten zählt, berücksichtigt das System alle technischen Verbreitungsformen und hilft, Eingangshindernisse für neue Sender bzw. Auswertungen zu vermeiden. Und das ist gut für alle", schätzte Dr. Stefan Gärtner, Leiter Koproduktion und Filmpolitik ProSiebenSat.1 TV Deutschland ein. Die Gemeinsamen Vergütungsregeln wurden am 1. Juli 2013 von den Beteiligten in Unterföhring unterzeichnet und treten sofort in Kraft. Sie haben zunächst eine Laufzeit bis zum 30. Juni 2015. **PM** ■

Carta.info

Können Blogs es mit der Relevanz des klassischem Journalismus aufnehmen? Bei Carta gibt es daran kaum Zweifel. Das mit dem Grimme Online Award ausgezeichnete Autorenblog hatte sich schnell den Respekt der „alten" Medien erarbeitet.

Carta begleitet den Wandel der Öffentlichkeit. Meistens geht es um Entwicklungen im Netz. Einige Autoren schreiben aber auch über Wissenschaftspolitik, über den Anstieg des Niedriglohnsektors in Deutschland oder über die politischen Entwicklungen in Nordafrika.

Die bewegte Geschichte des jungen Blogs erzählt viel über die Existenzbedingungen von Journalismus in digitalen Zeiten. Carta wurde von dem Journalisten, Medienökonomen und Berater Robin Meyer-Lucht gegründet. Aufgrund der mauen Verdienstmöglichkeiten im Journalismus hatte der sich Anfang 2007 zunächst mit einem Medienberatungs-Institut selbständig gemacht. Im Herbst 2008 gründete er dann Carta. In dieser Kombination von Berater und Journalist galt er als ein prototypischer Vertreter des „Agenturmodells", über das sich viele bekannte Blogger finanzieren. Mit seiner unbezahlten Arbeit als Blogger und Herausgeber erlangte er eine Reputation, die sich dann indirekt über gut bezahlte Berater-Aufträge monetarisieren ließ.

Neben der Lust am öffentlichen Schreiben motiviert ein ähnliches Modell auch viele Carta-Autoren. Oft sind es Politiker, Wissenschaftler, Berater sowie etablierte oder junge Journalisten. Sie erhalten von dem nicht-profitorientierten Medium kein Honorar, über Carta vergrößern sie aber die Bekanntheit in ihrer jeweiligen Branche.

Im Jahr 2011 erlebte Carta eine Krise. Verstimmt über den Führungsstil des Gründers traten zwei der vier Herausgeber zurück. Aufgrund einer fehlenden finanziellen Perspektive des Blogs verordnete Robin Meyer-Lucht Carta im Juni 2011 eine „Sommerpause". Dann, drei Monate später wurde sein Tod bekannt. Die Netzöffentlichkeit war geschockt. Es sollte aber weitergehen. Tatjana Brode, Journalistin und Witwe von Meyer-Lucht, sowie Wolfgang Michal, einer der noch verbliebenen Carta-Herausgeber, gründeten im Mai 2012 die Carta UG. Neben dieser neuen Trägerin des Blogs existiert mit dem Carta e.V. zudem ein gemeinnütziger Förderverein.

Ein reichliches Jahr später ist der Neustart klar gelungen. Pro Tag erscheinen durchschnittlich zwei Artikel, und etwa 40 Autoren gehören zum Kernteam. Honorare gibt es weiterhin nicht, dafür öffentliche Aufmerksamkeit und Reputation. Zurzeit geht es oft um die Folgen des Überwachungsskandals Prism. Michael Spreng, ein Veteran der Politik-Beratung, schreibt über die Ohnmacht der Kanzlerin, die Politikerin Petra Sitte fordert einen eigenen Internet-Staatsminister, und der junge Journalist Andreas Weck macht sich über das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit Gedanken. Tatjana Brode beschreibt das Erfolgskonzept so: „Carta ist von Beginn an als gemeinsames Projekt vieler unterschiedlicher Autoren entwickelt worden. Vor allem dieses Autorennetzwerk zeichnet Carta aus." **Stefan Mey** ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

Verbesserte Bedingungen für Produzenten im ZDF

Nach konstruktiven Verhandlungen kamen ZDF und die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen am 29. Juli überein, die Eckpunkte der vertraglichen Zusammenarbeit bei vollfinanzierten Auftragsproduktionen auf alle TV-Entertainment-Genres außer Talkshows auszuweiten und damit den fiktionalen Produktionen gleichzustellen. Die erweiterten „Eckpunkte" garantieren dem Produzenten eine Erlösbeteiligung bei einer kommerziellen Auswertung seiner Produktion (z.B. auf DVD). Darüber hinaus regeln sie die Rahmenbedingungen für die Neuentwicklung von Unterhaltungsformaten und die Bedingungen einer weltweiten Formatvermarktung. Die Laufzeit der neuen ZDF-Eckpunkte-Vereinbarung beginnt rückwirkend am 1. Juni 2013 und endet am 31. Mai 2015.
www.produzentenallianz.de/eckpunkte-unterhaltungsproduktionen/ ■

Verschlossene Auster für Bundesinnenminister

Die Verschlossene Auster, der Negativpreis für den Informationsblockierer des Jahres, geht 2013 an Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich. Die Journalistenorganisation netzwerk recherche würdigte damit die restriktive Haltung von Friedrich in der Auseinandersetzung um Auskunftsrechte von Journalisten bei Bundesbehörden und die Blockadehaltung des Ministeriums beim Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Zudem hatte Friedrich, der auch Sportminister ist, die Veröffentlichung der Medaillenvorgaben der Sportförderung bei den Olympischen Spielen 2012 gerichtlich zu verhindern versucht. Anders als andere Preisträger in den Vorjahren – darunter auch Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Jahr 2002 – nahm der Minister den Preis in Hamburg nicht persönlich entgegen.

Es seien zwei Entscheidungen, die an der Urteilsfähigkeit von Friedrich und einigen seiner leitenden Beamten zweifeln ließen, so der ehemalige Spiegel-Chefredakteur Georg Mascolo in seiner Laudatio. „Zweimal haben dessen Beamte auf die Frage, welche Rechte der Journalist gegenüber dem Staat haben soll, geantwortet: Wenn es nach uns ginge, möglichst wenige", begründete Mascolo die Auszeichnung und verwies auf die Haltung des Innenministeriums mit Blick auf Auskunftsrechte von Journalisten bei Bundesbehörden.

Friedrichs Behörde hatte in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht den in den Pressegesetzen der Länder verankerten Auskunftsanspruch verneint, da diese für den Bund keine Gültigkeit hätten. Auf der Bundesebene existiert kein entsprechendes Gesetz.

Mascolo zitierte außerdem aus Protokollen einer Arbeitsgruppe der Bundesregierung zur Praxis des Informationsfreiheitsgesetzes. Darin sei festgelegt, dass bei Anträgen von Journalisten nach dem IFG, „alle einschlägigen Ausnahmegründe" zu prüfen seien. „Diese Protokolle klingen nicht nach Freiheit", so Mascolo. ■

Die Laudatio von Georg Mascolo:
http://www.netzwerkrecherche.de/index.php?article_id=637&clang=0

Was heißt hier jung?

Öffentlich-rechtliches Fernsehen uninteressant für eine ganze Generation

Braucht das öffentlich-rechtliche Fernsehen einen Jugendkanal, um den Anschluss nicht zu verlieren? Und wenn ja, wie sollte ein solcher Kanal aussehen, damit er funktioniert? Diese und andere Fragen haben Programmmacher und gewerkschaftliche Gremienvertreter Mitte Juli bei einem von ver.di initiierten Workshop beim SWR in Stuttgart diskutiert.

Gut 61 Jahre – das ist das Durchschnittsalter der Zuschauerinnen und Zuschauer der beiden großen öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme Das Erste und ZDF. Damit liegen die Sender zwar nicht am obersten Ende der Skala, aber doch deutlich entfernt von der privat-kommerziellen Konkurrenz wie RTL und ProSieben mit etwa 48 bzw. 35 Jahren. Das lässt nur einen Schluss zu: Junge Menschen können mit öffentlich-rechtlichem Fernsehen in der Regel nichts anfangen – und meiden es deshalb.

Foto: HaywireMedia / Fotolia.com

Angesichts der Fülle medialer Angebote das Interesse junger Menschen zurückgewinnen – ein öffentlich-rechtlicher Jugendkanal könnte dafür ein erster Schritt sein. Aber genügt das?

Nicht zu Unrecht ist daher, was das TV-Angebot betrifft, längst von einem Generationenabriss bei ARD und ZDF die Rede. Übrigens im Gegensatz zum Hörfunk, wo die Jugendwellen seit Jahren Spitzenwerte erzielen. Doch ein öffentlich-rechtliches Fernsehprogramm, das eine ganze Generation nicht mehr erreicht – wird das seinem gesellschaftlichen Auftrag gerecht?

Vor diesem Hintergrund schwelt seit längerem in der Medienpolitik die Debatte über einen öffentlich-rechtlichen Jugendkanal. Mit der Ankündigung von ARD und ZDF, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe nun konkrete Möglichkeiten zu erörtern, hat die Diskussion an Fahrt gewonnen. Ein Jugendkanal erscheint wahrscheinlicher denn je. Passend zur aktuellen Situation hatte ver.di Mitte Juli Vertreterinnen und Vertreter der DGB-Gewerkschaften in den Rundfunkgremien in den SWR nach Stuttgart eingeladen, um in einem ganztägigen Workshop über die Frage eines Jugendkanals zu diskutieren.

Dabei ging es in einem einführenden Teil stark um all jene Sendeformate der privaten Sender, die besonders erfolgreich sind, also auch von den Jüngeren gesehen werden. Die Liste reichte von den zahllosen Scripted-Reality-Formaten, die Weiterentwicklung auf Scripted-Soap-Formate wie „Berlin Tag und Nacht“ bis hin zu Wettkampf-Shows à la „Schlag den Raab“ und Castingsendungen wie „Das Supertalent“. Dass die zum Teil unterirdische Qualität dieser Sendungen nicht dem öffentlich-rechtlichen Auftrag entspricht, war schnell klar. Dass aber auch die Öffentlich-Rechtlichen selbst gutes junges Programm können, stand ebenso wenig in Frage. Bestes Beispiel: „Walulis sieht fern“, eine unterhaltsam-intelligente Medienkritik auf Eins Plus.

Für einen Jugendkanal. Doch was nützt die beste junge Sendung auf einem digitalen Spartenkanal, wenn die Hauptprogramme an sich überaltert sind? Deshalb warben sowohl Alexander von Harling, Programmchef des ARD-Digitalkanals Eins Plus, als auch Wolfgang Gushurst, Programmchef der SWR-Jugendhörfunkwelle DAS DING, für einen Jugendkanal, nachdem zuvor schon Walter Klingler von der SWR-Medienforschung auf die Notwendigkeit einer „Flottenbildung“ auch bei den Öffentlich-Rechtlichen hingewiesen hatte. Danach seien die Hauptprogramme nach wie vor die Zugpferde, zusätzliche Spartenkanäle aber deckten das ab, was über den Massengeschmack hinausgehe – Beispiel RTL und sein Crime-Ableger RTL Nitro. Die Themen, die junge Leute interessierten, lägen dabei auf der Straße, so von Harling und Gushurst: von Liebe und Freundschaft über Musik und Internet bis hin zu Ausbildung und Beruf. Hierzu müssten die Öffentlich-Rechtlichen ein Forum bieten und gesellschaftliche Entwicklungen begleiten. Und: Es sei ein Imagegewinn für das öffentlich-rechtliche System an sich, mit einem eigenen Kanal auch für jüngere Zielgruppen vertreten zu sein.

Nur eines dürfe ein solcher Sender nicht: aussehen wie das Hauptprogramm. Denn junge Leute wollten anders angesprochen werden, Themen anders vermittelt bekommen – von der Wortwahl bis hin zu den Programmelementen. Ein Beispiel: Wer Junge mit Politik erreichen wolle, käme mit diesem Etikett „Politiksendungen“ nicht weit – durchaus erfolgversprechender wäre ein „Was in der Welt geschieht“.

Dass ein Jugendkanal letztlich nicht die Lösung allein für den öffentlich-rechtlichen Generationenabriss sein kann, war in der abschließenden Diskussionsrunde allen klar. Denn auch die Jüngeren, merkte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke an, seien keine homogene Zielgruppe und bewegten sich zwischen verliebten Teenagern und jungen Menschen nach der Familiengründung, was unterschiedliche Programmansprachen zur Folge habe.

Und auch andere Vorschläge wurden gemacht: Warum zum Beispiel, fragte Barbara Thomaß, Professorin für Medienwissenschaft und Mitglied des ZDF-Verwaltungsrates, initiiere man nicht lieber einen interkulturellen Kanal angesichts der Tatsache, dass ein Fünftel der Jugend Migrationshintergrund habe. Oder warum, so Ruth Lemmer, freie Journalistin und Mitglied im WDR-Rundfunkrat, nutze man nicht die Dritten Programme für mehr junge Inhalte.

Stephan Kolbe ■

Der Autor

Stephan Kolbe ist Koordinator für Medienpolitik beim ver.di-Bundesvorstand und freier Redakteur.

Öffentlichkeit, Journalismus und die Kommunikationswissenschaft

Impulse erwartet

„Dass der Journalismus in 50 Jahren noch existiert – davon bin ich überzeugt!" Der Kommunikationsforscher Klaus-Dieter Altmeppen verweist auf die Orientierungsfunktion der Medienbranche: „Sie können an den Bundeswahlleiter schreiben und sich alle Parteiprogramme schicken lassen… Aber es ist doch viel schöner, wenn die *AZ (Allgemeine Zeitung Mainz)* jetzt irgendwann eine Doppelseite macht: Aussagen der Parteien zur Verteidigungspolitik, zur Bildungspolitik – das ist das, was Journalismus leisten muss und das wird er auch in 50, in 100 Jahren noch leisten. Die Finanzierungsmodelle ändern sich wahrscheinlich, aber „der Journalismus wird in seiner Grundbedeutung bestehen bleiben."

Altmeppen ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, kurz DGPuK. Mittlerweile hat die vor 50 Jahren gegründete Fachgesellschaft 900 Mitglieder, die sich mit Fragen zu Medien und Gesellschaft befassen. Die Jubiläums-Jahrestagung in Mainz thematisierte die Leistungen der Kommunikationswissenschaft und die Herausforderungen, vor denen sie heute steht. M hat aus Gesprächen, Diskussionen und Statements einige Antworten auf die Kernfragen zusammengestellt.

Die Medienwelt verändert sich immer rasanter. Welche Rolle spielen klassische kommunikationswissenschaftliche Ansätze da noch?
Gängige empirische Forschung als „Chronist des Medienwandels" hat weiterhin Einfluss auf medienpolitische Diskurse und Entscheidungen. Die Mainzer Professorin Birgit Stark erklärt, Studien zu Internetnutzung und Medienkompetenz erleichtern z.B. die Anpassung der Jugendmedienschutzrichtlinien an neue Kommunikationsformen, die durch das interaktive Web 2.0 entstanden sind.

Durch Nutzungsstudien wurde auch deutlich, dass 96 Prozent der Deutschen bei ihrer Textsuche im Internet Google verwenden, so dass die kommerzielle Suchmaschine zum „Flaschenhals für Informationsströme" wird. Den meisten ist dabei gar nicht bewusst, nach welchen Auswahlkriterien die Ergebnisse zusammengestellt werden. Diese Erkenntnisse stießen im September 2012 eine Regulierungsdebatte bei den Landesmedienanstalten an: Google müsse transparenter werden und öffentlich-rechtliche Konkurrenz bekommen. Der Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Hans Hege, plädierte dafür, einen Teil der Rundfunk-Haushaltsabgabe für die Forschung zu einer Art öffentlich-rechtlicher Suchmaschine zu verwenden.

Profitiert die journalistische Praxis auch von solchen Studien? Ja. Journalisten brauchen „Wissen über ihr Publikum, wie es tickt", so Rezeptionsforscherin Stark. Entsprechende Langzeitstudien seien „hilfreich", meint auch Tanjev Schultz von der *Süddeutschen Zeitung* und *FAZ*-Redakteur Jürgen Kaube macht sich Gedanken über „zwei Typen von Lob, die nicht zu einander passen. Das eine Lob heißt: „Das wusste ich noch gar nicht!", das andere „Endlich sagt's mal einer!" Sowohl Redundantes („80 schwedische Krimis in der Woche") als auch Überraschendes, auf das „Zeitungen eigentlich per se setzen müssen" würde genossen. Eine interessante Forschungsfrage sei, wie sich diese widersprüchlichen Publikumspräferenzen entwickeln: Gibt es Obergrenzen, Ermüdungserscheinungen?

„Qualitätsjournalismus" ist das Zauberwort, wenn es um die Zukunft der Medienprodukte geht. So erwartet *SZ*-Redakteur Schultz von der Kommunikationswissenschaft „Impulse für anspruchsvollen Journalismus auch in Hinblick auf die Ethik des Journalismus". Kritische Studien zur Qualität der Berichterstattung stoßen bei Praktikern jedoch nicht immer auf offene Ohren. „In der Schweiz gibt es seit drei Jahren ein Qualitätsmonitoring, wie sich Standards verändert haben", so Stark. Nach der Feststellung, dass die Berichterstattung zunehmend von Boulevardisierung und Skandalisierung geprägt ist, wird die Studie von Medienseite nun heftig kritisiert, einige berichten nicht mehr daüber. Im Dezember 2012 schrieb Stephan Ruß-Mohl im „European Journalism Observatory" (EJO), einer Internetplattform, die einen Beitrag zur Qualitätssicherung im Journalismus leisten will: „In der Schweiz beschweigen die beiden größten Printverlage Tamedia und Ringier – als hätten sie sich abgesprochen – Forschungsergebnisse zum Zustand und zu den Aussichten des Journalismus, die 60 Medienforscher um Kurt Imhof mit ihrem „Jahrbuch Qualität der Medien Schweiz" vorgelegt haben. Und der Präsident des Verbands Schweizer Presse, Hanspeter Lebrument, ließ seinen Geschäftsführer bereits gegen die Wissenschaftler heftig lospoltern, bevor er und seine Mitstreiter überhaupt eine Chance hatten, das Jahrbuch inhaltlich zur Kenntnis zu nehmen."

Ein Beispiel für den dritten klassischen Forschungsbereich, die Berufsfeldforschung, ist die intensive wissenschaftliche Begleitung bei der Entwicklung von Newsroom-Konzepten. So hatte Stark 2008 Experteninterviews in Wiener Zeitungsredaktionen geführt, in denen Strategien zur Zusammenführung der Ressorts Print und Online entwickelt werden sollten. Sie stellte fest, dass die „Barrieren in den Köpfen" der Redakteure größer als vermutet und eine Förderung von crossmedialem Arbeiten über die Veränderung räumlicher Strukturen „der falsche Weg" waren.

Kommunikationswissenschaft gibt Impulse für Medienpolitik und Journalismus. An welche Grenzen stößt sie beim Erforschen der neuen Medienwelt?
Ihr Untersuchungsgegenstand wird entgrenzt: Es geht nicht mehr um einzelne Medien, sondern um Kommunikation. Wegen der immensen Informationsflut sind Inhaltsanalysen einzelner Medien, z.B. Tageszeitungen, immer uninteressanter. Wichtiger wird die Beobachtung von Kommunikationsprozessen und ihren Themen. Wenn man etwa Relevanz und Einfluss politischer Botschaften untersuchen will, muss man die Verknüpfung von traditionellen und online-Medien in den Blick nehmen – ihr Wechselverhältnis, wie sich ihre Bedeutung verschiebt.

Ausgangspunkt sollte dabei die mediale und interpersonale Kommunikation sein – im Alltag, am Arbeitsplatz und in sozialen Netzwerken. Die Occupy-Bewegung in den USA etwa kam über soziale Netzwerke in den Mainstreammedien-Diskurs. Kommunikation diene zwar weiterhin dem Austausch von Nachrichten, helfe aber zunehmend auch bei der gesellschaftlichen Organisierung von Protesten, so der US-amerikanische Wissenschaftler Lance Bennett.

Lässt sich diese grenzenlose Kommunikation überhaupt noch analysieren? Empirische Forschung hat es in der Tat mit immer größeren, unüberschaubaren Datenmengen zu tun. Welche Herausforderung „big data“ für die Forschung ist, demonstriert Bennett an einer Analyse der Internetkommunikation der Occupy-Bewegung in den USA: Aus 60 Millionen Tweets wurde ein Sample von 30.000 Kurznachrichten gebildet, das nur mit Hilfe von Computerprogrammierern analysiert werden konnte. Der Journalismus steht vor ähnlichen Problemen, wenn er seine Orientierungsfunktion erfüllen will. Der „Offshore-Leaks“-Journalistenpool konnte das Informationsmaterial zu Steueroasen im Frühjahr 2013 auch nur mit Hilfe von Datenspezialisten aufbereiten.

Wo sind neue Denkansätze und Methoden notwendig?
Die DGPuK hat auf ihrer Jahrestagung Empfehlungen zur Methodenausbildung in Bachelor-Studiengängen verabschiedet, um Standards für gute wissenschaftliche Praxis zu setzen. Wegen der großen Datenmengen sind Inhaltsanalysen zunehmend computergestützt, aber auch bei Befragungen, Beobachtungen und anderen Methoden verändert sich einiges. „Es gibt jetzt wieder mehr qualitative Forschungsmethoden.“ Rezeptionsforscherin Stark erläutert: „Wegen der stärkeren Ausdifferenzierung des Nutzungsverhaltens braucht man zunächst explorative Forschung, um die Ergebnisse dann durch repräsentative Daten zu stützen.“

Es sind die enormen Datenmengen, die Theorie geleitete Vorentscheidungen erfordern: Was ist die Forschungsfrage und warum ist sie wichtig? Auch normative Ausgangspositionen werden relevanter. Die Schweizer Kommunikationswissenschaftlerin Gabriele Siegert: „Wenn wir uns nicht ökonomischen und technologischen Imperativen ausliefern wollen, müssen wir selber darüber diskutieren und entscheiden, wo unsere Partizipationsfähigkeit und unsere Ressourcen hinfließen.“

Diese Entscheidungen sind eine Sache des Standpunktes. Wo steht die Kommunikationswissenschaft? Siegert plädiert für mehr „Gesellschaftsnahe Forschung, die dann nicht unbedingt normativ argumentierend sein muss, aber die aufzeigen muss, welche Akteursgruppen profitieren von welchen Konstellationen und kollidiert das z.B. mit unseren Vorstellungen von Demokratie und Zivilgesellschaft.“

DGPuK-Vorsitzender Altmeppen erläutert diese Position am Beispiel von Untersuchungen zur Internetnutzung. Der IT-Verband Bitcom, der im Mai 2013 dazu gerade eine Studie veröffentlichte, „macht das natürlich als Fachverband mit spezifischen Interessen. Das ist legitim, das ist völlig in Ordnung, nur es beeinflusst diese Untersuchung. Wir aber haben den Dauerauftrag von der Gesellschaft, das zu untersuchen. Wir werden alimentiert durch die Gemeinschaft und wir geben genau dieses zurück, wenn wir fragen, was bedeutet die Internetnutzung für Veränderungen in der Gesellschaft – wenn ich als Vater von drei Kindern sehr froh darüber bin, dass ich mit ihnen rund um die Welt über Medien kommunizieren kann, aber ich auch vor völlig neuen Herausforderungen stehe, was die Medienkompetenz und Mediensozialisation angeht. Das ist so ein schleichender Wandel in der Gesellschaft, den wir beobachten müssen, da er alle betrifft.“

Vor welchen neuen Herausforderungen steht die Forschung heute? Nicht nur Denkansätze und Methoden müssen an die sich wandelnde Medienwelt angepasst werden. Auch die Rahmenbedingungen für die Forschungsarbeit selbst verändern sich. Öffentliche Gelder werden immer knapper und Drittmittel immer wichtiger. Bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG herrscht ein „starker Wettbewerbsdruck“. Wichtig sind große internationale und interdisziplinäre Projekte, aber – so Birgit Stark – „Es ist nicht immer leicht, im großen Verbund gute Forschung zu machen, denn es gibt sehr unterschiedliche Forschungskulturen.“

Anlässlich ihres Jubiläums dokumentiert die DGPuK die Forschungsleistung der Kommunikationswissenschaft in einer Broschüre „50 Fragen – 50 Antworten“. Im Kapitel zu Journalismus wird z.B. gefragt: „Wie viel Macht haben Journalisten?“, „Wird es bald keine gedruckte Tageszeitung mehr geben?“ oder „Werden Medieninhalte immer schlechter?“ In einem Beitrag „Kann Journalismus objektiv sein?“ heißt es u.a.: „Absolute Realität ist prinzipiell unerreichbar. Denn Journalisten verdichten Realität … mit Blick auf den Erkenntnisprozess.“ Das hat auch die Autorin dieses Beitrags versucht!

Bärbel Röben ■

Link

Die Broschüre der DGPuK steht im Internet unter: www.dgpuk.de/uber-die-dgpuk/

Digitalisierung: Kommunale Kinos sorgen sich um Filmerbe

Mit dem Rücken zur Wand

Bundeskongress der kommunalen Kinos: Kinobetreiber, Verleiher, Filmvorführer sowie ehrenamtliche Bewahrer der Filmkunst haben im Juni zwei Tage lang im Kino des Deutschen Filmmuseums in Frankfurt am Main miteinander konferiert. Dabei wurde klar: Bei aller Lust und allem Engagement zum Erhalt der Kinokultur – sie stehen mit dem Rücken zur Wand.

kommunale kinos

www.kommunale-kinos.de

Viele wirkten desillusioniert; irgendwie erschöpft; als hätte man sie gerade aus einer Art Überlebenstraining herausgerissen. Da ist auch etwas dran. Die Lage ist alles andere als berauschend. Bis spätestens Ende 2014 soll auf digitales Kino umgerüstet sein, der 35 mm Film bald endgültig der Vergangenheit angehören. Und all das kostet viel Geld – welches ja bekanntlich meist fehlt.

Facebook-Screenshots: Fünf Mitglieder des Bundesverbandes kommunale Filmarbeit in Lübeck und Singen sowie Furtwangen, Heilbronn und Duisburg

Zunächst zum kulturellen Reichtum: Die kommunalen Kinos und einige Art-House-Kinos verfügen über Schätze, die Cineasten und Filmliebhaberinnen zum Jubeln bringen: Nur was werden sie noch damit anfangen können, wenn sie die finanziellen Mittel zu deren technischer Umrüstung nicht aufbringen können? Oder werden sie etwa aufgrund fehlender Finanzen von der neuen Technik abgekoppelt – und dann nur noch alte Filme zeigen können, jedoch keine aktuellen?

Nach solch bangen Fragen zu wirtschaftlichen Aspekten folgten Beispiele aus einem breiten historischen Repertoire, um unter Beweis zu stellen, was es an erhaltenswürdiger Kinokultur gibt. Etwa die köstlichen Stummfilme, in denen sich das Female Comedy Team Anita Garvin und Marion Byron (1929 USA) jenseits aller Mutter- und Weiblichkeitsklischees geriert: Eine der beiden als ständige Besserwisserin, die andere als Doofe. Mal reißen sie eine ganze Horde Männer mit sich vor einem Eissalon zu Boden, obgleich es doch nur darum geht, sich eine Kugel Eis zu sichern. Zugelaufene Kinder versucht dieses coole, aber wenig fürsorgliche Frauenduo zunächst an ein Waisenhaus loszuwerden. Freilich entscheiden sich die Damen kurzfristig um, als sich die Nachricht verbreitet, dass es für das Auffinden der Steppkes Finderlohn gibt. Sie brechen nachts ins Kinderhaus ein, sorgen dort zwecks Wiederbeschaffung der Kinder für jede Menge Chaos und Aufregung beim Personal; all das in Männerklamotten, um sich mehr Respekt zu verschaffen. Wird die humorige Emanzenklamotte der 1930er im Filmgedächtnis bewahrt werden können?

Oder kann der erste Western, Edwin Porters „The great train robbery“, dann noch sein Publikum erreichen? Werden wir Ingrid Bergman und Humphrey Bogart in Michael Curtiz „Casablanca“ weiterhin anschmachten können? Wird es möglich sein, einen kleinen Independant-Film wie den des finnischen Regisseurs Aki Kaurismäki „I hired a Contract Killer“ (1990) auf der Leinwand zu genießen; und mitzubangen, ob es dem lebensmüden Franzosen, der einen Vertrag mit einem Killer abgeschlossen hat, gelingt, letzteren wieder loszuwerden. Schließlich macht das Leben plötzlich wieder Freude, da er sich plötzlich unsterblich in die Blumenverkäuferin Margaret verknallt hat. Was sind all diese wunderbaren Klassiker und filmhistorischen Perlen, im Fachjargon Repertoire-Kino genannt, die die kommunalen Kinos (KoKis) den Zuschauern präsentieren, künftig noch wert, fragen sich jetzt Kinomacher besorgt.

Mehr Förderung benötigt. Die Folgen der Digitalisierung sind also zunächst alles andere als zum Jubeln. „Von rund 120 KoKis werden am Ende 50 digitalisiert sein“, so die medienpolitische Sprecherin des Bundesverbandes Kommunale Filmarbeit, Cornelia Klauß. Die restlichen 70 müssten entweder darauf warten, dass die Technik zur Umrüstung der Filme deutlich billiger werde. Oder sie stellen auf BluRay um, was aber hauptsächlich nur bei kleinen Sälen vertretbar sei. Einige aktuelle Filme könnten sie dann eben möglicherweise gar nicht zeigen, weil manche Verleiher die neue Technik verlangten: unbefriedigend für diese Kinos, sie würden weitgehend vom Markt abgehängt. Überleben könnten sie möglicherweise, aber schlecht, schlussfolgert Klauß. Ohne großangelegte, finanzielle Förderung werde das deutsche Filmerbe, das zur Kultur hierzulande zwingend gehöre, im Zug der technischen Umstellung marginalisiert, befürchtet Claudia Dillmann, Direktorin des Frankfurter Filmmuseums. Nur noch eine begrenzte Auswahl von Filmen könne gezeigt werden: Und zwar sowohl in den Kinos, die es sich leisten konnten, umzurüsten, dann aber nur noch aktuelle Filme digital projizieren können, als auch in denen, die nur noch analog vorführen können, da das Ende des herkömmlichen technischen Equipments absehbar sei.

Viele Probleme kommen auf die KoKis zu. Dabei müssten sie gerade jetzt eine Werbeoffensive starten, um sich vor dem eigenen Untergang aus ganz anderen dringlichen Gründen zu retten: Vielfach haftet ihnen bei Internet affinen Jugendlichen, die mit Kommerzfilmen und Blockbustern in HD 3 zugeballert werden, ein Negativimage an – wenn auch meist zu Unrecht: Sie werden als langweiliger Ort wahrgenommen, der

vermeintlich nur verstaubte Filme zeigen würde. So sieht es Reiner Hoff, der aus diesem Grund beim Landesverband Baden-Württemberg der Kommunalen Kinos die Kinder- und Jugendfilminitiative „Was guckst du“ gegründet hat. „Wo sollen denn Kinder und Jugendliche, die heute aufwachsen, eigentlich ihre filmische Sozialisation erhalten – wenn nicht in den Kommunalen Kinos“, fragt Hoff: „Wo bekommen sie überhaupt noch Gelegenheit, zu sehen, was als filmkulturelles Erbe Europas gilt?“ Ihn treibt die Sorge um das Bewahren, damit frühe Filme von Jean-Luc Godard, Rainer Werner Fassbinder und Margarethe von Trotta nicht gänzlich aus dem Filmgedächtnis verschwinden.

Ein neidischer Blick nach Frankreich ist angebracht. Dort sei Filmkultur in der gesellschaftlichen Wertschätzung anderen Kulturformen gleichgestellt, erläutert Dillmann vom Frankfurter Filmmuseum. In diesem Jahr wurden dort für die Digitalisierung von 183 Filmen insgesamt fast achteinhalb Millionen Euro bewilligt, im Schnitt 46.000 Euro pro Titel. Unter den geförderten Tonfilmen sind bekannte französische Namen von Regisseuren zu finden: Unter anderem Jacques Tati, Jean Renoir, Claude Chabrol, Eric Rohmer, Costa-Gavras, Robert Florey oder auch Abel Gance (Paradis perdu). Der Schwerpunkt der Auswahl liegt zwischen Mitte der 50er Jahre bis Anfang 1990er. Doch auch bei den stummen Titeln sind Filme berücksichtigt, beispielsweise von Georges Méliès.

Von einer solchen Förderung können Deutschlands Kino-Liebhaber nur träumen: Nur je etwa eine Million Euro wurden durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) sowie die Filmförderungsanstalt in den vergangenen eineinhalb Jahren für die retrospektive Digitalisierung von Filmen zur Verfügung gestellt. Ob die Förderung fortgesetzt wird? „Unklar“, meint Dillmann. Die Obergrenze der Förderung liege nur bei rund 15.000 Euro pro Titel. Wenige Kinos seien in der glücklichen Situation, alle Filmformate spielen zu können, analog bis 70mm, digital bis 3D in 2k.

Europaweit im letzten Drittel. Ernüchternd ist, was Bastian Sillner, Projektkoordinator Europa Cinemas, über den europäischen Trend der Kinokultur berichtet: Deutschland liege mit den Fortschritten der Digitalisierung erstaunlicherweise im Europa-Vergleich im letzten Drittel: knapp hinter Ländern wie Irland, Portugal. Sogar das soeben neu in die EU aufgenommene Kroatien sei in der Hinsicht schon etwas weiter. In krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern wie in Spanien und Griechenland stellt sich die Situation dann völlig desolat dar: Viele Kinos hätten dort bereits dicht gemacht. Die Filmkultur liege in diesen Ländern nahezu völlig brach. Weil es kaum staatliche Förderungen gebe, sei zu befürchten, dass im Zuge der europaweiten Digitalisierung nicht nur der 35 mm Film dahinschwinde, sondern tendenziell die Kinokultur als Ganzes. In Pausengesprächen sind wütende Stimmen aus dem Fachpublikum zu hören: „Eine Schande, dass die deutsche CDU/FDP-Bundesregierung dazu beiträgt, korrupte Banken in diesen Ländern zu retten, aber zulässt, dass die Bevölkerung dort ihrer Kultur beraubt würde“, ärgert sich jemand. In Deutschland seien besonders kleine Arthouse-Kinos von der Schließung bedroht, klagen andere. Die optimistische Einschätzung der Sprecherin des Bundesverbandes Kommunale Filmarbeit, Cornelia Klauß, Kommunale Kinos in Deutschland könnten überleben, wenn auch schlecht, teilen viele nicht: Wie viele Jobs all das kostet, sei noch nicht abzusehen, so ein Filmvorführer. Signifikante Zahlen in dieser Hinsicht, was der Prozess dieses Strukturwandels nach sich zieht, scheint es nicht zu geben.

Debattiert wird die Gefahr, die ein solcher Wandel für das breite Publikum mit sich bringt: Angesichts des Gedrängels auf dem Markt von permanenten Neuerscheinungen seien zunehmend weniger Filmklassiker in die Kinos zu bringen. Berechtigte Fragen werden laut: Was bleibt eigentlich im kulturellen Gedächtnis der Menschen hängen? Wird das Publikum nicht immer mehr entwöhnt, sich anspruchsvoller Filmkultur zu widmen? Werden Filme wie „Casablanca“ unter einem Ramschwarenladen von filmischem Kommerzschrott begraben?

Mit Ehrgeiz arbeitet der Förderverein Kinokultur Bingen gegen einen solchen Trend an. Der Verein ist angetreten, um die Stadt überhaupt als Kinostandort zu erhalten. Nachdem das letzte kommerzielle Kino hier geschlossen hat, versucht der Verein ehrenamtlich das Kino als kulturellen und sozialen Ort neu zu etablieren. Gute Ideen gibt es. Das Publikum kann aus einem Angebot gewünschte Filme selber heraussuchen: Entweder online unter www.kikubi.de/ oder im Kino selber schriftlich können Kinoliebhaber mitbestimmen, welche Filme demnächst laufen. Vorraussetzung: Mindestens ein Drittel des Kinosaals muss gefüllt sein. Aus dem Kinobesuch werde auf diese Weise eine Art Happening in sehr persönlicher Atmosphäre: Mitmachkino! Mal werde zum Film eine Weinprobe aus der Region geboten, mal verteilen die Initiatoren Kekse nach dem Rezept der heiligen Hildegard von Bingen. Kaum zu glauben, dass in die Freizeitplanung ein umständlicher basisdemokratischer Abstimmprozess einzieht: „Das Projekt funktioniert“, sagt Susanne Heinze vom „Kikubi“. Beim „Film-Voting“ des Publikums stehen „Nachtzug aus Lissabon“ und „Hannah Arendt“ ganz oben. Ihm zu unterstellen, nur Populärfilme anschauen zu wollen, wäre falsch. „Im Vordergrund steht, dass es Spaß macht“, so Heinze. Ein im gewerkschaftlichen Sinn zukunftsweisendes Projekt ist dies hingegen nicht. Um die Kinokultur in Bingen vor dem Untergang zu retten, arbeiten alle ehrenamtlich. Filmvorführen, Pressearbeit, Werben um Kundschaft: alles in der Freizeit! Eine Kassiererin muss heftig gesucht werden!

Gitta Düperthal ■

Übersicht: Mitglieder im Bundesverband kommunale Filmarbeit

- 85 kommunale, studentische und freie nichtgewerbliche Kinos mit insgesamt 95 Sälen und über 12000 Sitzplätzen zwischen Aachen & Cottbus und Eckernförde & Lörrach
- 17 kommunale Kinos, die ihr Programm als Gast in anderen Kinos oder Kultureinrichtungen zeigen
- 3 mobile Kinos
- 9 Filmfestivals
- 11 in der kommunalen bzw. regionalen Filmarbeit tätige Institutionen
- 6 kommunale Kinos und Filminstitutionen im europäischen Ausland
- und weitere persönliche Förder- und Ehrenmitglieder

www.kommunale-kinos.de

Vergütungsregeln: Zeitung zu Honorarnachzahlungen verurteilt

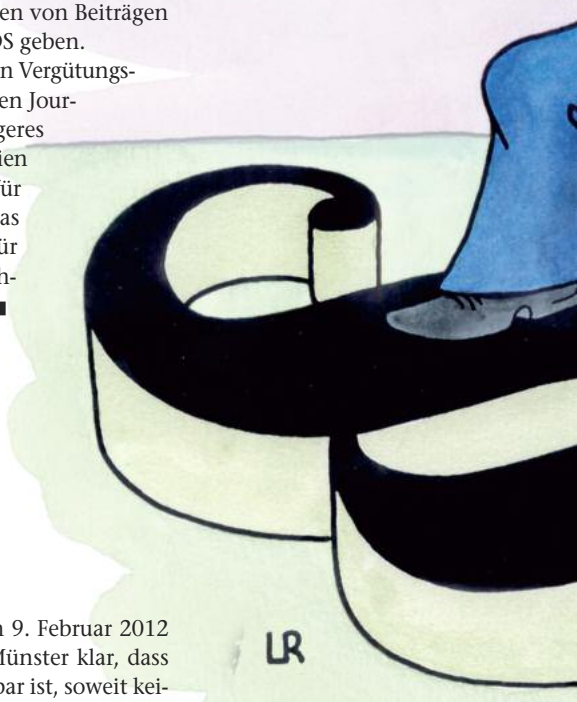
Erstmals hat ein Landgericht die Vergütungsregeln an Tageszeitungen als Grundlage für angemessene Honorare genommen und den Verlag des Bonner General-Anzeigers zu beträchtlichen Nachzahlungen an zwei freie Journalisten verurteilt.

Das Landgericht Köln sprach einem Freien eine Honorarnachzahlung von knapp 10.600 Euro plus Zinsen für über 400 Zeitungsbeiträge von März 2009 bis Januar 2011 zu , für die er nur 25 Cent pro Zeile erhalten hatte (Az.: 28 O 695/11), meldete der DJV NRW, der die Klage beider Journalisten unterstützt hatte. Im anderen Fall wurde der Verlag zur Zahlung von gut 38.400 Euro plus Zinsen an einen Freien verurteilt, der in den Jahren 2008 und 2009 für seine Texte ein Zeilenhonorar von 21 Cent und für seine Fotos 20,45 Euro pro Bild bekommen hatte (Az.: 28 O 1129/11). Das sei „unangemessen niedrig", urteilte das Gericht und hielt mehr als das Doppelte für angemessen, nämlich 56 Cent pro Zeile und 48 Euro pro Bild. Die Kölner Urteile vom 17. Juli 2013 sind allerdings noch nicht rechtskräftig.

Bemerkenswert an den Gerichtsentscheidungen ist noch weiteres: So werden die Vergütungsregeln als gerichtliche Messlatte für angemessene Honorare zugrunde gelegt für Zeiten, in denen sie noch nicht vereinbart waren. Die Vergütungsregeln für Tageszeitungen sind am 1. Februar 2010 in Kraft getreten, die für Fotohonorare am 1. Mai 2013. Für Bildhonorare zieht das Gericht allerdings auch den 12a-Tarifvertrag und die MFM-Empfehlungen heran.

Hätten beide Journalisten dieselbe Rechteübertragung wie in den Vergütungsregeln vereinbart, hätten sie sogar noch mehr Geld vom Gericht zugesprochen bekommen. Da nichts vereinbart war, gab es Abschläge. Es muss auch Fahrtkostenerstattung in Höhe von 30 Cent pro Kilometer nachgezahlt werden und der Verlag muss Auskunft über Nutzungen von Beiträgen durch die Beitragsdatenbank GENIOS geben.

Trotz der verbindlich vereinbarten Vergütungsregeln zahlen viele Verlage ihren freien Journalisten weiterhin ein viel geringeres Honorar. Auch hier wehrten die Freien sich erst, nachdem sie nicht mehr für den *General-Anzeiger* tätig waren. Das „Gerichtsurteil birgt Sprengkraft für Redaktions-Etats", titelte das Nachrichtenportal *newsroom*. **lü** ■



Informationsfreiheitsgesetz: WDR musste Auskunft geben

Durch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ist der WDR jetzt höchstgerichtlich dazu verpflichtet worden, eine Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz zu beantworten. Auf Grundlage des nordrhein-westfälischen IFG muss die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt jedermann Auskünfte erteilen, sofern diese keine Rückschlüsse auf das Redaktionsgeheimnis und den Programmauftrag zulassen.

Bis er die begehrten Informationen vom Westdeutschen Rundfunk Mitte Juli 2013 tatsächlich erhielt, musste der freie Journalist Marvin Oppong viele Jahre warten – und vor Gericht kämpfen. 2006 hatte er dem WDR eine Liste mit 47 Unternehmen geschickt und angefragt, mit welchen dieser Firmen der Sender Geschäfte gemacht habe. Damit wollte er herausfinden, ob der WDR Unternehmen beauftragte, für die Mitglieder seines Rundfunkrats tätig sind.

Der WDR hatte diese Auskünfte verweigert und sich auf die Rundfunkfreiheit berufen. Deshalb gelte für ihn das Informationsfreiheitsgesetz nicht. Der WDR-Argumentation folgte das Verwaltungsgericht Köln in seinem Urteil vom November 2009 und wies Oppongs Auskunftsklage ab.

Doch im Berufungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bekam der Bonner Journalist Recht. Mit Urteil vom 9. Februar 2012 (Az.: 5 A 166/10) stellte das OVG Münster klar, dass das IFG NRW auf den WDR anwendbar ist, soweit keine journalistisch-redaktionellen Informationen betroffen sind, und verpflichteten den Sender, über das Auskunftsersuchen neu zu entscheiden (M 2/2012). Eine Revision ließ das Gericht nicht zu.

Auskunft gab der WDR immer noch nicht, sondern legte eine Nichtzulassungsbeschwerde ein. Die wurde vom Bundesverwaltungsgericht, das die Entscheidung der Vorinstanz inhaltlich untermauerte, am 27. Mai 2013 (Az.: BVerwG 7 B 30.12) zurückgewiesen. Damit ist nicht nur das Urteil des OVG rechtskräftig, sondern auch klargestellt, dass jedermann Auskünfte von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einfordern kann, soweit keine journalistisch-redaktionellen Informationen betroffen sind – und natürlich sofern es in den betreffenden Bundesländern Informationsfreiheitsgesetze gibt. **Rüdiger Lühr** ■

Disclaimer:
Der Autor ist selbst Betroffener – und kann seine Zufriedenheit über den Gerichtsentscheid nicht verhehlen. Auch ihm gegenüber wurden 2006 vom WDR und anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Auskünfte nach dem IFG verweigert.

Karikatur: Reinhold Löffler

EuGH bestätigt Geräteabgaben für Drucker und PC

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass für die Vervielfältigung urheberrechtlich geschützter Werke durch Drucker und PCs eine Gerätevergütung zu entrichten ist.

Das Klageverfahren gegen mehrere Hersteller, Händler und Importeure von Druckern und PCs war bereits 2002 von der VG Wort eingeleitet worden, ging bis vor den Bundesgerichtshof und nach dessen Urteil vor das Bundesverfassungsgericht, das der Verfassungsbeschwerde der Verwertungsgesellschaft Recht gab. Erneut vor dem BGH hat dieser im Jahre 2011 dem EuGH mehrere Fragen zur Klärung der urheberrechtlichen Vergütungspflicht vorgelegt.

In seinem Urteil vom 27. Juni 2013 (Rechtssache: C-457/11 bis C-460/11) hat der EuGH die Rechtsauffassung der VG Wort in wichtigen Punkten bestätigt: Die in der EU-Urheberrechtsrichtlinie vorgesehene Ausnahme für „Vervielfältigungen mittels beliebiger fotomechanischer Verfahren oder anderer Verfahren mit ähnlicher Wirkung“ umfasse auch Vervielfältigungen mittels eines Druckers oder PCs, soweit diese Geräte miteinander verbunden sind. Führe der dadurch ermöglichte Vervielfältigungsvorgang im Ergebnis zu einer Vervielfältigung auf Papier oder einem ähnlichen Träger, müssten die Urheber dafür in jedem Falle einen gerechten Ausgleich erhalten. Dabei komme es nicht darauf an, ob der Rechteinhaber der Vervielfältigung zugestimmt habe oder nicht. Es genüge eine gesetzliche Erlaubnis, wie dies in Deutschland für Privatkopien der Fall ist (§ 53 UrhG). Siehe VG Wort-Bericht Seite 28. lü ■

Mehr Informationen sind zu finden unter

www.urheber.info/aktuelles/2013-06-27_eugh-bestaetigt-geraeteabgaben-fuer-drucker-und-pc

Sondierungsgespräche mit Gruner + Jahr über neue AGB

Bei einem Treffen mit Vertretern von Gruner + Jahr haben die dju in ver.di und der DJV mögliche Änderungen der neuen Rahmenvereinbarungen des Verlags für freie Journalistinnen und Journalisten sondiert. Seit Mitte Juni verschickt G+J an Freie neue Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), die innerhalb so genannter Markenfamilien gelten sollen. Die beiden Journalistengewerkschaften halten diese AGB für juristisch fragwürdig. Deswegen hatten sie ihre Mitglieder aufgerufen, Widerspruch dagegen einzulegen. Auf einer von den Gewerkschaften gemeinsam betriebenen Homepage können Freie unter Wahrung der Anonymität gegen diese AGB protestieren. Innerhalb weniger Tage machten davon bereits über 100 Freie Gebrauch.

In dem Gespräch wurde über alle Aspekte der AGB diskutiert, zum Beispiel über den Begriff der „Markenfamilie“, die vorgesehenen Vergütungsregeln, den langen Exklusivitätszeitraums für G+J oder wer künftig die Tantiemen der VG Wort und Bild-Kunst erhält. Die Vertreter von G+J signalisierten, über einige der Klauseln noch einmal nachdenken zu wollen. Im Bezug auf die Vergütungsstruktur gaben sich die Verlagsvertreter hingegen eher unnachgiebig. Vereinbart wurde, allen G+J-Freien in Hamburg eine Veranstaltung anzubieten, bei der die einzelnen Klauseln nochmals zur Diskussion gestellt werden sollen. G+J hat damit noch kein Einlenken signalisiert, wohl aber, dass der Verlag bereit ist, sich den Argumenten der Freien nicht zu verschließen. Zu der geplanten Veranstaltung im September laden DJV und ver.di ein, die Vertreter von G+J haben zugesagt. Die Einladung zur Veranstaltung erfolgt rechtzeitig. CH ■

Zur Webseite für die Proteste

Von DJV und dju in ver.di gemeinsam bereitgestellt:
www.faire-zeitungshonorare.de/guj-agb/

Sachsensumpf-Affäre: Journalisten rechtsgültig freigesprochen

Die beiden freien Journalisten Thomas Datt und Arndt Ginzel wurden am 11. Juli endgültig von den Vorwürfen Verleumdung und üble Nachrede freigesprochen. Sie hatten im *Spiegel* und in der *Zeit* über Verflechtungen von Politikern und Justizangehörigen mit dem Rotlichtmilieu in der sogenannten Sachsensumpf-Affäre berichtet. Das Landgericht Dresden hatte die Journalisten im August 2010 zu Geldstrafen von je 2500 Euro verurteilt. Gegen dieses Urteil waren die beiden in Berufung gegangen und hatten recht bekommen: Im Dezember 2012 hob das Landgericht Dresden das Urteil der ersten Instanz auf. Dagegen ging die Staatsanwaltschaft Dresden zunächst in Revision, die sie letztendlich zurückzog. Der Rechtsexperte Klaus Bartl von der Linksfraktion des Landtages kommentierte, die Staatsanwaltschaft sei offenbar selbst „zur späten Einsicht gelangt, dass ihr überhartes Vorgehen gegen publizistische Aufklärungsbemühungen rund um den Sachsensumpf` dem Rechtsstaat einen Bärendienst erwiesen hat“. Bei Reporter ohne Grenzen zeigte man sich erleichtert: „Der Freispruch ist ein ermutigendes Signal an alle Journalisten, die Missstände aufdecken. Sie dürfen nicht durch Strafverfahren eingeschüchtert werden“, sagte ROG-Vorstandssprecher Michael Rediske. (M berichtete mehrfach: 8–9/2010; 8/2012) ■

Doppelmoral

In Ländern, die dem Whistleblower Edward Snowden Schutz anbieten, steht es um die Pressefreiheit eher schlecht

Seine Enthüllungen über die Ausspähaktionen der britischen und amerikanischen Geheimdienste haben für Empörung und heftige Diskussionen gesorgt. Für Demokraten gäbe es also allen Grund, dem früheren US-Geheimdienstmitarbeiter Zuflucht anzubieten. Doch weit gefehlt: Mit Schutz kann Edward Snowden wohl nur in einigen wenigen Ländern rechnen. Und die haben eine mehr als durchwachsene Bilanz in Sachen Presse- und Informationsfreiheit.

Für die USA ist der Fall völlig klar. Edward Snowden hat Geheimnisverrat begangen. Und dafür soll er bestraft werden – genauso wie Wikileaks-Informant Bradley Manning, der Ende Juli verurteilt wurde. Oder wie Wikileaks-Chef Julian Assange, dem man den Prozess machen möchte, der aber in London in die Botschaft von Ecuador geflüchtet ist. Konsequent setzen die USA Länder unter Druck, die unter Umständen bereit sein könnten, Assange oder auch Snowden Schutz vor Verfolgung zu gewähren. Die USA, die in ihren Außenbeziehungen sonst die Meinungs- und Pressefreiheit als unantastbar bezeichnen, höhlen genau diese Werte aus. Das Urteil gegen Manning löste deutliche Kritik aus: Amnesty International und Reporter ohne Grenzen (ROG) sprachen beispielsweise von einem gezielten Vorgehen der USA gegen den investigativen Journalismus.

Die Informationen, die Edward Snowden über Ausspähprogramme wie Prism in den USA und Tempora in Großbritannien lieferte, stießen in Europa auf ein riesiges Interesse. Millionenfaches Ausspähen von Telefonaten und E-Mails, das Abhören von Büros der EU: Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Parlamentspräsident Martin Schulz forderten umgehend Aufklärung. Doch getreu nach dem Motto: „Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter“ wurden die persönlichen Hilfeschreie des Informanten Edward Snowden nicht beachtet oder abschlägig beschieden. Asyl oder Schutz für den von den USA Gejagten – aber doch nicht bei uns, hieß es übereinstimmend aus Berlin, Brüssel oder Rom. Menschenrechtler kritisieren das: „Schließlich hat Snowden eine ganz wichtige Debatte für die Pressefreiheit angestoßen“, meint etwa Christian Mihr, Geschäftsführer der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen.

Asyl in Russland. Snowden war im Juni zunächst nach Hongkong geflüchtet, flog dann weiter nach Moskau. Dort saß er wochenlang im Transitbereich eines Flughafens fest und suchte ein Land, das ihm Schutz gewährt. Kein einfaches Unterfangen, denn alle mit den USA befreundeten Länder, darunter die kompletten EU-Staaten winkten schnell ab. Positive Signale kamen aus Venezuela, Nicaragua und Bolivien. Auch Russlands Präsident Vladimir Putin bot Snowden vorläufiges politisches Asyl an, das er am 1. August erhielt, so dass er zunächst ein Jahr in Russland bleiben kann. „Auch weil Europa sich weigert, gerät Snowden an die falschen Freunde“, beklagt Mihr. „Staaten wie Russland oder Venezuela geht es nicht um die globale Pressefreiheit – ansonsten könnten sie erst einmal ihre eigenen Defizite in dem Bereich angehen. Solange sie das nicht tun, bleibt am Engagement für Snowden ein schaler Beigeschmack hängen.“

Der Whistleblower hat sich dafür entschieden, vorläufig in Russland zu bleiben. In einem Land, das seine Kritiker nicht nur überwacht, sondern systematisch Repressalien gegen Oppositionelle ausübt. Langjährige Haftstrafen gegen Kreml-Kritiker wie Alexei Nawalny oder Michail Chodorkowski wurden mit Hilfe fadenscheiniger Anklagen verhängt. Unliebsame Medien werden an den Rand gedrängt. Morde an Journalisten, wie der an Anna Politkowskaja aus dem Jahr 2006, sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt. Die Kontrolle des Internets wurde in den vergangenen Monaten erheblich verschärft. Foren und Blogs können ohne Gerichtsbeschluss gesperrt werden. Auch Enthüllungsberichte stellt ein neues Gesetz unter bestimmten Bedingungen unter Strafe. Spätestens hier müsste Snowden Bauchschmerzen über sein Gastland bekommen. Was wäre eigentlich, wenn er in Russland Ausspähaktionen des russischen Geheimdienstes bekannt machte? „Whistleblower werden in Russland nicht akzeptiert“, sagt Mihr: „Das sieht man drastisch am Fall des Rechtsanwalts Sergej Magnitskij, der vier

Foto: Wolfgang Kumm / dpa

27. Juli: Bundesweite Protestaktion gegen die Abhörmaßnahmen durch den US-Geheimdienst NSA

Rangliste der Pressefreiheit

Jedes Jahr veröffentlicht ROG eine Rangliste der Pressefreiheit. Die betroffenen Länder findet man in der aktuellen Liste von 2013 auf diesen Plätzen:

USA	32
Nicaragua	78
Bolivien	109
Venezuela	117
Russland	148

Die in der Liste führenden (also die Pressefreiheit vorbildlich hochhaltenden) Länder Finnland, Niederlande und Norwegen haben Snowden keine Zuflucht angeboten.
Die drei Staaten – haben – wie übrigens auch Deutschland – formal erklärt, ein Asylantrag könne nur im Land selbst oder an der Grenze gestellt werden.

Jahre nach seinem Tod in der Untersuchungshaft posthum verurteilt wurde.“ Magnitskij hatte Fälle von Steuerbetrug und Korruption aufgedeckt.

In Venezuela, Bolivien und Nicaragua – diese Staaten haben Snowden Asyl angeboten – bekommt man ebenfalls Probleme, wenn man unliebsame Informationen an die Öffentlichkeit bringt. Christian Mihr: „In Lateinamerika ist Whistleblowing wichtig im Kampf gegen Korruption. Doch in vielen Ländern kennen wir Fälle, in denen Informanten beschuldigt werden, die nationale Sache zu verraten“. Snowdens potenzielle Gaststaaten gefallen sich in der Rolle als Gegenspieler der USA, und da mimen sie gern mal den Verteidiger der internationalen Pressefreiheit.

Bedroht und diffamiert. Im Alltag sind sie es leider nicht, genauso wenig wie Ecuador und Kuba, die ebenfalls als mögliche Ziele Snowdens im Gespräch sind. „Vor allem in Venezuela könnten einheimische Journalisten Schutz gut gebrauchen“, betont Christian Mihr. „Viele von ihnen sind wegen ihrer Arbeit großen Gefahren ausgesetzt“. Die staatlichen und die privaten Medien stehen sich unversöhnlich gegenüber. „Besonders in Phasen politischer Spannung werden Journalisten und Blogger immer wieder bedroht oder diffamiert, weil man ihre Medien dem einen oder anderen politischen Lager zuordnet. So klagten im Wahlkampf Anfang des Jahres Journalisten oppositioneller wie staatlicher Medien über Hass- und Beleidigungskampagnen in sozialen Netzwerken“, konstatiert Mihr. Gewaltsame Angriffe auf Journalisten musste die Organisation vor der Wahl fast wöchentlich dokumentieren. Regierungskritische Medien geraten häufiger ins Visier der Strafverfolger als staatliche Medien, obwohl beide Seiten verbal kräftig austeilen. Den privaten Medien wird zudem laut ROG in jüngster Zeit zunehmend der Zugang zu offiziellen Informationen verwehrt – bis hin zu einem Ausschluss von Pressekonferenzen.

In Bolivien und Nicaragua ist die Situation durchaus ähnlich, wenn auch nicht ganz so ausgeprägt. „Die Länder sind kleiner und stehen deshalb nicht so im Focus“, betont Mihr. Doch auch dort bekämpfen sich regierungsnahe und regierungskritische Medien – bis hin zu Drohungen und Anschlägen auf Redaktionen. In der Beurteilung von ROG schneiden Bolivien etwas und Nicaragua wesentlich besser ab als Venezuela (s. Kasten). In Bolivien beklagt ROG vor allem, dass ein Gesetz, das Ureinwohner vor Rassismus schützen soll, dafür missbraucht wird, gegen unliebsame Medien vorzugehen. Aus Nicaragua dokumentiert die Organisation immer wieder Fälle, in denen mit dem Strafgesetz gegen Journalisten vorgegangen wird. Ob Edward Snowden sich in einem dieser Staaten wohlfühlen würde? Alternativen sind nach derzeitigem Stand allerdings kaum vorhanden – dank der Doppelmoral, die die Protagonisten in fast allen betroffenen Ländern an den Tag legen. **Harald Gesterkamp** ■

Kubas kleine IT-Revolution

Private Internetanschlüsse werden offiziell möglich

Foto: Alejandro Ernesto / EPA / dpa

Kubanisches Internetcafe in Havanna

Internet in Kuba – dieses Thema sorgt seit Jahren für Debatten innerhalb und außerhalb des Inselstaates. Denn seit Kuba 1996 mit dem weltweiten Netz verbunden worden ist, steht die Reglementierung des Zugangs in der Kritik. Die sozialistische Regierung verwies immer wieder auf die Folgen der US-Blockade: Sie habe Kuba zur Nutzung teurer Satellitenverbindungen gezwungen und damit einen Ausbau weitgehend verhindert. Nun aber soll alles anders werden.

Ende Juni kündigte die halbstaatliche Telefongesellschaft Etecsa an, Ende 2014 erstmals Heimanschlüsse einzurichten. „Wir werden versuchen, einen ADSL-Standard zu gewährleisten, obwohl das Telefonnetz dafür nicht ausgelegt ist“, sagte Jorge Lera, der Etecsa-Verantwortliche für den Netzausbau. Internet-Privatanschlüsse im sozialistischen Kuba, das ist so etwas wie eine digitale Revolution. Bislang war dieser Luxus nur Ausländern mit Aufenthaltsgenehmigung vorbehalten.

Seit Anfang Juni haben landesweit bereits 118 staatliche Internetcafés geöffnet. Es soll der erste Schritt zu einem landesweiten Netz öffentlicher Zugänge sein, wie das Kommunikationsministerium und Etecsa meldeten. Die Tageszeitung *Juventud Rebelde* widmete dem Thema Ende Mai mehrere Seiten und druckte die gesamte Liste der neuen Zugangsorte. Offenbar wurde Wert darauf gelegt, auch entlegene Gegenden des Landes einzubinden. Bisher konzentriert sich die Telekommunikationsinfrastruktur auf die urbanen Zentren.

Unerschwinglich. Das Haupthindernis beim Zugriff auf das Internet war bislang aber der Preis. In den neuen Internetcafés wird er unter dem bisherigen Niveau liegen. Dennoch ist er für viele Kubaner nach wie vor unerschwinglich. 4,50 Konvertible Peso (CUC, an den US-Dollar gekoppelt) kosten eine Stunde Zugang zum weltweiten Netz, zum kubanischen Intranet und ein eigenes E-Mail-Konto. Wer sich mit Intranet und E-Mail zufrieden gibt, zahlt 1,50 CUC pro Stunde. Der reine E-Mail-Service kostet stündlich 60 Cent. Nicht wenigen Nutzern kommen bei solchen Preisen Zweifel. „Wer wird das bezahlen können?“, fragt Mónica. Die Übersetzerin aus Havanna vermutet, dass weiterhin illegale Zugänge genutzt werden. Die inoffiziellen Dial-up-Verbindungen werden schon seit Jahren für 1,50 bis zwei CUC pro Stunde feilgeboten.

Der nun laufende Ausbau ist erst durch ein Glasfiberkabel möglich geworden, das Anfang 2011 aus Venezuela auf die Insel verlegt wurde. Der Ausbau des veralteten Leitungsnetzes in Kuba wird aber noch Jahre in Anspruch nehmen, wenn nicht Jahrzehnte. Etecsa hat angekündigt, die Einnahmen weitestgehend für den Ausbau des Netzes zu nutzen.

Harald Neuber ■

Heuchelei auf höchster Ebene

Griechenland: Widerstand gegen Schließung des öffentlich-rechtlichen Senders ERT hält an – Vollprogramm läuft übers Internet

Sparen, sparen, sparen, lautet die seit mehr als drei Jahren gebetsmühlenartig wiederholte Forderung der ausländischen Gläubigertroika an das krisengeschüttelte Griechenland. Insbesondere der von IWF, EU und EZB ausgemachte „teure aufgeblasene Staatsapparat" müsse kräftig geschrumpft werden. Andernfalls drohen die Gläubiger, dem durch exorbitant hohe Zinsen vom „normalen" Finanzmarkt abgeschnittenen, hoch verschuldeten Staat den Geldhahn zuzudrehen. Man könnte meinen, die griechische Regierung sei diesen Anforderungen mit der Schließung der öffentlich-rechtlichen Medienanstalt ERT am 11. Juni dieses Jahres ein gutes Stück näher gekommen. Die Fakten sprechen dagegen.

Ohne das Parlament zu konsultieren, hatte der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras an jenem Tag etwa 2.700 bei der ERT beschäftigte Journalisten, Techniker und Verwaltungsangestellte um ihre Arbeit und damit auch um Lohn und Brot gebracht. Sie alle gehören seitdem zum im Zuge der seit 2010 angewandten Austeritätspolitik auf über eine Million Menschen angewachsenen Heer der Arbeitslosen unter den etwa 5 Millionen Erwerbsfähigen.

In Wirklichkeit jedoch spart der Staat keinen Cent an der brutalen Entlassung der 2.700 ERTianer. „Die ERT finanzierte sich ausschließlich über die Rundfunkgebühren", erläutert Vangelis Z., bis zur Schließung Kontrabassist im rundfunkeigenen Symphonieorchester. Mit den im europäischen Vergleich recht niedrigen Rundfunkgebühren von 4 Euro pro Monat und Haushalt, Werbeeinnahmen und sonstigen Einnahmen z.B. aus dem Sponsoring kamen jährlich insgesamt etwa 300 Millionen Euro zusammen. „75 Millionen davon wurden sogar noch an den Staat für die Förderung erneuerbarer Energien abgeführt", erklärt Vangelis im Gespräch mit M. Vom „Rest" konnten laufende Kosten, Gehälter und alles, was sonst noch so zu bezahlen war, gedeckt werden. Inklusive der Steuern, die die ERT als privatwirtschaftlich organisierte, zu 100 Prozent dem Staat gehörende Aktiengesellschaft an die öffentliche Hand abzuführen hatte. Nach einigen defizitären Jahren hatte die ERT dabei seit drei Jahren einen Überschuss erwirtschaftet. 2012 betrug dieser 15 Millionen Euro.

Die ERT förderte darüber hinaus nicht nur eine Reihe sozialer Einrichtungen, wie beispielsweise das griechische Pendant zum deutschen „Essen auf Rädern", informiert Panagiotis Kalfayannis, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes POSPERT. Die POSPERT vertritt die Belange aller ehemaligen ERT Angestellten außer den in der speziellen Journalistengewerkschaft ESIEA organisierten Reportern. „Die ERT stellte darüber hinaus auch ihr Bild- und Tonmaterial aller wichtigen Ereignisse kostenfrei den privaten Sendern zur Verfügung." Im laufenden Haushalt sei außer den Steuerzahlungen eine zusätzliche Überweisung von 40 Millionen Euro aus den Mitteln der ERT in die klamme Staatskasse vorgesehen gewesen, fügt Kalfagiannis hinzu. Mit der Schließung bringt sich der griechische Staat also selbst um eine von ihm so dringend benötigte Einnahmequelle.

Doch damit nicht genug. Nach Berechnungen der POSPERT kostet die Schließung die Staatskasse rund 300 Millionen Euro. Sie müssen für die Abfindungen der 2.700 Entlassenen und vor allem für Vertragsstrafen aufgebracht werden. Denn die ERT hatte zahlreiche Verträge, beispielsweise für die Übertragungsrechte an internationalen Fußballspielen abgeschlossen.

Kein Blatt mehr vor den Mund. Die ERT wurde geschlossen, „weil sie die einzige Rundfunk- und Fernsehanstalt ist, in der auch eine andere als die herrschende Meinung zu Wort kommen konnte", erklärt Vangelis Z. stellvertretend für die meisten der ERTianer. Für den geschassten Kontrabassisten ist das Argument von Regierungssprecher Simos Kedikoglou, bei der ERT handele es sich um einen „Sündenpfuhl" der Vetternwirtschaft, nichts als Heuchelei. „Wer hat denn all die hochbezahlten Berater und Geschäftsleitungsmitglieder eingestellt, wenn nicht die Regierung selbst?", fragt auch Kalfagiannis rethorisch. Gegen diese auch vom Ministerpräsidenten geäußerten Anschuldigungen hatten sich die ERTianer bereits Mitte Juni in einem Brief an Samaras gewehrt (siehe http://dju.verdi.de/aktuell/aktuell-aus-athen). Doch bei der ERT hätten auch über die Beziehungsschiene eingestellte Reporter und Moderatoren insbesondere in den letzten Jahren des Öfteren kein Blatt mehr vor den Mund genommen. „Das ging nur bei der ERT, die privaten Medien stehen alle so tief in der Kreide, dass sie es sich nicht leisten können, es sich mit der Regierung, den Banken oder anderen starken Interessensverbänden zu verderben", meint Vangelis Z.

Dieses Abwürgen der einzigen relativ unabhängigen Stimme in einer ansonsten von Kapitalinteressen dominierten Medienlandschaft war es, der einen auch für das streikerprobte Griechenland ungewöhnlich heftigen Widerstand ausgelöst hatte. Noch am Tag der verkündeten Schließung versammelten sich Tausende auf dem Gelände der ERT, bei dem wenige Tage später aus dem selben Anlass ausgerufenen Generalstreik forderten viele zehntausende Demonstranten die sofortige Wiederaufnahme des Sendebetriebs der ERT. In den Tagen darauf trafen sich allabendlich hunderte

Proteste in Athen: Kollegen aus privaten Sendern und von Tagezeitungen streikten mit

bis tausende Menschen auf dem Betriebsgelände, gleichzeitig streikten die Kollegen bei den privaten Rundfunk- und Fernsehsendern und den Tageszeitungen. Unterstützung gab es auch aus dem Ausland, beispielsweise von der European Brodcasting Union, EBU und natürlich von ver.di (http://dju.verdi.de/aktuell/protest-gegen-die-schliessung-des-oeffentlich-rechtlichen-rundfunks-in-griechenland).

Inzwischen ist die Zahl der täglich beim Sender vorbeischauenden Solidarischen drastisch gesunken, was allerdings auch mit der Urlaubszeit im August zusammenhängt. Der substantiellste Widerstand aber wird nach wie vor von den „zuhausegebliebenen" ERTianern selbst geleistet. Denn trotz der Pläne der Regierung, die ERT ein für alle Mal zum Schweigen zu bringen, ist der Sender lebendiger denn je. Anstatt nach der Abschaltung der Frequenzen mit gesenktem Kopf nach Hause zu gehen, hatten die geschassten Angestellten in Athen, Thessaloniki und andernorts kurzerhand die Sendezentralen besetzt. Auch die Abschaltung der Frequenzen und sogar die Sperrung des Internetzugangs konnte die Fortsetzung des Programms nicht verhindern. Seit etwa zwei Monaten ist das von den widerständigen ERTianern rund um die Uhr produzierte vollwertige Informations- und Unterhaltungsprogramm vielmehr über Internet zu empfangen. Weltweit und ohne Werbepausen. In Teilen der Hauptstadt kann ERT neuerdings auch als analoger Sender empfangen werden, dank mobiler Sendestation. Ein Versuch von ERT-Mitarbeitern Ende Juli, die blockierten digitalen Sendestationen in Athen wieder freizuschalten, wurde von der Polizei vereitelt. Neun ERTianer wurden vorläufig festgenommen, wenig später wieder freigelassen. Sie müssen sich jedoch am 10. Januar 2014 vor Gericht wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefährdung der Luftraumsicherheit und Sachbeschädigung verantworten.

Fotos: Eva Völpel

Die Nacht nach der Schließung von ERT – Beginn der Besetzung des Senders

Propagandainstrument. Auf Regierungsseite wird unterdessen am Aufbau einer neuen Medienanstalt gearbeitet, die nach Einschätzung von Kritikern den Namen „öffentlich-rechtlich" keinesfalls verdient. Die geplante Nachfolgeanstalt NERIT sei klar als ein Propagandainstrument der Regierung angelegt, meint beispielsweise Anneta K., die mehr als 15 Jahre journalistisch für die ERT gearbeitet hatte. Ihr letzter Zeitvertrag lief im Februar aus und wurde wie die Verträge von hunderten von Kolleginnen und Kollegen nicht mehr verlängert. So sehen die mit den Stimmen der Regierungsparteien am 19. Juli im Parlament verabschiedeten Bestimmungen für die NERIT vor, dass die Geschäftsleitung von einem regierungskontrollierten Gremium bestimmt wird. „So wie die bei der Schließung der ERT vorgegangen sind, mit einem Rechtsbruch nach dem anderen, wird es auch beim Aufbau der NERIT weitergehen", meint Annetta, die sich „gewiss nicht" um eine Stelle bei der neuen Medienanstalt bewerben wird.

Mit der Hoffnung auf einen Job bei NERIT oder auch bei der als Übergangslösung bereits sendenden EDT versucht der eigens für den Aufbau des Staatssenders eingesetzte Minister Pandelis Kapsis den Widerstand zu spalten. Die über Wochen nur „Konserven", also Filme aus Archivbeständen sendende EDT war notwendig geworden, weil das Oberste Verwaltungsgericht Griechenlands die Regierung zur sofortigen Wiederaufnahme eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders verpflichtet hatte. Von den ursprünglich von Kapsis versprochenen Jobs für 2.000 ERTianer sind allerdings nur 589 übrig geblieben, die darüber hinaus auch nicht auf die ehemaligen Angestellten der ERT begrenzt ausgeschrieben wurden. „Musiker sind nicht vorgesehen, aber mit den Spezifizierungen fallen beispielsweise auch die meisten erfahrenen Techniker der ERT aus dem Rennen", erläutert Kontrabassist Vangelis bitter. Denn in ihren Stellenbeschreibungen wird der Abschluss einer staatlichen technischen Ausbildung gefordert, die es noch nicht gab, als die meisten von ihnen bei der ERT anfingen.

Diese Mogelpackung ist denn auch der Grund, warum die POSPERT trotz des „Abbröckelns" des Widerstands in den eigenen Reihen ihre Forderung nach Wiedereinstellung aller Entlassenen nicht aufgegeben hat. Natürlich hätten viele aus dem Haus bereits Anträge auf einen Job gestellt und nähmen deswegen nicht mehr am Widerstand teil, gibt der Vorsitzende der POSPERT offen zu. „Aber nur ein Bruchteil von ihnen wird eine Stelle erhalten", fügt Panagiotis Kalfagiannis hinzu. Die anderen würden hoffentlich wieder zurückkehren, auch wenn die Aufrechterhaltung des Kampfes mit für Arbeitslose oft untragbaren Kosten verbunden sei. „Täglich zur Sendeanstalt kommen, bedeutet Fahrtkosten und Zeit, die viele, die ihr Leben nun ohne geregeltes Einkommen organisieren müssen, nicht haben", widerspricht der Gewerkschafter der landläufigen Meinung von den Potenzialen aus dem Arbeitsleben Geworfener. Der POSPERT-Vorsitzende gehört zu den nicht gerade Wenigen bei der ERT, deren Familien auf einen Schlag beide Versorger verloren haben, denn auch seine Frau war in der Medienanstalt beschäftigt. Und auch die von Minister Kapsis so medienwirksam angekündigte Auszahlung der gesetzlichen Abfindung für die Geschassten ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. „Für die meisten von uns liegt selbst die verhängte gesetzliche Obergrenze von 15.000 Euro weit über dem, was wir erhalten", erläutert Vangelis Z.. Er war wie viele ERTianer lange Jahre mit befristeten Verträgen beschäftigt worden. Für die Abfindungen gelten jedoch nur die Jahre der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse. Was für Vangelis auf eine Abfindung von 2 Monatsgehältern hinausläuft.

Heike Schrader, Athen ■

PRESSEFÖRDERUNG in anderen Ländern

Oft nur Sonntagsreden

Österreich vor Reform der Presseförderung – Einsparungen erwartet

In einer „Todesspirale" werde „die Spirale von steigenden Kosten und sinkenden Einnahmen" für manche Medien enden. Dieses schaurige Bild malte Thomas Kralinger, Präsident des Österreichischen Zeitungsverbands vergangenen November anlässlich einer Enquete im Parlament an die Wand. Er forderte die Erhöhung der Presseförderung auf 50 Millionen Euro. Applaus erntete er sogar von den Fraktionschefs der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, die Reformbedarf einräumten. Karlheinz Kopf von der ÖVP stellte eine Verdopplung oder Verdreifachung der Summe von zuletzt 10,8 Millionen Euro in Aussicht. Mit der Konsequenz, dass bei der jüngsten Budgeterstellung stattdessen neuerlich gekürzt wurde.

Die Bedeutung unabhängiger Medien für die Demokratie wird von Politikern gerne in Sonntagsreden bekräftigt. Doch wenn es ums Geld geht, wird gerade dort gespart. Noch vor 20 Jahren wurden Österreichs Printmedien mit umgerechnet 21,6 Millionen Euro gefördert. Seither haben einige namhafte Blätter aufgegeben. Eric Frey, Chef vom Dienst der Wiener Tageszeitung *Der Standard*, rechnet mit einer weiteren „Konsolidierung" der Tagespresse in der Bundeshauptstadt. Für acht Zeitungen sei der Markt zu klein. Das Kriterium fürs Überleben sieht er in der Qualität.

Qualität soll auch bei einer Reform der Presseförderung im Vordergrund stehen, wenn es nach der Standesvertretung geht. Die Presseförderung wurde 1974 unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Bruno Kreisky eingeführt. Als Kompensation für die Ausdehnung der Mehrwertsteuer auf Medienprodukte. Damals wurde vorwiegend mit der Gießkanne gefördert.

Der Präsident des Verbands Österreichischer Zeitungen (VÖZ) Thomas Kralinger im Palais Epstein in Wien

Karte: MASP / Fotolia.com. Foto: Helmut Fohringer / APA. Retu: M

Voraussetzung war, dass die Zeitung nicht mehr als 22 Prozent ihrer Seiten mit Werbung füllt. Die dadurch verursachte Spaltung der Medienlandschaft hält noch heute an. Denn Massenblätter wie die *Neue Kronen Zeitung*, ein kleinformatiges Boulevardblatt mit damals Millionenauflage, konnten sich nicht dafür qualifizieren. Die *Krone* machte auch so schöne Gewinne und polemisierte fleißig gegen die Presseförderung.

Da die Förderung aus dem Ermessensbudget des Bundeskanzlers bezahlt wird, gab es immer Spielraum für politische Schwerpunktsetzung. So vervielfachte sich während der ÖVP-FPÖ-Regierung unter Wolfgang Schüssel (2000 – 2007) der Zuschuss für die FPÖ-nahe Wochenzeitung *Zur Zeit*, deren Kommentare oft um Haaresbreite an der Übertretung des NS-Verbotsgesetzes vorbeischrammen. Auch die ÖVP-nahe Raiffeisenzeitung und die Publikationen des ÖVP-Bauernbunds wurden und werden kräftig gefördert.

Seit einer 2004 in Kraft getretenen Reform herrschen etwas objektivere Kriterien. Über die Vergabe entscheidet eine Presseförderungskommission, die aus je zwei vom Bundeskanzler, dem Verband Österreichischer Zeitungen und der Gewerkschaft bestimmten Mitgliedern besteht. Die Presseförderung teilt sich in Vertriebsförderung, besondere Förderung zur Erhaltung der regionalen Vielfalt der Tageszeitungen und Qualitäts- und Zukunftssicherung auf. Letztere ist für Institutionen wie den Presseclub Concordia und Journalistenakademien gedacht. Aus der Vertriebsförderung wurden zuletzt 14 Tageszeitungen mit 2,12 Millionen Euro und 35 Wochenzeitungen mit 1,8 Mio. unterstützt. Die Regionalförderung in Höhe von 5,3 Mio. Euro wurde auf sieben Tageszeitungen aufgeteilt.

Bevorzugt durch Anzeigen. Aber auch für die Boulevardmedien und die in Österreich besonders erfolgreichen Gratiszeitungen ist gesorgt. Sie wurden mit dem Löwenanteil der Inserate öffentlicher Stellen bedacht. Letztes Jahr haben allein die Ministerien für rund 120 Millionen Euro Anzeigen in solchen Blättern geschaltet, schätzt Hans Gasser, ehemaliger Chef des österreichischen Zeitungsverbands. Der Vorwurf, dass sich manche Minister durch großzügige Werbeeinschaltungen gewogene Berichterstattung erkauften, führte vergangenes Jahr zu einer Gesetzesnovelle, die Anzeigen mit dem Konterfei des Ministers verbietet. Es darf nur noch Sachinformation inseriert werden. Gegen Bundeskanzler Werner Faymann laufen noch gerichtliche Untersuchungen, ob er sich als Verkehrsminister eine Imagekampagne von den Bundesbahnen finanzieren ließ. Die Politiker begründen die Bevorzugung des Boulevards mit der Reichweite. Schließlich liegen Gratisblätter an allen U-Bahnstationen aus. Deswegen sieht Matthias Karmasin, Medien- und Kommunikationswissenschaftler der Uni Klagenfurt, den Staat in der Pflicht: „Medienförderung ist keine Subvention einer schwächelnden Branche, sondern eine Investition in die Infrastruktur der Demokratie." Er rechnet vor, dass die Medien „sich ihre Presseförderung ohnehin selbst" finanzieren. Im Jahre 2011 habe der Staat alleine aus der Werbesteuer des Printbereichs mehr als 85 Millionen Euro eingenommen.

Man darf gespannt sein, ob sich die Parteispitzen nach der Nationalratswahl am 29. September noch an ihre Zusagen erinnern. Alle Parteien fühlen sich der Presseförderung verpflichtet. Bis auf das einst von Jörg Haider gegründete BZÖ. Dessen Fraktionschef Stefan Petzner sieht gar keine Notwendigkeit, Medien im Zeitalter der Social Media zu fördern. Ihm würden seine Facebook-Freunde und Twitter-Follower reichen: „Das sind 10.000 Leute, die mir jeden Tag die Welt erklären."

Ralf Leonhard, Wien ■

Freiheit, die sie meinen

Für eine „kulturelle Ausnahme" beim Freihandelsabkommen

„Von der Freiheit zum Freihandel" titelte der Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft seinen Beitrag zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa. Hinter dem Kürzel TTIP steht ein Projekt, das die schwindende Wirtschaftsmacht beider Partner im weltweiten ökonomischen Wettlauf insbesondere mit den BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sowie Japan stabilisieren und ausbauen soll. Es betrifft alle Wirtschaftssektoren vom Fischfang über die Agrarproduktion, Produktionsgüter und Dienstleistungen aller Art sowie diese Bereiche betreffenden Zölle. Der Kultur- und Medienbereich soll(te) ebenfalls einbezogen werden. Dagegen regte sich Widerstand – vorerst mit Erfolg.

Foto: fotandy / Fotolia.com. Retu: Petra Dreßler

EU-Handelskommissar Karel De Gucht hofft beim TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) vor allem auf einen Abbau solcher Hindernisse, die neben den Zöllen den Handel bremsen. Der Schwerpunkt müsse auf „den Schranken liegen, die hinter den Zollgrenzen auftauchen". Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Was den Mediensektor betrifft, geht es dabei um die spezifische Finanzierung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks. Der europäische Film ist ohne länderspezifische Förderungen (einschließlich der der Bundesländer in Deutschland) gegen die Übermacht aus Hollywood nicht überlebensfähig. Gleiches gilt für den Buchmarkt mit der Buchpreisbindung. Es braucht deshalb die verbindliche „kulturelle Ausnahme" im Verhandlungsmandat. Hierfür sind die europäischen Medien- und Kulturgewerkschaften auf die Barrikaden gegangen. Gegenüber der EU- Kommission und dem Parlament, aber auch gegenüber ihren Regierungen.

Vertreter der europäischen Gewerkschaften UNI-MEI, FIM und FIA, an denen ver.di in führenden Positionen beteiligt ist, haben neben den europäischen Regierungen auch EU-Parlamentarier auf Durchsetzung der „kulturellen Ausnahmeregelung" gedrängt. Das europäische Parlament hatte bei seiner Beratung die Verhandlungen mehrheitlich zwar befürwortet aber gleichzeitig einige Auflagen gemacht. So die Beachtung europäischer Grundrechte und Maßnahmen zum Schutz des Geistigen Eigentums.

Eine ausführliche Beratung im Bundestag war selbstverständlich nicht vorgesehen. Auf Druck insbesondere der im Deutschen Kulturrat vertretenen Organisationen war es durch diesen immerhin noch gelungen, Vertreter der Oppositions-Parteien zur Durchsetzung einer Aktuellen Stunde zu bewegen. Die dort vorgetragenen Postionen und Argumente decken sich in großen Teilen mit denen, die eine Ad-hoc-AG des Deutschen Kulturrates unter Beteiligung unter anderem von ver.di, aber ebenso der ARD, der Literaturkonferenz und der Drehbuchautoren erarbeitet hatte. Diese AG wiederum konnte auf Positionen zurückgreifen, die vom DGB und auch vom Europäischen Gewerkschaftsverbund erstellt worden waren.

Arbeitnehmerrechte. Für ver.di gehen die potentiellen Gefährdungen weit über den Medien- und Kulturbereich hinaus. In einem Brief an die Bundeskanzlerin hatte ver.di-Chef Frank Bsirske deshalb deutliche Bedingungen für das Verhandlungsmandat eingefordert: „Das Abkommen muss klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten, zum Daten- und Verbraucherschutz sowie von Sozial- und Umweltstandards beinhalten. … Das Abkommen darf nicht zu einer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen oder deren Regulierung behindern." Darüber hinaus wird von ver.di Transparenz und die Einbeziehung der Parlamente sowie der Zivilgesellschaft gefordert. In der entscheidenden Runde der Handelsminister im Juni konnte letztlich, allein auf Druck Frankreichs, eine „kulturelle Ausnahmeregelung" für das Verhandlungsmandat durchgesetzt werden. Diese gilt jetzt; allerdings vorerst. Mit ihrem Votum vom 17. Juni 2013 am Rande des G8-Gipfels haben die Europäischen Staats- und Regierungschef den Startschuss für die Verhandlungen gegeben. Sie begannen am 8. Juli in Washington trotz des derzeit heiß debattierten Spähskandals.

Einen wirkungsvollen Schutz für den Kultur- und Medienbereich könnte nur die UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen bieten. Die ist zwar von allen EU-Staaten und der EU selbst unterzeichnet, nicht aber von den USA. Immerhin bietet sie eine völkerrechtliche Grundlage, die die EU und ihre Mitgliedsstaaten bindet. Auch hierauf baut die Argumentation der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Gewerkschaften auf. Schon bei der Erarbeitung der UNESCO-Konvention hat sich gezeigt, wie wichtig das gemeinsame und abgestimmte Vorgehen ist. Was das TTIP anbetrifft, gibt es noch viel zu tun. Wir müssen den Prozess intensiv weiter verfolgen, Transparenz einfordern und durchsetzen damit demokratische Rechte und Freiheiten nicht dem degenerierten Ordoliberalismus und Ausspähwahn von Law-und-Order-Politikern zum Opfer fallen.

Heinrich Bleicher-Nagelsmann ■

Information und Dokumente finden:

http://medien-kunst-industrie.verdi.de/bereiche-fachgruppen/kunst-und-kultur/internationales

Journalisten hinter Gittern

Keine Pressefreiheit in der Türkei

Die langjährigen Haftstrafen gegen mindestens zwölf Journalisten im Rahmen des Ergenekon-Prozesses werfen ein Schlaglicht auf die ungelösten Probleme der Türkei mit Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit. „Der Prozess hat einmal mehr gezeigt, wie nötig grundlegende Justizreformen in der Türkei sind", sagte Michael Rediske von Reporter ohne Grenzen.

Die dju in ver.di protestiert in einem Schreiben an den türkischen Botschafter in Berlin gegen die Verurteilung der Journalistinnen und Journalisten und fordert ihre sofortige Freilassung: „Wir sehen darin einen Angriff auf das Recht der freien Meinungsäußerung und auf die Pressefreiheit in der Türkei. Das Verfahren genügte nicht den rechtsstaatlichen Anforderungen, eine solche Vorgehensweise ist einer Demokratie nicht würdig." Als Beweismaterial in dem am 5. August zu Ende gegangenen Prozess dienten unter anderem illegal abgehörte Telefonate sowie Aussagen anonymer Zeugen, berichtet ROG. Zwei der nun verurteilten Journalisten, Mustafa Balbay und Tuncay Özkan, verbrachten vier bzw. fünf Jahre in Untersuchungshaft.

Die juristische Aufarbeitung der Vorwürfe um den nationalistischen Ergenekon-Geheimbund seit 2007 hat die türkische Öffentlichkeit gespalten. Die Verfolgung hochrangiger Militärs und Beamter wurde zunächst als Sieg von Demokratie und Justiz über die Vormachtstellung der Armee gefeiert. Im Laufe der Zeit entwickelten sich die Ergenekon-Ermittlungen aber mit immer neuen Verhaftungswellen zu einer Generalabrechnung mit Oppositionellen und Regierungskritikern.

Verurteilt wurde nun unter anderem Mustafa Balbay, früherer Kolumnist der Zeitung *Cumhuriyet* und Parlamentsabgeordneter der Republikanischen Volkspartei CHP. Er erhielt 34 Jahre und acht Monate Haft. Der ebenfalls politisch aktive frühere Besitzer des Fernsehsenders Biz TV, Tuncay Özkan, soll in lebenslange Haft. Mehmet Haberal, Eigentümer des Senders Baskent TV, erhielt eine Haftstrafe von zwölfeinhalb Jahren, die wegen der langen Untersuchungshaft zur Bewährung ausgesetzt wird. Deniz Yildirim, ehemals leitender *Aydinlik*-Redakteur, erhielt 16 Jahre und zehn Monate Haft. Der Journalist Caner Taspinar ist einer der 21 Freigesprochenen in dem Mammut-Prozess mit insgesamt 275 Angeklagten.

Gegen 13 Angeklagte geht der Prozess noch weiter. Ihnen wird vorgeworfen, durch Bücher und Veröffentlichungen auf der Website des oppositionellen Online-Fernsehens Oda TV das Ergenekon-Netzwerk unterstützt und dessen juristische Verfolgung diskreditiert zu haben. Unter ihnen sind die bekannten Journalisten Ahmet Sik und Nedim Sener. Sik gehörte zu den Reportern des Magazins *Nokta*, die den Ergenekon-Geheimbund aufdeckten. Sener machte sich einen Namen als Enthüller von Korruptionsfällen, bevor er zum Mord an Hrant Dink recherchierte. **Red.** ■

Mehr Informationen

Zum Verfahren gegen Ahmet Sik und Nedim Sener
http://bit.ly/U6RPSW
Zur Lage der Pressefreiheit in der Türkei
www.reporter-ohne-grenzen.de;
http://en.rsf.org/turkey.html

Aktion für Eric Topona, Tschad

AMNESTY INTERNATIONAL

Journalist und Gewerkschafter inhaftiert

Auch der Arbeitsplatz beim staatlichen Rundfunk schützt nicht vor Willkür der Behörden. Eric Topona, der beim ONRTV (Office National de Radiodiffusion et Télévision du Tchad) als Journalist in der Hauptstadt N'Djamena beschäftigt ist, wurde am 6. Mai als Zeuge vorgeladen. Als er im Amtsgericht eintraf, wurde Topona festgenommen und wegen „Gefährdung der verfassungsrechtlichen Ordnung" angeklagt. Seitdem ist er im Am-Sinene-Gefängnis in der Hauptstadt des zentralafrikanischen Landes inhaftiert. Das Gefängnis ist berüchtigt. Laut Amnesty International sind die Haftbedingungen dort lebensbedrohlich schlecht.

Was Topona genau vorgeworfen wird, bleibt seit Monaten schwammig. Amnesty International befürchtet, dass der Journalist lediglich ergriffen wurde, weil er von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Nach Angaben seines Rechtsbeistandes sollte Eric Topona am 6. Mai eigentlich als Zeuge in einem Verleumdungsverfahren gegen den Schriftsteller Jean Laokolé aussagen. Dieser war Ende März festgenommen worden, weil er „falsche Anschuldigungen" gegen eine bestimmte Personengruppe erhoben haben soll. Auch was sich genau hinter dieser diffusen Anschuldigung verbirgt, ist unklar.

Topona, der auch Generalsekretär der tschadischen Journalistengewerkschaft ist, ist den Behörden seines Landes schon länger ein Dorn im Auge. Seit etwa einem Jahr wird er zunehmend schikaniert, eingeschüchtert und bedroht. Verschiedene Regierungsstellen versuchen gar nicht zu verbergen, dass sie hinter den Drohungen stecken.

Die Festnahme des Journalisten erfolgte wenige Tage nach Bekanntwerden eines Putschversuches. Dabei sollen am 1. Mai mindestens acht Personen ums Leben gekommen sein. In der Folge haben Sicherheitskräfte unter anderem einen Abgeordneten der Opposition, mehrere ehemalige Angehörige der Armee und zahlreiche Zivilpersonen, darunter auch Eric Topona, festgenommen.

Was können Sie tun?
Schreiben Sie an die Menschenrechtsministerin des Tschad und fordern Sie die sofortige Freilassung des Journalisten und Gewerkschafters Eric Topona, sofern dieser nicht umgehend einer erkennbaren Straftat angeklagt werden sollte. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Französisch oder auf deutsch an:
Madame Amina Kodjiyana
Ministre des Droits de l'Homme
Ministère des Droits de l'Homme
BP 169, N'Djamena
TSCHAD
E-Mail: droittchad@yahoo.fr

Senden Sie eine Kopie Ihres Schreibens an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK TSCHAD
S.E. Herrn Tchonai Elimi Hassan
Lepsiusstraße 114 · 12165 Berlin · Fax: (030) 3199 16220
E-Mail: contact@ambatchadberlin.com

amnesty international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228 / 98 37 30
www.amnesty.de

ver.di

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Lass dich ausbilden! Wir suchen neue Lohnsteuerbeauftragte

In ver.di gibt es die Möglichkeit, sich zu/zum Lohnsteuerbeauftragten ausbilden zu lassen. In einer einwöchigen Schulung (oder über mehrere Wochenenden verteilt) erhältst Du alle nötigen Kenntnisse, um über ein Lohnsteuerprogramm am Computer die Einkommensteuererklärung für Mitglieder in Deinem ver.di-Bezirk erstellen zu können. Terminvereinbarung machst Du mit den Mitgliedern, Du kannst hierzu entweder ein Büro mit PC in der ver.di-Geschäftsstelle nutzen oder auch die Lohnsteuerberatung bei Dir zu Hause durchführen. Steuerrechtlich ist alles durch die ver.di-Bundesverwaltung mit dem Finanzamt abgestimmt, es gibt deshalb keinerlei Kollisionen mit dem Steuerberatungsrecht.

Voraussetzungen: Du arbeitest schon immer gern mit Zahlen und hast Spaß an Steuererklärungen? – Du möchtest Dich gerne aktiv bei ver.di einbringen? – Du bringst die Bereitschaft zum Selbststudium mit und könntest mindestens 20 Beratungen im Jahr durchführen? – Du hast Zeit, um die Beratungen durchzuführen (mind. ca 10 Stunden im Monat)?

Interessiert? Dann melde Dich einfach bei Manuela Colombe, ver.di-Bundesverwaltung, Bereich MitgliederEntwicklung, Tel.: 030-6956-2372 oder per E-Mail: manuela.colombe@verdi.de.

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint acht Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Network Media GmbH
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Ansprechpartner:
Nicole Stelzner (Leiterin)
Tel: 030 / 255 94 – 180
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: stelzner@nwmd.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 18 gültig ab 1.1.2013

M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Fax: –10
E-Mail: service@verlag-weinmann.de

Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
Tel. 030 / 69 56 – 10 60
„Druck + Papier" verantwortlich: Helma Nehrlich Tel: 030 / 613 09 664

Redaktionsschluss:
M 5.2013: 26.07.2013
M 6.2013: 06.09.2013
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Willi-Bleicher-Journalismuspreis 2013

Mit dem Willi-Bleicher-Journalismuspreis 2013 zeichnete die IG Metall Baden-Württemberg zum zweiten Mal Journalisten aus, die durch ihre Arbeit die Arbeitswelt im Südwesten für Leser, Hörer und Zuschauer erlebbar machen. Der Preis ging an Jürgen Rose und Claus Hanischdörfer, beide SWR, für den ARD-Film „Hungerlohn am Fließband – wie Tarife ausgehebelt werden"; Heike Scherbel, SWR Fernsehen, für „Flughafenbeschäftigte"; Christine Keck, *Stuttgarter Zeitung*, für „Mit 57 zum Glück gezwungen" und Hermann G. Abmayr, freier Journalist, für „Emmas Enkel bei Tante ver.di", erschienen in der Wochenzeitung *kontext*.

Link zur Broschüre Willi-Bleicher-Preis 2013: www.willi-bleicher-preis.de/2013/ ■

Filmpreis des DGB für Regisseurin Julia Oelkers

Die Regisseurin Julia Oelkers hat in diesem Jahr für ihren engagierten Dokumentarfilm „Can't Be Silent. On tour with the refugees." den Filmpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erhalten. In ihrem Dokumentarfilm begleitet Julia Oelkers das Bandprojekt von Heinz Ratz, dessen Band „Strom & Wasser" zusammen mit Flüchtlingen aus Afrika, Russland, dem Balkan und Afghanistan durch Deutschland tourt. Die Band ist für die Musikerinnen und Musiker die einzige Chance, aus ihrem bedrückenden, einsamen Leben als Asylsuchende auszubrechen. Der Regisseurin ist eine beeindruckende Mischung aus Musikfilm und politisch engagierter Dokumentation gelungen. Dafür hat sie den Publikumspreis des DGB beim Filmfest Emden-Norderney erhalten.

Ab 15. August startet der Film in den deutschen Kinos. Informationen zum Film und zum Bandprojekt Refugees gibt es unter www.cant-be-silent.de. Die Auszeichnung des DGB-Bezirks Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt würdigt gesellschaftlich engagierte Filme. Das Preisgeld wurde in diesem Jahr auf 7.000 Euro erhöht. ■

Großer Preis der Poesie an Peter Völker

Der „Prix d'Excellence Poesie" wurde dem Gründauer Autor (und ehem. ver.di-Sekretär RFAV-Medien) Peter Völker für seinen Lyrikband „Agamemnon und Kassandra in Lakonien" von der „Internationalen Kulturakademie Orient-Occident" im Rahmen eines Welt-Poesiefestivals in Curtea de Arges (Rumänien) verliehen.

Für sein lyrisches Lebenswerk wurde er außerdem durch den Präsidenten der Akademie, Dumitru M. Ion, und die künstlerische Leiterin, Carolina Ilica, im Rahmen eines Festaktes zum Ehrenmitglied der Kulturstiftung ernannt. Ion würdigte Völkers Werk als „tiefsinnige zeitlose Liebeslyrik". ■

Grafik: Hermann Haubrich

Leute

SERVICE ZUM SURFEN

Der Service ist im Netz unter:
http://mmm.verdi.de/service

Axel Springer AG: Mit der Verzahnung von B.Z. und Bild gehen personelle Verflechtungen einher: **Peter Huth**, Chefredakteur der B.Z., wird zusätzlich stellv. Chefredakteur von Bild; umgekehrt wird **Kai Diekmann**, Chefredakteur von Bild und Herausgeber aller Bild-Titel, zugleich Herausgeber der B.Z. **Miriam Krekel**, Redaktionsleiterin Bild-Berlin, fungiert auch als stellv. Chefredakteurin der B.Z.; **Michael Pagel**, stellv. B.Z.-Chefredakteur, firmiert zugleich als Redaktionsleiter Bild-Berlin.

Ina Baltes, u. a. Reporterin im ZDF-Landesstudio Düsseldorf, verstärkt zusätzlich das Moderatoren-Team von Phoenix.

Inga Beißwänger (Köln), bis Ende 2012 Journalistin beim Kölner Stadt-Anzeiger, jetzt mit ihrem Unternehmen „Das gepflegt Wort" als Übersetzerin und Lektorin tätig, verantwortet beim Verband der Freien Lektorinnen und Lektoren (VFLL) das Ressort Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Carl Bergengruen, bis Februar 2011 Fernsehspielchef beim SWR, folgt als Leiter der Filmförderung in Baden-Württemberg auf **Gabriele Röthemeyer**, die in den Ruhestand tritt.

Ulf Birch, Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, löste als Vorsitzender des NDR-Verwaltungsrats **Dagmar Gräfin Kerssenbrock** (Schleswig-Holstein) ab, die zur stellv. Vorsitzenden gewählt wurde.

Heiko Block, bislang Geschäftsbereichsleiter Produktion und Technik sowie stellv. Leiter der ARD.ZDF medienakademie, wechselte in die Leitung der Koordination Produktion von Radio Bremen.

Vanessa Blumhagen, bisher Society-Expertin bei RTL in den Sendungen „Punkt 6" und „Punkt 9", löste als Klatsch-Fachkraft bei SAT.1 **Sibylle Weischenberg** ab, die den Sender mit ihrem Format „W.I.P." („Weischenbergs Important People") verließ.

Jörn Boewe und **Johannes Schulten**, bisher Redakteure im Ressort Inland bei der Tageszeitung junge welt, schieden Ende Mai aus und sind jetzt gemeinsam freiberuflich als „Journalistengemeinschaft work in progress" unterwegs.

Thomas Bug und **Tobias Häusler** präsentieren im Wechsel auf WDR 2 am Samstagabend das neue Format „WDR 2 Zu Gast bei ...". Sie treten die Nachfolge von **Roger Handt** mit seiner Sendung „WDR 2 Yesterday" an, der in den Ruhestand ging.

Stefanie Burgmaier, zuletzt Chefredakteurin von Börse Online und Mitglied im Chefredakteurskollegium der Wirtschaftsmedien von Gruner + Jahr, übernahm die Leitung für die Online-Angebote, Fachzeitschriften und Veranstaltungen im Bereich Wirtschaft des Wissenschaftsverlags Springer DE; zugleich wurde sie Chefredakteurin des Bankmagazins, einer Fachzeitschrift der Bankenbranche für den deutschsprachigen Raum.

Condé Nast verstärkt die Corporate-Publishing-Aktivitäten mit dem neuen Geschäftsbereich Condé Nast Manufaktur, der von einer Doppelspitze geleitet wird. **Doris Huber**, bisher in leitenden Redaktionsposten für Condé Nast tätig, zuletzt als Redaktionsleiterin von Vogue.de, ist als Creative Head u. a. für die inhaltliche und kreative Leitung der Unit zuständig; **Wolfgang Sander**, Direktor Anzeigenmarketing, fungiert als Operational Head.

Harald Dietz, bisher Abteilungsleiter Fernseh-Sport beim SWR und seit Januar 2013 kommissarischer Leiter der Hauptabteilung Sport, wird in der Nachfolge von **Michael Antwerpes** Sportchef des Senders.

Die Entertainerin und Komikerin **Anke Engelke** moderiert die Kultur-Show „Anke hat Zeit" im WDR-Fernsehen, nachdem **Helge Schneider** sich nach zwei Folgen der Sendung „Helge hat Zeit" verabschiedet hatte.

Martin Franz (34) ist seit dem 1. August stellvertretender Chefredakteur von heise Autos. Der Technikjournalist arbeitet seit 2010 für den Heise Zeitschriften Verlag und vertritt fortan Chefredakteur Detlef Grell in allen Belangen.

Funke Mediengruppe: **Manfred Lachniet**, bislang stellv. Chefredakteur der Neuen Ruhr/Neuen Rhein Zeitung, folgte als Chefredakteur auf **Rüdiger Oppers**, der bei dem Chemiekonzern Evonik Bevollmächtigter des Vorstands für Public Affairs wird. **Kai Winckler**, Chefredakteur von Neue Welt, übernahm zugleich die Chefredaktion von frau aktuell von **Anne Hoffmann**. Sie bleibt Chefredakteurin der Frauenzeitschrift die aktuelle und ist für neue Entwicklungsprojekte innerhalb der Women Group der Funke Mediengruppe zuständig. **Roland Hag**, bisher Leiter der Zentralen Service Redaktion bei der Women Group, verließ das Unternehmen.

Ulrich Hagemeier, bisher Redaktionsleiter der Hessischen/Niedersächsischen Allgemeinen (Kassel), folgt zum 1. September als Redaktionsleiter der Allgäuer Zeitung auf **Hermann König**, der in den Ruhestand ging.

Dr. **Oliver Heidemann**, zuletzt Leiter der Redaktion Music and Variety in der ZDF-Hauptredaktion Show, wurde Leiter der Redaktion „Wetten, dass..?".

Bernd Hilder, zuletzt Korrespondent im Brüsseler Büro der Mediengruppe Madsack, zuvor Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, löst als Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung (Funke Mediengruppe) **Hans Hoffmeister** ab, der Ende August in den Ruhestand geht.

Michael Inacker, derzeit stellv. Chefredakteur des Handelsblatts, wechselt im Oktober als Kommunikationschef zu Siemens.

Journalistinnenbund e. V.: **Andrea Ernst** wurde als Vorsitzende wiedergewählt. Weitere Mitglieder des Vorstands sind: **Rebecca Beerheide** (stellv. Vorsitzende), **Cornelia Benninghoven** (Finanzen), **Indrani Das Schmid** (Schriftführerin), **Sonya Winterberg** (Beisitzerin) und **Sabine Göb** (Beisitzerin).

Steffen Klusmann, zuletzt stellv. Chefredakteur beim Stern, zuvor bis Ende 2012 Chefredakteur der Financial Times Deutschland, folgt als Chefredakteur des Manager Magazins (G+J) auf **Arno Balzer**, von dem sich der Verlag „wegen unterschiedlicher Auffassung zur Weiterentwicklung der Marke" getrennt hat. Neue stellv. Chefredakteurin beim Stern, zuständig für die Digitalstrategie des Magazins, wird **Anita Zielina**, früher stellv. Chefredakteurin bei der österreichischen Tageszeitung Der Standard, seit Mai beim Stern als Managing Editor Online tätig.

Guido Knopp, als Leiter des ZDF-Programmbereichs Zeitgeschichte mit Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden, moderiert nun auf Phoenix die Gesprächssendung „History live" mit jeweils drei Gästen.

Das Korrespondentennetz der Wochenzeitung Die Zeit wurde teilweise umstrukturiert. Aus dem neuen Korrespondentenbüro in Rio de Janeiro berichtet seit August **Thomas Fischermann**; **Andrea Böhm** nimmt die Arbeit im neuen Büro in Beirut im November auf. **Jan Roß** berichtet ab Dezember aus Neu Delhi mit dem Schwerpunkt Indien und Südostasien. Auf die Position als Außenpolitischer Koordinator in der Redaktion in Hamburg folgt ihm **Jörg Lau**. Die Redaktionsbüros in Washington, Peking, Brüssel und in der Schweiz bleiben bestehen. **Michael Thumann** wechselt vom Büro in Istanbul, das geschlossen wird, zum 1. Oktober als Außenpolitischer Korrespondent nach Berlin. Geschlossen wird auch das Moskauer Büro.

Kathrin Kosaca, Art Directorin bei View (Stern / G+J), wurde stellv. Chefredakteurin des Magazins.

Landespressekonferenz Saar: Der Vorsitzende **Michael Kuderna** wurde ebenso im Amt bestätigt wie die Beisitzer **Christian Otterbach** und **Lothar Warscheid**. Neue Vorstandsmitglieder sind **Karin Lambert-Butenschön** und **Oliver Hilt**.

Sarah Lau, bisher Textchefin bei dem

Wohn- und Fashion-Magazin Couch (G+J), folgte als stellv. Chefredakteurin des Lifestyle-Magazins Grazia (G+J / Klambt Style-Verlag) auf **Christina Gath**, die den Verlag verließ. **Kerstin Moeser**, zuletzt stellv. Chefredakteurin des Magazins Flair (Klambt Trend-Verlag), wurde ebenfalls Mitglied der Chefredaktion von Grazia.

Andreas Lebert, bis Ende 2012 Chefredakteur der Frauenzeitschrift Brigitte (G+J), löste als Leiter des Wissenschaftsmagazins Zeit Wissen (Zeit-Verlag) **Jan Schweitzer** ab, der in das Ressort Wissen der Wochenzeitung wechselte, um wieder als Autor tätig zu sein. Er bleibt aber Mitglied der Chefredaktion von Zeit Wissen.

Der Filmproduzent **Ulrich Limmer** folgt zum kommenden Wintersemester als Professor für Produktion und Medienwirtschaft an der HFF München **Manfred Heid** nach, der in den Ruhestand geht.

Gert Lütgert wurde als Vorsitzender des HR-Verwaltungsrats ebenso wiedergewählt wie die stellv. Vorsitzende **Doris Piel**.

Lutz Marmor wurde als Intendant des NDR im Amt bestätigt, ebenso sein Stellvertreter Dr. **Arno Beyer**, Direktor des NDR-Landesfunkhauses Niedersachsen.

Wayne Marshall (Großbritannien), Dirigent, Organist und Pianist, u. a. Gastdirigent beim Gewandhausorchester Leipzig, den Dresdner Philharmonikern und den Wiener Symphonikern, wird mit Beginn der Spielzeit 2014/15 neuer Chefdirigent des WDR-Rundfunkorchesters.

Henrik Müller, derzeit Mitglied der Chefredaktion beim Manager Magazin, verlässt den Wirtschaftstitel Ende September und übernimmt eine Professur für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Technischen Universität Dortmund.

Mathias Müller von Blumencron, zuletzt Chefredakteur für die digitalen Angebote des Magazins Der Spiegel, wird zum 1. Oktober Chefredakteur für den Bereich Digitale Medien bei der FAZ.

Die Journalistenvereinigung netzwerk recherche wählte einen neuen Vorstand – 1. Vorsitzender: **Oliver Schröm** (Leiter des Stern-Teams Investigative Recherche); 2. Vorsitzende: **Julia Stein** (Leiterin des Teams Recherche des NDR-Fernsehens); Schatzmeister: **David Schraven** (Leiter des WAZ-Rechercheteams); Schriftführerin: **Renate Daum** (Redakteurin bei der Stiftung Warentest); Beisitzer: **Markus Grill** (Der Spiegel), **Gert Monheim** (ehemals „die story", WDR), **Bernd Kastner** (SZ) und **Egmont R. Koch** (Filmemacher und Buchautor). Nicht mehr zur Wahl traten **Alexander Richter** (Deutsche Welle) und **Markus Frenzel** (MDR) an. Kooptierte Vorstandsmitglieder sind: **Franziska Augstein** (Grundsatzfragen und journalistische Ethik), **Kuno Haberbusch** (Jahreskonferenz), **Ulrike Maercks-Franzen** (Leuchtturm-Preis / Jahreskonferenz-Dokumentation), **Manfred Redelfs** (Informationsfreiheitsrechte), **Albrecht Ude** (Newsletter / Online-Recherche und -Security) und **Marcus Weller** (netzwerk im Osten Deutschlands).

Jörg Poppendieck, zuletzt freier Radiokorrespondent in Kapstadt, folgte als Wortchef von Fritz, dem Jugendprogramm des RBB, auf **Aneta Adamek**, die zur Landeswelle radioBerlin 88.8 wechselte. **Aditya Sharma**, schon bisher bei Fritz tätig, wurde Leiterin der Musikredaktion.

Tillmann Prüfer, Style Director des Zeitmagazins, rückte in die Chefredaktion auf, wo er sich u. a. den geplanten digitalen Aktivitäten des Magazins widmen wird.

Thomas Roth, zuletzt ARD-Korrespondent in New York, folgte als Erster Moderator bei den „Tagesthemen" neben **Caren Miosga** auf **Tom Buhrow**, der Intendant des WDR wurde.

Stefanie Schneider, derzeit beim SWR Leiterin der Strategischen Unternehmensentwicklung, zuvor u. a. Programmchefin für den Radiosender SWR4 Baden-Württemberg, folgt als Landessenderdirektorin für den SWR in Baden-Württemberg auf **Ingrid Felgenträger**, die in den Ruhestand tritt.

Christian Selz, zuletzt freier Korrespondent in Südafrika, arbeitet jetzt als Redakteur für Außenpolitik bei der Jungen Welt.

Michael Stumpf, bisher Leiter des Online-Teams der ZDF-Hauptredaktion Kinder und Jugend, folgte als Programmgeschäftsführer von KiKA auf **Tobias Hauke**, der die Position seit Ende 2012 kommissarisch innehatte.

Seminare für Selbstständige / Freie in Hamburg

Anmeldung NUR ONLINE: freie.hamburg.verdi.de/veranstaltungen
Die Teilnahme ist kostenlos. Veranstaltungsort:
Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Ebene 9, Raum St. Georg

Authentisch bleiben! Welche Kleidung passt zu mir?
30. Oktober 2013, 17 – 19.15 Uhr

Kleidung ist ein Kommunikationsmittel. Du entscheidest, wie Deine Umwelt Dich wahrnimmt. Wir schenken der Kunst der Bekleidung unsere Aufmerksamkeit. Referentin: Astrid Bode, Dress Coach & Mode Stylistin
Moderation: Beate Schwartau, Unternehmungsberatung & Supervision

Büroorganisation – Welches sind die fünf gröbsten Fehler?
6. November 2013, 19 – 21 Uhr

Warum klappt es mit der Organisation nie wie geplant? Und warum verursacht mir das Thema Büroorganisation immer Fluchtreflexe? Ein Erfahrungsaustausch mit praktischen Lösungsansätzen.
Referent: Gerald Moll, Gründer der Plattform mein-tagwerk.de
Moderation: Eva Reinartz, Personalberatung und Konzeptentwicklung

Hannah Teschner, bislang Chefredakteurin der Zeitschrift 20 private Wohnträume (ipm Magazin Verlag), löste als Chefredakteurin des Monatsmagazins Wohnidee (Bauer Media Group) **Simone Ehmann** ab, die für den Verlag in leitender Funktion in Teilzeit tätig werden soll.

Dr. **Matthias Weichelt**, bisher stellv. Chefredakteur der Zeitschrift Sinn und Form löst als Chefredakteur **Sebastian Kleinschmidt** ab.

Stefan Willeke, zuletzt stellv. Chefredakteur bei Vogel Business Media, folgte als Chefredakteur des Fachmagazins konstruktionspraxis auf **Karl Ullrich Höltkemeier**.

Meike Winnemuth, freiberuflich als Autorin (u. a. „Das große Los") und Textchefin tätig, schreibt künftig regelmäßig eine Kolumne für das Magazin Stern.

Karsten Witzmann, bis November 2012 Chefredakteur des Schweizer Boulevardblatts Sonntags-Blick (Ringier Verlag), wechselte nach Berlin zur B.Z. (Axel Springer AG), wo er den Chefredakteur **Peter Huth** unterstützen soll.

Martina Zöllner, Leiterin der Hauptabteilung Film und Kultur beim SWR, wurde in die ARD-Gemeinschaftsredaktion Vorabend berufen, der auch **Jana Brandt** (MDR), **Elke Kimmlinger** (WDR mediagroup), **Bettina Ricklefs** (BR), Dr. **Bernhard Gleim** (NDR) und Prof. **Gebhard Henke** (WDR) angehören.

Anzeigen

Unter Hinweis auf § 14 des Urheberrechts nehme ich Titelschutz in Anspruch für **„Allerseelenwind"** und für **„Der Borgia-Komplex"** in jeder Schreibweise, Darstellungsform, Wortverbindung und Kombination zur Verwendung in allen Medien.
Dr. Kristin Schmidt
Kunigundendamm 76, 96050 Bamberg

SOZIALVERBAND VdK BAYERN

Zukunft braucht Menschlichkeit.

Ob Rente, Behinderung, Gesundheit oder Pflege, Fachkompetenz in allen sozialpolitischen Fragen.

Dr. Bettina Schubarth, Pressesprecherin
Schellingstraße 31 • 80799 München • Tel. 089 / 2117-289
Fax 089 / 2117-280 • b.schubarth@vdk.de • www.vdk-bayern.de

27. JOURNALISTENTAG

Samstag, 30. November 2013. 10 – 17 Uhr

Foto: fotochris69 / Fotolia.com

JOURNALISTENTAG 2013
30. NOVEMBER 2013, 10 BIS 17 UHR
IM VER.DI-HAUS BERLIN

GENUG GEJAMMERT – ZUKUNFT JETZT!

Gute Ideen für modernen Journalismus

PROGRAMM

Eröffnung: Frank Werneke, Stellv. ver.di-Vorsitzender

Thomas Mayer-Fries, Volkswirt und selbstständiger Berater
Geld ist genug da. Geschäftsmodell Journalismus: Was die Verlage wirklich wollen

Wulf Beleites, freier Journalist und stellv. dju-Bundesvorsitzender
Geld her Crowdfunding. Ein Geschäftsmodell für selbstbestimmten Journalismus? Ein Selbstversuch

N.N.
Geschafft. Mediapart in Frankreich: Die Pioniere des Paid Content

Tim Pritlove, Podcaster und Medienkünstler
Geschäftsmodell Selbstvermarktung

Cornelia Haß, dju-Bundesgeschäftsführerin
Und das Allheilmittel?
Über die Rolle von Crowdfunding und anderen journalistischen Finanzierungsmodellen in der Zukunft

Film ab!
Absolventen der Deutschen Journalistenschule in München setzen sich mit dem Thema des Journalistentags 2013 auseinander

N.N.
Vom Wunsch zur Wirklichkeit
Wie werde ich Journalistin / Wie wurde ich Journalistin?

Ralf Krauter
Journalist mit zehn Jahren Berufserfahrung – Vom nötigen Handwerkszeug und der Entwicklung eines eigenen journalistischen Profils

Podiumsdiskussion
Gut gemacht! Ideenschmiede: Was machen wir anders, worin liegt das Besondere an unserem Produkt?
- Dr. Rainer Esser, Geschäftsführer der ZEIT
- Ines Pohl, Chefredakteurin der taz – angefragt
- Joachim Braun, Chefredakteur Nordbayerischer Kurier
- Peter Andreas Weber, Programmdirektor des Deutschlandradios

Moderation: Carla Kniestedt, RBB

Schlusswort: Ulrich Janßen, dju-Vorsitzender
Tagesmoderation: Inez Kühn, Bereichsleiterin Medien
Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos.
Vorabendparty am 29. November 2012 ab 19.30 Uhr
im Atrium des ver.di-Hauses
Anmeldung / Informationen: http://dju.verdi.de

ver.di